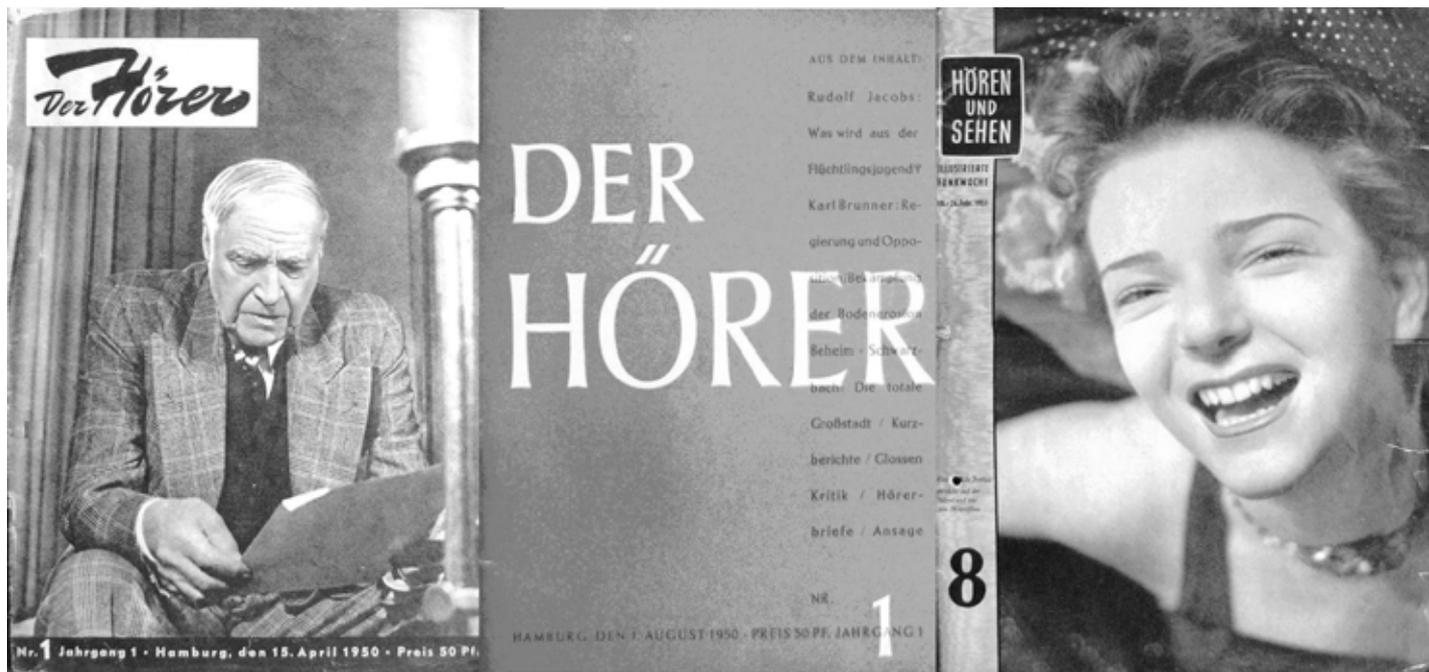


Nordwestdeutsche Hefte zur Rundfunkgeschichte

Herausgegeben von Peter von Räden und Hans-Ulrich Wagner

Benjamin Haller: Die Zeitschriftenpläne des NWDR



Heft 4

Benjamin Haller: Die Zeitschriftenpläne des NWDR (= Nordwestdeutsche Hefte zur Rundfunkgeschichte; 4)

Peter von Rügen, Hans-Ulrich Wagner (Hrsg.): Nordwestdeutsche Hefte zur Rundfunkgeschichte. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut

Erscheinungsdatum: Dezember 2005
ISSN 1612-5304

Impressum

Forschungsstelle zur Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland
Universität Hamburg
Department Sprache Literatur Medien
Von-Melle-Park 6
20146 Hamburg

Telefon: (+49 40) 428 38 - 3202
Fax: (+49 40) 428 38 - 35 53
E-Mail: hans-ulrich.wagner@uni-hamburg.de
Homepage: www.nwdr-geschichte.de

Redaktion: Mark Lührs, Hans-Ulrich Wagner
Layout: Christiane Matzen, Mark Lührs

Druck: Universität Hamburg
Print + Mail
Allende Platz 1
20146 Hamburg



Universität Hamburg

Photos: Axel Springer AG Unternehmensarchiv (S. 14, 16, 21, 39), Staatsarchiv Hamburg (S. 15, 29, 35, 45), alle übrigen: NDR.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Eine „Art ‚Nessie“ Deutsche Planungen für eine Aufhebung der publizistischen Gewaltenteilung.....	7
In Hamburg wird wieder gesendet Die liberale Atmosphäre unter britischer Kontrolle.....	9
Die „Nordwestdeutschen Hefte“ Ein offizielles Organ des NWDR?	12
„Der Geist hat eine Schlacht verloren.“ Der NWDR in deutschen Händen	18
„Hör zu!“ – Symbiose und Kritik Von einer Programmzeitschrift zur Familienillustrierten mit Programm	21
Planspiele für eine rundfunkeigene Zeitschrift Der NWDR als Herausgeber	24
„Der Hörer“ – die erste Probenummer Eine Mischung aus "Hör zu!" und den "Nordwestdeutschen Heften".....	29
„Der Hörer“ – die zweite Probenummer Eine Zeitschrift in der Tradition der "Nordwestdeutschen Hefte"	35
„Hören und Sehen“ – die dritte Probenummer Eine Zeitschrift im Stile der "Hör zu!"	45
Das Ende der Zeitschriftenpläne Die Kapitulation vor dem Druck der privaten Verleger?	54
Nachspiele.....	57
Archive und Auswahlbibliographie	59

Vorwort

Lange Zeit galt die „publizistische Gewaltenteilung“ als charakteristisch für das Mediensystem der Bundesrepublik Deutschland. Mit großem Erfolg hatten die westalliierten Siegermächte gleichsam ein erstes „duales System“ etabliert. Denn auf der einen Seite wurde das Massenmedium Rundfunk öffentlich-rechtlich organisiert und in den Dienst des „public service“ gestellt, auf der anderen Seite durch die Lizenzierungspraxis für Zeitungen und Zeitschriften eine privatwirtschaftlich organisierte Presselandschaft ins Leben gerufen. Doch gab es von Anfang an neben vielfältigen Konkurrenzen auch Verknüpfungen zwischen diesen beiden Säulen, die allerdings kaum in den Blickpunkt der meist disziplinar ausgerichteten Medienwissenschaft gelangten.

Die vorliegende Arbeit widmet sich einer solchen inter-medialen Fragestellung aus dem ersten Nachkriegsjahrzehnt. Benjamin Haller machte die Zeitschriftenpläne des Nordwestdeutschen Rundfunks als eine „Art ‚Nessie‘“ in der Forschungsliteratur aus. Er widmete sich im Studiengang Deutsche Sprache und Literatur mit dem Schwerpunkt Theater und Medien an der Universität Hamburg intensiv diesem Thema und legte im Mai 2004 eine Magisterarbeit dazu vor. Für seine Untersuchung konnte sich Haller auf Archivmaterial stützen, das bislang nur schwer oder gar nicht zugänglich war. Doch in den letzten Jahren übernahm das Staatsarchiv Hamburg den Aktenbestand des Hamburger Funkhauses und der Führungsspitze um die Generaldirektion des Nordwestdeutschen Rundfunks, erschloss diesen mit Unterstützung des Norddeutschen Rundfunks und der Forschungsstelle zur Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland und ermöglicht seither die wissenschaftliche Nutzung. Darüber hinaus konnte Haller zum ersten Mal den Bestand des Berliner Büros des NWDR-Verwaltungsratsvorsitzenden Emil Dovifat auswerten, den die Forschungsstelle zur Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland aufgefunden hatte und demnächst als Ergänzung des SFB-Depositums an das Deutsche Rundfunkarchiv in Potsdam-Babelsberg übergeben wird.

Die Ergebnisse, die Benjamin Haller in seiner wissenschaftlichen Arbeit zutage förderte, sollen – so die Überzeugung der beiden Herausgeber der „Nordwestdeutschen Hefte zur Rundfunkgeschichte“ – der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Vor allem zwei Gründe legen dies nahe. Zunächst, weil die Untersuchung einen entscheidenden Schritt unternimmt, die Erforschung historischer medienökonomischer Prozesse anzugehen, und damit auch als Initiative für eine weitere Beschäftigung auf diesem Gebiet dienen kann. Zum anderen, weil die Themenstellung auch jene Kooperation zwischen Rundfunk und Presse streift, auf die die Schriftenreihe selbst Bezug nimmt, wenn sie sich „Nordwestdeutsche Hefte zur Rundfunkgeschichte“ nennt und damit an die zwischen 1946 und 1948 von Axel Eggebrecht und Peter von Zahn verantwortete Zeitschrift anknüpft.

Ein besonderer Dank gilt deshalb Benjamin Haller, der seine Examensarbeit für eine Veröffentlichung bereitwillig zur Verfügung stellte, und er gilt Mark Lührs, der die umfassende Redaktion dieses Heftes übernahm und zusammen mit Christiane Matzen das Manuskript bis zur druckfertigen Vorlage einrichtete.

Hans-Ulrich Wagner
Hamburg, November 2005

Eine „Art ‚Nessie‘“

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entschieden sich die Westalliierten dafür, in Westdeutschland den Rundfunk öffentlich-rechtlich und die Printmedien privatwirtschaftlich zu organisieren. Diese in der Literatur vielfach als „publizistische Gewaltenteilung“ umschriebene ordnungspolitische Festlegung hatte auch nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland Bestand.¹ Vor diesem Hintergrund ist es von medienhistorischem Interesse, dass der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR) in den Jahren 1950/51 mit einem „Abstecher ins Pressemedium“ liebäugelte.² Die Verantwortlichen des Senders der ehemaligen britischen Besatzungszone dachten daran, eine eigene Rundfunkzeitschrift herauszugeben und damit zum ersten Mal in der Geschichte der jungen Republik die „publizistische Gewaltenteilung“ aufzuheben.

Bisher sind diese Pläne nicht wissenschaftlich bearbeitet worden, in der vorhandenen Forschungsliteratur wird das Thema lediglich am Rande erwähnt. Detaillierte Kenntnisse über die Zeitschriftenpläne existieren bis jetzt noch nicht. Es schien sich um eine „Art ‚Nessie‘ der bundesdeutschen Medienlandschaft zu handeln – gerüchtereise oft ausgemacht, aber leider nicht verifizierbar“.³ Die vorliegende Arbeit will diesem

Misstand Abhilfe leisten. Sie verfolgt das Ziel, einen historisch-systematischen Überblick über die Zeitschriftenpläne des NWDR in den Jahren 1946 bis 1951 zu geben.⁴ Dabei richtet sich das Erkenntnisinteresse auf die Frage, welche verschiedenen Vorhaben der Sender wann und aus welchen Gründen entwickelte und gegebenenfalls realisierte, und wer diese Pläne beförderte respektive behinderte. Das kann natürlich nicht ohne Berücksichtigung der kulturellen, gesellschaftspolitischen und medienspezifischen Situation geschehen. Vor allem die etablierte Rundfunkpresse, die die Zeitschriftenpläne des Senders und deren mögliche Auswirkungen auf den lukrativen, privaten Pressemarkt mit Argwohn betrachtete, darf dabei nicht außer Acht gelassen werden. Die im Dezember 1946 gegründete „Hör zu!“ war im Sendegebiet des NWDR die marktbeherrschende Programmzeitschrift. Die wachsende Unzufriedenheit des Senders mit der „Hör zu!“ war mitentscheidend dafür, dass der Rundfunk Zeitschriftenpläne entwickelte und schließlich die Herausgabe eines eigenen Programmblattes vorbereitete. Doch konnte er es besser?

Insgesamt drei sich deutlich voneinander unterscheidende Probenummern gingen aus den Planungen zu Beginn der 50er Jahre hervor. Folgende Aspekte sollen hier behandelt werden: Welche Motivation lag den verschiedenen Probenummern zugrunde? Welche Personen und Personengruppen waren maßgeblich bei der Planung und Realisierung beteiligt? Wie rechtfertigten die Verantwortlichen des NWDR die Herausgabe einer sendereigenen Zeitschrift und auf wessen Widerstand trafen diese Pläne? Wodurch unterschieden

¹ Vgl. Franz Ronneberger: Die Bedeutung der Programminformationen aus medienwissenschaftlicher Sicht. In: Hermann Dieter Schröder (Hrsg.): Programminformationen in Printmedien (Symposien des Hans-Bredow-Instituts, Bd. 8). Baden-Baden 1988, S. 16. Die „publizistische Gewaltenteilung“ hat das Ziel, die Überlegenheit eines einzelnen Trägers von Macht im Kommunikationsprozess zu verhindern. Indem sich die Medien gegenseitig kontrollieren, sollen sie den Freiheitsraum der Bürger, sich so umfassend wie möglich informieren zu können, ermöglichen und sichern. Vgl. Hans Bausch: Gewaltenteilung in der Publizistik. In: Robert Schwebler/Walter Föhrenbach (Hrsg.): Jahre der Wende. Festgabe für Alex Möller zum 65. Geburtstag. Karlsruhe 1968, S. 277-283.

² Winfried B. Lerg: Über Programmzeitschriften – ein Silberblick auf Rundfunkgeschichte als Kommunikationsgeschichte. In: Studienkreis Rundfunk und Geschichte: Mitteilungen, 9. Jg. (1983), Nr. 1, S. 2.

³ Dagmar Duske/Ulrich Neveling: Programminformation – Markenartikel oder rundfunkpolitische Aufgabe? Zur Vermarktung des Hörfunk- und Fernsehprogramms. In: Manfred Kötterheinrich u. a.: Rundfunkpo-

litische Kontroversen: Zum 80. Geburtstag von Fritz Eberhard. Frankfurt am Main und Köln 1976, S. 246.

⁴ Das Forschungsinteresse dieser Arbeit konzentriert sich dabei auf die Pläne des NWDR für eine Zeitschrift, die allen Interessierten durch einen öffentlichen Vertrieb und Verkauf zugänglich gemacht werden sollte. Daher werden die im September 1951 erstmals erschienene und im März 1952 eingestellte NWDR-Betriebszeitschrift „Bei uns im Funk“, die sich ausschließlich an die hauptberuflichen Mitarbeiter des Senders richtete (Vgl. Lovis H. Lorenz: Ohne grosse Worte. In: Bei uns im Funk, 1. Jg. (1951), Nr. 1, S. 3), sowie das Programminformationsblatt "Die Ansage", mit dem der Sender die Redaktionen der Rundfunkzeitschriften über sein Programm und andere rundfunkspezifische Fragen informierte, nicht thematisiert.

sich die Probennummern? Welche Kalkulationen lag ihnen zugrunde und wie reagierte die Presse auf die unterschiedlichen Zeitschriftenpläne? Und: Welche Faktoren führten schlussendlich zur Aufgabe der Zeitschriftenpläne des NWDR?

Eine „defizitäre“ Quellenlage, wie sie für diverse Aspekte der Geschichte des NWDR – vor allem für die Frühzeit des Senders – diagnostiziert wurde,⁵ ist dem Thema nicht zu attestieren.

Der Hauptbestandteil der verwendeten Quellen lagert im Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg, wo sukzessive die Akten des NWDR erschlossen werden. Dort sind auch die drei verschiedenen Probennummern der geplanten NWDR-eigenen Zeitschrift vorhanden. Einen zweiten wesentlichen Quellenfundus bilden Unterlagen aus dem Berliner Büro des ehemaligen NWDR-Verwaltungsratsvorsitzenden Emil Dovifat. Diese konnten im Archiv der Forschungsstelle zur „Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland 1945-1955“ eingesehen werden.⁶ Die Protokolle der

NWDR-Gremiensitzungen liegen im Historischen Archiv des WDR in Köln sowie im Gremienbüro des NDR in Hamburg vor. Auch einige Ordner mit der Korrespondenz von verschiedenen Gremienmitgliedern befinden sich im Hamburger Gremienbüro. Weitere Quellen stammen aus dem Deutschen Rundfunkarchiv in Frankfurt am Main und dem Historischen Archiv des Deutschen Bundestags in Bonn. Das Archiv des Bundesverbandes der deutschen Zeitschriftenverleger (BDZV) in Berlin gewährte einen Einblick in die ersten Jahrgänge der Zeitschrift „Zeitungsverlag“, dem Organ des BDZV. Alle anderen zitierten Zeitungsartikel stammen aus den Presseauschnittsammlungen des NDR-Printarchivs in Hamburg, des Archivs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung in Berlin sowie des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs (HWWA). Zudem wurden verschiedene Jahrgänge der Zeitschriften „Nordwestdeutsche Hefte“, „Hör zu!“, „Kirche und Rundfunk“ und „Der Spiegel“, der Tageszeitung „Die Welt“ sowie der Wochenzeitung „Die Zeit“ ausgewertet.

⁵ Vgl. Josef Schmid: Ein „Geschenk“ wird zerpfückt; Zur Teilung des NWDR in WDR und NDR (Hamburger Wirtschafts-Chronik, Beiheft 3). Hamburg 2002, S. 13.

⁶ Diese Unterlagen werden in Kürze in das SFB-Depositum des Deutschen Rundfunkarchivs Potsdam-Babelsberg überführt.

In Hamburg wird wieder gesendet

„This is Radio Hamburg, a station of the Allied Military Government. Hier spricht Radio Hamburg, ein Sender der Alliierten Militärregierung.“ Mit dieser Ansage aus dem Funkhaus an der Rothenbaumchaussee begann am 4. Mai 1945 – vier Tage vor der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht – um 19 Uhr in Hamburg der erste von den Alliierten wieder in Betrieb gesetzte Rundfunksender in Deutschland die Ausstrahlung eines regelmäßigen Programms. Noch rund 23 Stunden zuvor war von dort das Programm des nationalsozialistischen „Reichssenders Hamburg“ ausgestrahlt worden.¹ Das Rundfunkgebäude sowie die Sendeanlagen hatten den Zweiten Weltkrieg weitgehend unbeschädigt überstanden. Die technischen Voraussetzungen für den Aufbau eines Rundfunks unter britischer Kontrolle waren damit gegeben.

Die Alliierten maßen dem Rundfunk in der ersten Nachkriegszeit eine große Bedeutung bei. Aufgrund ökonomischer Verhältnisse – einem Mangel an Papier, fehlenden Transportmöglichkeiten und zerstörten Gebäuden – konnten in der ersten Nachkriegszeit nur selten Zeitungen und auch die nur in geringem Umfang und niedriger Auflage erscheinen. Da die Siegermächte aber an einer umfassenden Verbreitung ihrer Weisungen innerhalb der Bevölkerung interessiert waren, übernahm der Rundfunk die Rolle eines Nachrichtenübermittlers, zumal nach Kriegsende noch annähernd acht Millionen Empfangsgeräte vorhanden gewesen sein sollen.²

In der Organisation des Rundfunks gingen die Alliierten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unterschiedliche Wege. Im Gegensatz zu den US-Amerikanern, die in jedem Land ihrer Besatzungszone einen eigenen Sender errichteten, entschieden sich die Briten – wie auch die Franzosen – für einen zentralistischen Rundfunk. Nach dem Vorbild der British Broadcasting Corporation (BBC) schufen sie eine „Rundfunkorganisation

auf zentraler Basis“.³ Das Sendegebiet umfasste die im Laufe der Monate gegründeten Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie die beiden Städte Berlin und Hamburg. Zentraler Sitz wurde das Funkhaus der Hansestadt, da es als einziges Rundfunkgebäude der britischen Besatzungszone unmittelbar nach Kriegsende sendebereit war.



Das Hamburger Funkhaus 1955

Wichtigste Nebenstellen wurden die Funkhäuser Köln und Berlin. Am 22. September 1945, vier Tage vor dem Kölner Sendestart, wurde der Sender „Radio Hamburg“ in „Nordwestdeutscher Rundfunk“ (NWDR) umbenannt. Der zonale Charakter des Rundfunks unter britischer Kontrolle kam damit auch in der Bezeichnung des Senders zum Ausdruck.

Für den Rundfunkhistoriker Hans Bausch waren durch dieses zentralistische Konzept „Spannungen mit dem Rheinland und mit Westfalen vorprogrammiert“.⁴ Dem NWDR stand lediglich eine technisch gute Mittelwelle zur Verfügung; an den Ausbau eines UKW-Netzes war noch nicht zu denken.⁵ Daher war es von Anfang an nahezu

¹ Vgl. Arnulf Kutsch: Unter britischer Kontrolle. Der Zonensender 1945-1948. In: Wolfram Köhler (Hrsg.): Der NDR – Zwischen Programm und Politik; Beiträge zu seiner Geschichte. Hannover 1991, S. 84.

² Vgl. Wolfgang Schütte: Der deutsche Nachkriegsrundfunk und die Gründung der Rundfunkanstalten. Eine Chronik. In: Winfried B. Lerg/Rolf Steininger (Hrsg.): Rundfunk und Politik 1923 bis 1973 (Rundfunkforschung, Bd. 3). Berlin 1975, S. 236.

³ Michael Tracey: Das unerreichbare Wunschbild: Ein Versuch über Hugh Greene und die Neugründung des Rundfunks in Westdeutschland nach 1945 (Annalen des Westdeutschen Rundfunks, Bd. 5). Köln u. a. 1982, S. 65.

⁴ Hans Bausch (Hrsg.): Rundfunkpolitik nach 1945. Erster Teil: 1945-1962 (Rundfunk in Deutschland, Bd. 3). München 1980, S. 84.

⁵ Erst nach der Kopenhagener Wellenkonferenz im Juni 1948 entschlossen sich die Verantwortlichen des NWDR zu diesem Schritt. Vgl. Thomas Rölle: Der britische Einfluß auf den Aufbau des Nordwestdeut-

unmöglich, die sozial, wirtschaftlich und kulturell recht unterschiedlich geprägten Regionen der britischen Zone gleichermaßen zu berücksichtigen und zu Wort kommen zu lassen. Dies führte dazu, dass sich die Kölner Funkleute „immer von der Hamburger Zentrale abhängig“ fühlen sollten.⁶ Bereits 1946 wurde daher der Ruf nach einer eigenständigen Rundfunkanstalt für Nordrhein-Westfalen laut,⁷ der bis zur endgültigen Auflösung des NWDR im Jahr 1955 nicht verstummen sollte.⁸

Das waren deutsche Belange, die in den alliierten Planungen für die Informations- und Medienkontrolle in einem besetzten Nachkriegsdeutschland nur eine untergeordnete Rolle spielten.⁹ Das Hauptziel ihrer Rundfunkpolitik war die Re-education, die Erziehung der deutschen Bevölkerung zur Demokratie. Bei diesem Prozess der Umerziehung kam den Medien eine entscheidende Rolle zu. Da die Deutschen nach zwölfjähriger NS-Herrschaft mit den Prinzipien der Demokratie nicht mehr vertraut sein konnten, waren sich die Siegermächte darin einig, dass ihnen zunächst der Zugang zu diesen wichtigsten öffentlichen Institutionen zur Vermittlung von Wertvorstellungen verwehrt werden müsse. Daher erließen sie am 12. Mai 1945 das Militärregierungsgesetz Nr. 191, das einen „3-Stufen-Plan“ für die deutsche Nachkriegspublizistik festlegte.¹⁰ Danach sollten nach einem totalen „black-out“ der deutschen Medien alliierte Informationsdienste die Deutschen mit Rundfunk und Printmedien versorgen, ehe für die dritte Phase der allmähliche Übergang

zu deutschen Diensten unter alliierter Kontrolle vorgesehen war.

Die britischen Rundfunk-Kontrolloffiziere wichen schon nach wenigen Wochen von den Vorgaben des 3-Stufen-Planes ab. Sie bemerkten sehr schnell, dass sich ein deutsches Programm auf Dauer nicht ohne die Mitarbeit deutscher Redakteure machen ließ. Vielmehr bestand durch ein ausschließlich von den Briten produziertes Programm die Gefahr, dass die Deutschen den Eindruck gewinnen konnten, „sie würden für Großbritannien propagandistisch vereinnahmt“.¹¹ Da jedoch die Akzeptanz des Rundfunks ein unabdingbares Element für die demokratische Erziehung der Deutschen war, entschieden sie sich sehr frühzeitig für die Mitwirkung deutscher Journalisten, Schriftsteller, Techniker und Musiker.

Im Juni 1945 stellten die Briten die ersten deutschen Programmmitarbeiter ein. Bereits während des Krieges hatten sie mit Hilfe deutscher Emigranten Listen von Antifaschisten zusammengestellt, die bei dem Wiederaufbau demokratischer Strukturen behilflich sein sollten. Auf diese Weise kamen Axel Eggebrecht und Peter von Zahn, die späteren Herausgeber der „Nordwestdeutschen Hefte“, zum Hamburger Funkhaus. Zusammen mit Peter Bamm, Ernst Schnabel, Herbert Blank und anderen bildeten sie die „Garnitur der ersten Stunde“.¹²

Ganz im Sinne der britischen Militärregierung verstanden sie den NWDR als „ein Instrument der politischen und kulturellen Erziehung zu liberaler Demokratie, Toleranz und Kompromiß“.¹³ Sie wollten der durch Krieg und Niederlage zermürbten Bevölkerung eine Orientierungshilfe geben sowie zwischen Besatzern und Besetzten vermitteln. Ihnen allen war bewusst, welche bedeutende Rolle dem Radio beim moralischen, politischen und geistigen Neuaufbau zukommen würde. Dementsprechend engagiert und begeistert von der gemeinsamen Aufgabe verrichteten die am Sender tätigen Deutschen ihre Arbeit. Dabei ließen ihnen die britischen Rundfunk-Offiziere sehr schnell erstaunlich großzügige Freiräume.¹⁴

schen Rundfunks von 1945 bis 1948 (Dissertation). Kiel 1990, S. 207 ff.

⁶ Bausch: Rundfunkpolitik, S. 204.

⁷ Vgl. Rüdiger Hoffmann: Rundfunkorganisation und Rundfunkfreiheit. Die Entwicklung von Organisations- und Machtstrukturen im Westdeutschen Rundfunk Köln und das Selbstverständnis der Programmacher. Berlin 1975, S. 35ff.

⁸ Vgl. dazu ausführlich Eva-Maria Freiburg: Die Geschichte des Rundfunks in Nordrhein-Westfalen 1945-1955. Vom NWDR-Köln zum WDR (Dissertation). Hannover 1974.

⁹ Vgl. dazu ausführlich Kutsch: Zonensender, S. 85 ff.; Ders.: Die Anfänge der Meinungsforschung in der britischen Zone (1945-1947). Ein institutionengeschichtlicher Hinweis. In: Ders. u. a.: Rundfunk im Wandel: Beiträge zur Medienforschung. Berlin 1993, S. 101-129; Rölle: Einfluß, S. 48 ff.

¹⁰ Arnulf Kutsch: Rundfunk unter alliierter Besatzung. In: Jürgen Wilke (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1999, S. 61.

¹¹ Ders.: Zonensender, S. 102.

¹² Wolfgang Jacobmeyer: Politischer Kommentar und Rundfunkpolitik. Zur Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks, 1945-1961. In: Winfried B. Lerg/Rolf Steininger (Hrsg.): Rundfunk und Politik 1923 bis 1973 (Rundfunkforschung, Bd. 3). Berlin 1975, S. 314.

¹³ Tracey: Wunschbild, S. 57.

¹⁴ Vgl. Axel Eggebrecht: Das Jahr Null im Rundfunk (Rundfunksendung, als Manuskript gedruckt). Hamburg o. J., S. 3. Zitiert nach Dierk Ludwig Schaaf: Der

Auf diese Weise machten sie die jungen Deutschen mit den für den Aufbau eines demokratischen Rundfunks als notwendig erachteten Prinzipien der unabhängigen Radioarbeit vertraut. Dieser – von den Amerikanern und Franzosen kritisierten – Strategie der „indirect rule“ hatten es die deutschen Rundfunk-Mitarbeiter zu verdanken, dass sie „einen vergleichsweise weiten Rahmen publizistischer Meinungsfreiheit genossen“.¹⁵ Selbst eine Kritik an der britischen Besatzungsmacht wurde unter bestimmten Umständen toleriert.

Ein Beispiel dafür war etwa Peter von Zahns Kommentar „Umgang mit Siegern“,¹⁶ in dem er auf nachsichtig-ironische Art und Weise bestimmte Maßnahmen der britischen Besatzungsmacht kritisierte. Der britische Generalleutnant Sir Alex Bishop erläuterte die Motive für diese relativ liberale Handhabung: „Our policy in regard to this network (NWDR) has not been to set up a British

mouthpiece, but to create an instrument which, though serving our purposes and conforming our general ideas, could be regarded by the Germans as essentially their own.“¹⁷

Am 1. Oktober 1946 wurde Hugh Carleton Greene in das Amt des Chief Controllers des NWDR eingesetzt. Der Bruder des Schriftstellers Graham Greene, der zuvor den Deutschsprachigen Dienst der BBC geleitet hatte und ein fundierter Kenner des deutschen Rundfunks war, wurde nach Hamburg geschickt, um „dem NWDR einen legalen Status zu geben“.¹⁸ Er unterstützte die von Bishop vorformulierte Leitlinie britischer Rundfunkpolitik, so dass auch unter seiner Leitung die liberale Atmosphäre am Hamburger Funkhaus erhalten blieb. Die Stimmen der ersten Stunde konnten sich weiterhin die journalistischen Traditionen der Briten und Amerikaner zu eigen machen und neue Formen der Informationsvermittlung im Rundfunk aufbauen.

Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR). Ein Rundfunkmodell scheitert. In: Winfried B. Lerg/Rolf Steininger (Hrsg.): Rundfunk und Politik 1923 bis 1973 (Rundfunkforschung, Bd. 3). Berlin 1975, S. 297.

¹⁵ Horst Ohde: Das Haus an der Rothenbaumchaussee. Zur Geschichte des NWDR. In: Ludwig Fischer u. a.: „Dann waren die Sieger da“: Studien zur literarischen Kultur in Hamburg 1945-1950. Hamburg 1999, S. 297.

¹⁶ Peter von Zahn: Umgang mit Siegern. In: Nordwestdeutsche Hefte, 1. Jg. (1946), Nr. 8, S. 5 ff.

¹⁷ So Bishop in einem Brief an den BBC-Generaldirektor William Haley. Zitiert nach Bausch: Rundfunkpolitik, S. 23.

¹⁸ Hugh Carleton Greene: Entscheidung und Verantwortung. Perspektiven des Rundfunks. Hamburg 1970, S. 45.

Die „Nordwestdeutschen Hefte“

Die deutschen Rundfunkpioniere empfanden ihre Arbeit nicht als pflichtgemäße Erfüllung einer von der britischen Militärregierung aufoktroyer-ten und „importierten Demokratie“.¹ Vielmehr hatten sie selbst das dringende Bedürfnis, der nach zwölfjähriger NS-Herrschaft ideologisch fehlgeleiteten Bevölkerung geistige und moralische Orientierungshilfen zu geben. Da sie aber aufgrund der ungünstigen Wellensituation des NWDR nicht in allen Gebieten der britischen Besatzungszone störungsfrei gehört werden konnten, keimte Anfang des Jahres 1946 die Idee auf, eine Zeitschrift herauszugeben, die Teile des Programms in gedruckter Form zum Nachlesen bereitstellen sollte. Die Idee für die „Nordwestdeutschen Hefte“ war geboren. Als Vorbild diente dabei der „Listener“ der BBC, der seit 1929 Beiträge zur Ergänzung und Vertiefung politischer und kultureller Sendungen veröffentlichte.

Ohne weiteres gelang es aber nicht, diesen Plan in die Tat umzusetzen. Auch die alliierte Medienpolitik im Printbereich basierte auf dem 3-Stufen-Plan des Militärregierungsgesetzes Nr. 191. Dieses sah für den Bereich der Presse zunächst vor, dass ohne die besondere Erlaubnis der Alliierten, also ohne eine spezielle Lizenz, in Deutschland nichts gedruckt werden durfte.² Während Programm und Technik des Rundfunks sehr bald nach Kriegsende von deutschem Personal übernommen wurden, gingen die Briten bei der Vergabe von Presselizenzen sehr viel zögerlicher vor. Dabei kamen als Lizenzträger nur Einzelpersonen in Frage, die während der NS-Herrschaft nicht journalistisch oder verlegerisch tätig gewesen waren. Bevorzugt wurden solche Personen, „die den Nachweis antifaschistischer Tätigkeit erbringen konnten“.³ Für die Zeitschriften galten die

gleichen Lizenzbestimmungen wie für die Zeitungen. Eine Vergabe von Lizenzen an Parteien, Gewerkschaften und andere Organisationen wurde bewusst ausgeschlossen. Damit war das Mediensystem in den Westzonen als „duales“ System einer privatwirtschaftlich organisierten Presse und eines öffentlich-rechtlichen (Hör-)Funks etabliert.⁴ Diese ordnungspolitische Festlegung der Alliierten, also die Vorgabe der rechtlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen für die Produktion, Distribution und Rezeption von Massenmedien, sollte noch Jahrzehnte später Bestand haben.

Erst im Dezember 1945 genehmigten die Briten die ersten von Deutschen herausgegebenen Zeitungen, vier Monate nach den Amerikanern und den Franzosen.⁵ Auch bezüglich der Lizenzierung von Zeitschriften ließ sich die britische Militärregierung am längsten Zeit. So gab es im April 1946 in der britischen Zone erst drei Periodika dieser Art. Bis Mitte Mai 1948 genehmigten die Briten in ihrem Besatzungsgebiet insgesamt 161 Zeitschriften.⁶ Anfangs wurden fast nur solche Publikationen zugelassen und mit Papierzuteilungen bevorzugt, die im Sinne der Re-education der deutschen Bevölkerung „demokratisches Bewusstsein sowie Kultur und Philosophie der Besatzungsmächte nahe bringen sollten“.⁷ Daher prägten bis Ende 1947 Zeitschriften mit politisch-kulturellem Inhalt den Blättermarkt entscheidend mit. Etwa 150 bis 250 derartiger Presseorgane erschienen zeitweilig in den vier Besatzungszonen. Insgesamt gab es 1947 mehr als 1.500 Zeitschriften.

¹ So Axel Eggebrecht im Gespräch mit Charles Schüddekopf. In: Charles Schüddekopf (Hrsg.): Vor den Toren der Wirklichkeit: Deutschland im Spiegel der Nordwestdeutschen Hefte. Berlin und Bonn 1980, S. 20.

² Vgl. Norbert Frei: Die Presse. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in drei Bänden. Band 3: Kultur. Frankfurt am Main 1986, S. 278.

³ Rolf Richter: Kommunikationsfreiheit = Verlegerfreiheit? Zur Kommunikationspolitik der Zeitungsverleger in der Bundesrepublik 1945-1969 (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 17). Pullach 1973, S. 17.

⁴ Heribert Schatz: Massenmedien. In: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen, 3. Aufl. 1997, S. 352.

⁵ Vgl. Kurt Koszyk: Presse unter alliierter Besatzung. In: Jürgen Wilke (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1999, S. 41 ff.

⁶ Vgl. Sylvia Lott: Die Frauenzeitschriften von Hans Huffzky und John Jahr. Zur Geschichte der deutschen Frauenzeitschrift zwischen 1933 und 1970. Berlin 1985, S. 321.

⁷ Ingrid Laurien: Zeitschriftenlandschaft Nachkriegszeit: Zu Struktur und Funktion politisch-kultureller Zeitschriften 1945-1949. In: Publizistik. Vierteljahresshefte für Kommunikation, 47. Jg. (2003), Nr. 1, S. 60.

Als Grund für diesen Zeitschriftenboom in den unmittelbaren Nachkriegsjahren wird immer wieder der Hunger nach geistiger und moralischer Nahrung angeführt. In den entbehrungsreichen Jahren, die die Deutschen in der Nachkriegszeit zu erdulden hatten, trugen diese Zeitschriften dazu bei, „daß das materielle Elend sublimiert, der ideologische Wahn abgebaut, kritisches Denken erneuert und Kultur als Lebenshilfe empfunden werden konnte.“⁸ Dadurch, dass sie Foren für gesellschaftliche, politische und kulturelle Auseinandersetzungen bildeten und die Augen vor der jüngsten Vergangenheit nicht verschlossen, leisteten viele dieser Blätter einen Beitrag zur Umerzierung der Deutschen.

Erst mit dem sich im Zuge der Währungsreform 1948 verändernden Leseverhalten der Deutschen verschwanden viele dieser politisch-kulturellen Publikationen mit ihrem „hohen moralischen Anspruch und Erziehungs-, Aufklärungs- und Bildungsethos“,⁹ und mussten primär auf Unterhaltung abzielenden Zeitschriften weichen. Diese Entwicklung verstärkte sich mit dem Ende des Lizenzsystems, das durch das „Gesetz Nr. 5 über Presse, Rundfunk, Information und Unterhaltung“ der Alliierten Hohen Kommission am 21. September 1949 endgültig besiegelt wurde.

Eine Zeitschrift „im Auftrage des NWDR“

Die Briten machten bei der Vergabe der Lizenzen für den NWDR keine Ausnahme. Auch wenn sie ein Heft im Stile des „Listener“ grundsätzlich befürworteten, bestanden sie darauf, die Lizenz für ein derartiges Presseorgan nur an einen privaten Verleger zu erteilen. So vergaben sie – auch aufgrund der Empfehlungen von Axel Eggebrecht und Peter von Zahn – die Lizenz für die Herausgabe der „Nordwestdeutsche Hefte“ an Axel Springer, einen jungen und politisch unbelasteten Verleger aus dem Hamburger Stadtteil Altona.

Knapp ein Jahr nach Kriegsende, wahrscheinlich im April 1946,¹⁰ erschien die erste Ausgabe der

„Nordwestdeutschen Hefte“ im Verlag Hamme-
rich & Lesser, den Axel Springer 1945 von sei-
nem Vater Hinrich Springer übernommen hatte.
Im Untertitel wurden Eggebrecht und von Zahn
als Herausgeber „im Auftrage des Nordwestdeut-
schen Rundfunks“ angeführt. Obgleich Axel
Springer als Lizenzträger der Hauptverantwor-
liche der Zeitschrift war und als Verleger auch das
unternehmerische Risiko zu tragen hatte, wurde
damit der Eindruck eines offiziösen Publikations-
organs des NWDR erweckt. In diesem Sinne kam
dem Blatt auch eine „Public relations-Funktion“
für den Sender zu.¹¹

Die „Nordwestdeutschen Hefte“ bestanden fast
ausschließlich aus dem Abdruck von Sendemanu-
skripten, teilweise versehen mit knappen Einfüh-
rungen oder erläuternden Kommentaren.



Axel Eggebrecht und Peter von Zahn

Damit entsprachen Eggebrecht und von Zahn dem Wunsch vieler Hörer, wichtige Sendungen nochmals zur Vertiefung nachlesen zu können.¹² Für Axel Springer war die Herausgabe der Zeitschrift mit wenig Aufwand verbunden. Um die Beschaffung und Auswahl der Beiträge kümmerten sich Eggebrecht und von Zahn, für Korrekturen sowie alle anderen redaktionellen Arbeiten stellte der

⁸ Hermann Glaser: Die Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 1. Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945-1948. Frankfurt am Main 1990, S. 201.

⁹ Lu Seegers: Hör zu! Eduard Rhein und die Rundfunkprogrammzeitschriften (1931-1965). Potsdam 2001, S. 191.

¹⁰ Über den genauen Zeitpunkt, wann das erste Heft erschien, herrschen Unklarheiten. Während Axel Eggebrecht das erstmalige Erscheinen der Zeitschrift auf Mai 1946 datiert (In: Schüddekopf: Vor den Toren, S. 18), nennt Peter von Zahn dafür rückblickend den April (In: Peter von Zahn: Stimme der ersten Stunde:

Erinnerungen 1913-1951. Stuttgart 1991, S. 283). Sicher ist, dass die ersten vier Hefte undatiert erschienen. Eine Datumsangabe findet sich erst ab der Nummer 5/1946, im Titelkopf auf S. 1 ist dort „August“ vermerkt. Da die „Nordwestdeutschen Hefte“ eine Monatszeitschrift waren, muss die erste Ausgabe – rechnet man in monatlichen Intervallen zurück – im April 1946 herausgekommen sein.

¹¹ Jürgen Bertram: Starkult statt Information? In: Der Journalist. Zeitschrift für Presse, Hörfunk und Fernsehen, 23. Jg. (1973), Nr. 2, S. 9.

¹² Vgl. von Zahn: Stimme, S. 283.

junge Verleger seinen Jugendfreund Walther Hansemann als Redakteur ein. Springer selbst hatte sich daher lediglich um den Druck und den Vertrieb zu kümmern.



Axel Springer

Das kaufmännische Risiko war dabei minimal für ihn: Springer musste für den redaktionellen Inhalt pro Ausgabe gerade einmal fixe 1.000 Reichsmark – zunächst an den NWDR,¹³ dann ab Juni 1946 anteilig an Eggebrecht und von Zahn¹⁴ – entrichten. Der Sender wurde bei einem Erfolg der Zeitschrift also nicht partiell beteiligt. Zudem profitierte Springer davon, dass aufgrund des großen Interesses am Programm des NWDR und der außerordentlichen Popularität der beiden Herausgeber die Rundfunkhörer einen enormen Absatzmarkt bildeten. „Markt und Publizität“ wurden also kostenlos vom Rundfunk mitgelie-

¹³ Vgl. Staatsarchiv Hamburg, Norddeutscher Rundfunk, 621-1 (im Folgenden: StA HH, NDR, 621-1), 1297. Vereinbarung zwischen dem Nordwestdeutschen Rundfunk und dem Verlag „Nordwestdeutsche Hefte“ in Firma Hammerich & Lesser. Hamburg, 1.4.1946, S. 2.

¹⁴ Vgl. Vereinbarung zur Honorierung der Herausgeber der „Nordwestdeutschen Hefte“ Axel Eggebrecht und Peter von Zahn, 7.6.1946. In: Claus Jacobi: 50 Jahre Axel Springer Verlag. Berlin 1996, S. 43.

fert.¹⁵ Da in den Sendungen des NWDR auf die „Nordwestdeutschen Hefte“ hingewiesen wurde,¹⁶ verfügte das Heft über eine ideale Werbepattform. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die „Nordwestdeutschen Hefte“ bereits Ende 1946 eine Auflage von 100.000 Exemplaren erreichten. Auch der geringe Verkaufspreis von einer Reichsmark pro Ausgabe dürfte wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg des Heftes beigetragen haben. Berücksichtigt man zudem die Zeitschriften-euphorie jener Zeit, die nahezu jedes Blatt erfolgreich werden ließ, so kam die unter Mithilfe des NWDR an Axel Springer erteilte Lizenz mit der Nummer 68 einer „Geldgrube“ gleich.¹⁷

Die „Nordwestdeutschen Hefte“ erschienen in den Jahren 1946/47 im Quartformat, einem Format etwas größer als DIN A5. Die Titelseite war schlicht gestaltet, versehen mit einer knappen Inhaltsangabe. Die Zeitschrift enthielt nur wenige Fotografien und Illustrationen. Der Abdruck des im Rundfunk gesprochenen Wortes hatte somit eindeutig Priorität. Für die erste Nummer verfassten die beiden Herausgeber ein programmatisches Geleitwort. Unter dem Titel „Was wir wollen“ schrieben sie: „Die Nordwestdeutschen Hefte sollen Fragen der Zeit stellen, diskutieren und nach Möglichkeit beantworten. Oft wird diese Möglichkeit noch nicht bestehen. Wir sind gerade erst aus dem Alptraum erwacht und blicken uns um. Wir müssen wieder lernen, unbefangen zu sehen, furchtlos zu erkennen und redlich zu werten. Dazu wollen diese Hefte mithelfen. Sie sind auf kein Programm festgelegt, kein Thema ist grundsätzlich ausgeschlossen. Politik und Wirtschaft, Recht und Kunst gehören so gut hierher, wie die Betrachtung des Gemeinwesens oder die nahen Sorgen unseres Alltags.“¹⁸

Eine Zensur durch die Briten fand nach Erinnerung Eggebrechts nur am Anfang statt, „bald überhaupt nicht mehr“.¹⁹ Die liberale Atmosphäre im Rundfunk fand somit in den „Nordwestdeut-

¹⁵ Hans-Dieter Müller: Der Springer-Konzern. München 1968, S. 53.

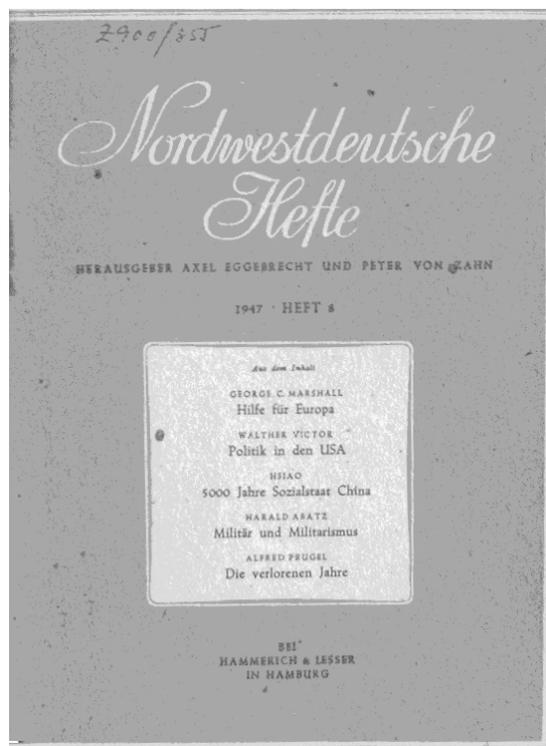
¹⁶ Vgl. StA HH, NDR, 621-1, 1516. Hörerbrief von Elias Heese an den NWDR, 9.9.1946: „Durch das Radio habe ich gehört, dass die Kommentare Ihres Peter von Zahn in Form einer Broschüre erschienen sind. Ich bitte mir ein Exemplar gegen Nachnahme zu senden, da ich durch häufig schlechten Empfang die Kommentare oft nur verstümmelt hören kann.“

¹⁷ Rudolf Augstein: Die Böses-Blut-GmbH. In: Der Spiegel, 24. Jg. (1970), Nr.5, S. 54.

¹⁸ Zitiert nach Schüddekopf: Vor den Toren, S. 9.

¹⁹ Vgl. Axel Eggebrecht im Gespräch mit Charles Schüddekopf. In: Ebd., S. 29.

schen Hefen“ ihre Fortsetzung. Eggebrecht und von Zahn verstanden auch die Arbeit an diesem Periodikum als ein Instrument der demokratischen Erziehung der Deutschen. Daher sollte in der Zeitschrift der freie Meinungs austausch, wie er bereits im Rundfunk praktiziert wurde, fortgeführt und gefördert werden: „Demokratie sollte in der Redaktion beginnen“.²⁰



Titelblatt der Ausgabe 6/1947
„Nordwestdeutsche Hefte“

Folgerichtig zeichnen sich die „Nordwestdeutschen Hefte“ durch einen Pluralismus der Anschauungen aus. Einzig allein in ihrem Willen zur Demokratie und in der Gegnerschaft zum Nationalsozialismus kamen Konservative und Kommunisten, radikale Demokraten und Patrioten, Atheisten und Christen gleichermaßen zu Wort: „in den Nordwestdeutschen Hefen fand alles Platz.“²¹ Stellvertretend seien hier Autoren wie Herbert Blank, Karl-Eduard von Schnitzler, Wilhelm Heitmüller, Peter Suhrkamp, Ralf Dahrendorf und Martin Niemöller erwähnt. Durch die Präsentation und Erläuterung verschiedener Standpunkte hielten die Autoren die Deutschen dazu an, sich wieder ihre eigene Meinung zu bilden und zu eigenen Überzeugungen zu gelangen. Es ist daher Wolfgang Marciniak zuzustim-

²⁰ Ebd., S. 31.

²¹ Wolfgang Marciniak: Die Nordwestdeutschen Hefte. Eine Kulturzeitschrift in der Britischen Besatzungszone Deutschlands (Magisterarbeit). Hamburg 1991, S. 279.

men, wenn er den „Nordwestdeutschen Hefen“ einen „durchgehend vorhandenen pädagogischen Impetus“ bescheinigt.²²

Da die „Nordwestdeutschen Hefte“ aus dem Abdruck von Sendemanuskripten bestanden, waren sie ein Spiegelbild des Wortprogramms des NWDR. Dementsprechend finden sich auch die großen, im Rundfunk thematisierten gesellschaftlichen, sozialen und politischen Fragen jener Zeit in den Artikeln der Zeitschrift wieder. So lagen die inhaltlichen Schwerpunkte der Hefte auf der Entnazifizierung sowie der Frage der Verantwortung und Schuld des deutschen Volkes für die Gräueltaten der Nationalsozialisten. Ohne „Rückblicke ins Dritte Reich“²³ – so der programmatische Titel des ersten Beitrags der ersten Nummer der „Nordwestdeutschen Hefte“ – konnte eine Re-education der Deutschen nicht erreicht werden. Im Dienste einer Aufklärung der Bevölkerung rekonstruierten die Autoren daher den Nationalsozialismus und seine Folgen sehr detailliert, wobei ein besonderes Augenmerk auf den nationalsozialistischen Alltag gerichtet wurde. Neben diesen Themenkomplexen, die sich mit der Aufarbeitung der Vergangenheit befassten, boten die „Nordwestdeutschen Hefte“ der durch Krieg, Hunger und Kälte demoralisierten Bevölkerung zugleich eine Perspektive für eine bessere Zukunft in einem demokratischen Land. Insbesondere in die Jugend wurde dabei die Hoffnung auf „ein sinnvolles Leben, bei dem niemand abseits stehen muß, der guten Willens ist“,²⁴ gesetzt.

Die „Nordwestdeutschen Hefte“, wie so viele politisch-kulturellen Blätter jener Blütezeit des Zeitschriftenwesens, wurden einem hohen moralischen Bildungs- und Erziehungsanspruch gerecht. Ganz im Sinne der alliierten Politik der Re-education, der Rückgewinnung des deutschen Volkes für die Ideen der Demokratie, leisteten sie ihren Beitrag für die politisch-gesellschaftliche Aufklärung der Bevölkerung. Die Besonderheit der Zeitschrift bestand darin, dass ihr überdies die Funktion zukam, den Lesern sichtbar zu machen, „wie in den Sendungen des NWDR [...] Demokratie geübt wurde.“²⁵

²² Ebd., S. 280.

²³ Axel Eggebrecht: Rückblicke ins Dritte Reich. In: Nordwestdeutsche Hefte, 1. Jg. (1946), Nr. 1, S. 3.

²⁴ Peter von Zahn: Muß die Jugend abseits stehen? In: Ebd., S. 20.

²⁵ Anne Christiansen: Axel Eggebrecht beim Nordwestdeutschen Rundfunk 1945-1949: Der „freie Autor“ und der Apparat (Magisterarbeit). Hamburg 1991, S. 120.

Mit der Januar-Ausgabe des Jahres 1948 änderte sich das Layout der „Nordwestdeutschen Hefte“. Aus der zuvor recht schlicht gewandeten Zeitschrift wollte Springer nun „eine große Illustrierte mit reichem, lebendig gegliederten Inhalt“ machen, wie es im Editorial heißt.²⁶ Folgerichtig erschien das Heft nun in einem doppelt so großen Format und enthielt zahlreiche Fotografien und andere Illustrationen. Damit orientierte Springer sich an dem sich allmählich wandelnden Zeitschriftenmarkt in Deutschland und dem verstärkten Bedürfnis der Leser nach reich bebilderten Illustrierten. Dabei konnte er von den Erfahrungen, die er bereits mit der Programmzeitschrift „Hör zu!“ auf diesem Sektor gesammelt hatte, profitieren.

Neben der äußeren Erscheinung unterlag auch die redaktionelle Leitlinie der „Nordwestdeutschen Hefte“ einem Wandel. Zwar bestand das Blatt nach wie vor aus dem Abdruck von Sendemanuskripten des NWDR, jedoch sollten Themen wie die Schuldebatte und die Entnazifizierung in den Hintergrund rücken und stattdessen nun primär Fragen erörtert werden, die „zeitnah, ohne die Hast der Aktualität um jeden Preis, lebensnah, ohne alltäglich zu sein“ waren.²⁷ Damit verlor die Zeitschrift ihren betont aufklärerischen Charakter der ersten beiden Jahre, setzte aber weiterhin ein grundlegendes Interesse der Leser an kulturellen und gesellschaftspolitischen Fragen voraus.

Nach einer anfänglichen breiten Rezeption politisch-kultureller Zeitschriften in den ersten beiden Nachkriegsjahren ließ das Interesse an Blättern mit einem hohen Bildungs- und Aufklärungsanspruch rasch nach. Angesichts des zermürbenden und desillusionierenden Nachkriegsalltags wünschte sich ein Großteil der Bevölkerung stattdessen in den wenigen Mußestunden vermehrt eine unpolitische, unterhaltende Lektüre. Diese Entwicklung verstärkte sich im Zuge der Währungsreform am 21. Juni 1948. Durch die Aufhebung der Papierkontingentierung und dem daraus resultierenden marktgerechten Zuschnitt von Auflagenhöhe und Preis griffen wieder „die Mechanismen von Angebot und Nachfrage“.²⁸ Die anspruchsvollen Zeitschriften wurden so peu à peu durch Produkte der Massenpresse ersetzt. Diese Entwicklung machte auch vor den „Nordwestdeutschen Heften“ nicht Halt. Mitte des Jahres 1948 ging die Anzahl der verkauften Exemplare deutlich zurück, die Auflage verfiel. Auch

²⁶ o. V.: Nordwestdeutsche Hefte in neuer Gestalt. In: Nordwestdeutsche Hefte, 3. Jg. (1948), Nr. 1, S. 2.

²⁷ Ebd.

²⁸ Laurien: Zeitschriftenlandschaft, S. 78.

wenn Springer versuchte, den Niedergang seines ersten Blattes durch verschiedene Maßnahmen abzuwenden,²⁹ konnten sich die „Nordwestdeutschen Hefte“ dennoch nicht länger auf dem Zeitschriftenmarkt behaupten. Daher trennte sich Springer von den Herausgebern Eggebrecht und von Zahn, verzichtete auf den Abdruck von Sendemanuskripten des NWDR und machte aus den „Nordwestdeutschen Heften“ im September 1948 das populärwissenschaftliche Magazin „Kristall“.



Titelblatt der Ausgabe 11/1948
„Kristall – Nordwestdeutsche Hefte“

Die Frage, ob die „Nordwestdeutschen Hefte“ eine „Zeitschrift des Rundfunks“ waren,³⁰ als die Axel Eggebrecht sie bezeichnet hatte, ist schwierig zu beantworten. Die bisherigen Forschungsarbeiten zu den „Nordwestdeutschen Heften“ sind dabei wenig hilfreich, da sie sich fast ausschließlich inhaltlichen Aspekten widmen und sich mit dieser Problematik nicht auseinandersetzen. Unstrittig ist, dass das Blatt aus kommentierten Sendemanuskripten des NWDR bestand. Daher können die „Nordwestdeutschen Hefte“ zumindest in inhaltlicher Hinsicht als „Zeitschrift des Rundfunks“ charakterisiert werden.

²⁹ Ab der Nummer 7/1948 erschien die Zeitschrift vierzehntägig, ab der Nummer 9/1948 kostete das Blatt nur noch 40 Pfennige. Zudem ersetzte Springer den bisherigen Chefredakteur Walther Hansemann durch Christian Bock.

³⁰ So Axel Eggebrecht im Gespräch mit Charles Schüddekopf. In: Schüddekopf: Vor den Toren, S. 30.

Weitaus komplizierter erscheint die Beantwortung der Frage, ob das Periodikum auch formell als Zeitschrift des NWDR anzusehen ist. Gemäß einer Vereinbarung vom 1. April 1946 übertrug der NWDR das Verlagsrecht an den Sendemanuskripten an Axel Springer.³¹ Damit wurde diesem das ausschließliche Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung der „Nordwestdeutschen Hefte“ garantiert. Diese Vereinbarung, sowie die Tatsache, dass Springer der alleinige Lizenzträger der Zeitschrift war und der NWDR an einem wirtschaftlichen Erfolg der Zeitschrift nicht partizipierte, sprechen gegen ein Aufgreifen der Formulierung Eggebrechts.

Gleichzeitig lassen sich auch einige Argumente für die Auffassung, die „Nordwestdeutschen Hefte“ formell als „Zeitschrift des Rundfunks“ zu kennzeichnen, aufzeigen. So führte die Zeitschrift bis zur April-Ausgabe 1947 als Herausgeber Eggebrecht und von Zahn „im Auftrage des Nordwestdeutschen Rundfunks“ an. Damit wurde der Eindruck eines offiziellen Organs des Senders erweckt. Ab Heft 5/6 des Jahres 1947 entfiel dieser Zusatz, gleichwohl firmierten Axel Eggebrecht und Peter von Zahn, also zwei der bekanntesten Repräsentanten des Senders, weiterhin als

Herausgeber. Zudem hieß es im Impressum: „Die Zeitschrift bringt und kommentiert Sendungen des Nordwestdeutschen Rundfunks in Auswahl.“³² Nach wie vor bestimmte der Sender damit maßgeblich den Charakter der „Nordwestdeutschen Hefte“, auch wenn sich offiziell der Springer-Mitarbeiter Walther Hansemann „verantwortlich für den Inhalt“ zeigte.

Eggebrecht und von Zahn wurden letztmalig in Heft 9 des Jahres 1948 als Herausgeber angegeben. Zugleich ist dies die letzte Ausgabe der „Nordwestdeutschen Hefte“, die aus dem Abdruck von Sendemanuskripten des NWDR bestand.³³ Von nun an war die Zeitschrift, die zwei Nummern später unter dem Titel „Kristall – Nordwestdeutsche Hefte für Unterhaltung und Wissen“ erschien, eindeutig keine „Zeitschrift des Rundfunks“ mehr.

Die „Nordwestdeutschen Hefte“ lassen sich wohl am ehesten als Resultat einer engen Kooperation eines privaten Verlegers mit einem öffentlich-rechtlichen Rundfunksender umschreiben, bei der der Verleger das unternehmerische Risiko zu tragen und der Sender das Material zu liefern hatte.

³¹ Vgl. Vereinbarung zwischen dem Verlag Hammerich & Lesser und dem Nordwestdeutschen Rundfunk, 7.6.1946. Darin wird auf eine zuvor getroffene Vereinbarung vom 1.4.1946 verwiesen, die die Übertragung des Verlagsrechts an Axel Springer festlegte. In: Jacobi: 50 Jahre, S. 43.

³² Impressum. In: Nordwestdeutsche Hefte, 2. Jg. (1947), Nr. 5/6, S. 2.

³³ Vgl. Impressum. In: Nordwestdeutsche Hefte, 3. Jg. (1948), Nr. 9, S. 2. Zur selben Zeit forderte der Verwaltungsrat, dass der Passus „in Zusammenarbeit mit dem NWDR“ in Bezug auf die „Nordwestdeutschen Hefte“ gestrichen wird (Vgl. NDR-Gremienbüro. Ordner: Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates. 4. Sitzung, 13./14.8.1948, S. 5).

„Der Geist hat eine Schlacht verloren.“

Zeitnah zum Ende der „Nordwestdeutschen Hefte“ wurde die Verantwortung über den NWDR in deutsche Hände gelegt. Hugh Carleton Greene war als Chief Controller mit dem Ziel angetreten, dem NWDR eine neue rechtliche Grundlage zu geben. Zentrales Anliegen Greenes war die Sicherstellung der Autonomie des Senders. Nach den Erfahrungen mit dem propagandistischen Rundfunk der Nationalsozialisten hielt er eine „Unabhängigkeit gegenüber einzelnen Parteien und gegenüber etwaigen zukünftigen Regierungen“ für die Grundvoraussetzung eines demokratischen Rundfunks in Deutschland.¹ Von vornherein planten die Briten eine Verordnung der Militärregierung als Rechtsgrundlage des NWDR. Gleichwohl waren sie um eine breite Akzeptanz der Bevölkerung zugunsten des neuen Rundfunks bemüht. Daher verhandelte Greene monatelang mit den Länderregierungen der britischen Zone und den in den Zonenbeirat entsandten Vertretern über die genaue Ausgestaltung des zukünftigen rechtlichen Statuts des NWDR.

Am 1. Januar 1948 trat das Resultat dieser Verhandlungen als Verordnung 118 der britischen Militärregierung in Kraft. Diese enthielt im Anhang die „Satzung des Nordwestdeutschen Rundfunks“.

Die Verordnung 118

In Anlehnung an das Organisationsmodell der BBC konzipierte Greene den Sender als „Anstalt des öffentlichen Rechts“ und sicherte dem NWDR den alleinigen Betrieb „der gegenwärtig vorhandenen und zukünftigen Rundfunkanlagen“ in seinem Sendegebiet zu.² Diese ordnungspolitische Festlegung garantierte dem Sender eine Monopolstellung im Bereich des Rundfunks. Die Möglichkeit einer eigenständigen Sendeanstalt Nordrhein-Westfalens sowie eines kommerziellen Rundfunks wurde damit ausgeschlossen. Artikel 3 der Verordnung 118 legte fest, dass jeder ange-

meldete Rundfunkhörer eine monatliche Gebühr von 2 DM zu entrichten hatte.



Hugh Carleton Greene 1948

Dies hatte zur Folge, dass der NWDR nach der Übergabe in deutsche Hände über eine enorme finanzielle Potenz verfügte, da bereits Anfang 1948 rund drei Millionen Hörer in seinem Sendegebiet angemeldet waren.³ Etwaige Überschüsse der Einnahmen sollte die Rundfunkanstalt den Kulturfonds der Länder zuführen.⁴ Wie sich noch zeigen wird, war dies eine Entscheidung, die in der Folgezeit noch vielfach in den Fokus der Kritik geraten sollte.

Die wohl schwierigste Mission Hugh Carleton Greenes war die Anpassung der Strukturen der BBC an die deutschen Verhältnisse.⁵ Paragraph 2

¹ So Hugh Carleton Greene bei seiner Antrittsrede am 4. Oktober 1946 in Hamburg. Zitiert nach Kutsch: Zonensender, S. 120.

² Verordnung 118 (1. abgeänderte Fassung) mit Anhang Satzung des Nordwestdeutschen Rundfunks, 1.7.1949. In: Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Britische Zone, 6.8.1949. Nr. 30, Teil 10 B, S. 7-12.

³ Vgl. o. V.: 3.134.940 NWDR-Hörer im Januar. In: Die Ansage. Mitteilung des Nordwestdeutschen Rundfunks, 3. Jg. (1948), Nr. 2, S. 1.

⁴ Vgl. §17 der Satzung des Nordwestdeutschen Rundfunks, 1. abgeänderte Fassung, 6.8.1949.

⁵ Vgl. dazu ausführlich Hans-Peter Reiter: Die Struktur des britischen Rundfunks, Folgerungen für die Medienlandschaft der Bundesrepublik (Reihe Medienwissenschaft, Bd. 6). Pfaffenweiler 1986. Vgl. auch Emil

der Satzung des NWDR legte als Leitorgane des Senders den Hauptausschuss, den Verwaltungsrat und den Generaldirektor fest. Der aus 16 Mitgliedern bestehende Hauptausschuss – unter ihnen die Ministerpräsidenten der Länder und der erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburgs – sollte alle wesentlichen gesellschaftlichen Organisationen repräsentieren. Er hatte die Aufgabe, den Jahresabschluss des NWDR zu genehmigen sowie den Verwaltungsrat zu wählen. Dieser wiederum sollte den Generaldirektor, dem die Statuten eine exekutive Funktion zuschrieben, ernennen, seine Geschäftsführung überwachen und dem Haushaltsplan sowie dem Jahresabschluss zustimmen. Besonders große Macht erhielt der siebenköpfige Verwaltungsrat dadurch, dass der Generaldirektor nach Paragraph 10 „in allen wichtigen Angelegenheiten grundsätzlicher oder finanzieller Art die Genehmigung des Verwaltungsrates einzuholen“ hatte. Dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates wurde dabei eine Sonderstellung zugewiesen, da der Generaldirektor diesen „ständig über die laufenden Angelegenheiten zu unterrichten“ hatte, sowie dessen Zustimmung in allen über den Kreis der laufenden Geschäfte hinausgehenden Sachfragen einholen musste.⁶ In der Frage einer rundfunkeigenen Zeitschrift des NWDR sollte insbesondere der spätere Verwaltungsratsvorsitzende Emil Dovifat von diesen weitreichenden Befugnissen Gebrauch machen.

Der NWDR unter der Leitung von Adolf Grimme

Obwohl das Statut des NWDR festschrieb, dass der Rundfunk „in voller Unabhängigkeit von Einflüssen des Staates und parteipolitischen Richtungen“ betrieben werden sollte, waren neun der 16 Vertreter des ersten Hauptausschusses parteipolitisch gebunden. Da ab Dezember 1949 in dem Gremium neben den Ministerpräsidenten der Länder und dem Ersten Bürgermeister Hamburgs auch die vier Kultusminister der Länder vertreten waren, war der Anteil von Regierungsvertretern von Beginn an außerordentlich hoch. Dieser „Doppelproporz“ nach Parteien und Ländern“ setzte sich entsprechend im Verwaltungsrat fort.⁷ So gehörten von den ersten sieben Mitgliedern des Gremiums vier der SPD und drei der CDU an. Dies war nur deshalb möglich, da die Vertreter

des Zonenbeirats und der Landesregierungen Greene in den Verhandlungen um eine zukünftige Rechtsgrundlage des Senders umfangreiche Zugeständnisse abtrotzen konnten. Insbesondere Greenes Nachgeben in der Frage der Zusammensetzung der Rundfunkgremien sollte die weitere Geschichte des NWDR entscheidend beeinflussen. Eine Unabhängigkeit des NWDR, wie sie sich Greene zum Ziel gesetzt hatte, sollte Utopie bleiben. Daher ist Horst Ohde zuzustimmen, wenn er konstatiert: „Staatsferne und Ausschaltung von Parteieinflüssen waren zentrale Konzepte der Briten gewesen. Beides jedoch wurde in entscheidenden Punkten verfehlt.“⁸

Am 8. September 1948 wählte der Verwaltungsrat den niedersächsischen Kultusminister Adolf Grimme (SPD) zum Generaldirektor des NWDR.



Adolf Grimme 1948

Dieser war zwar kein ausgewiesener Rundfunkexperte und mit journalistischer Arbeit kaum vertraut, genoss dafür aber das Ansehen einer „in jeder Hinsicht integren Persönlichkeit“.⁹ Zwei Monate später, am 15. November 1948, übergab Hugh Carleton Greene offiziell die Geschäftsführung an Grimme. Der NWDR war damit in deutschen Händen.

Dovifat: Der NWDR in Berlin 1946 – 1954. Berlin 1970, S. 13 ff.

⁶ Vgl. §10 der Satzung des Nordwestdeutschen Rundfunks, 1. abgeänderte Fassung, 6.8.1949.

⁷ Bausch: Rundfunkpolitik, S. 58.

⁸ Ohde: Rothenbaumchaussee, S. 302.

⁹ Erik Heinrich: Vom NWDR Berlin zum SFB: Rundfunkpolitik in Berlin 1946-1954 (Dissertation). Berlin 1985, S. 26.

In der Literatur ist vielfach diagnostiziert worden, dass das Ende der Amtszeit Greenes zugleich das Ende der liberalen Atmosphäre der Anfangsjahre markierte.¹⁰ Im Zuge einer rigiden Bürokratisierungs- und Reorganisationspolitik unter Grimme und Heinrich Raskop (CDU), dem ersten Vorsitzenden des Verwaltungsrates, verließen 1949 viele profilierte Journalisten der ersten Stunde, unter ihnen auch Axel Eggebrecht, das Haus. Im Jahr zuvor hatte bereits Peter von Zahn Hamburg verlassen und eine Stelle als NWDR-Korrespondent in Düsseldorf angetreten.

Der Sender geriet zunehmend unter den Einfluss der in den Aufsichtsgremien vertretenen politischen Parteien und Regierungen. Der institutionelle Proporz der Rundfunkgremien führte zu einer Lähmung des Senders, die sich auch auf das Programm auswirkte. Nachrichten, Kommentare und verschiedene politische Sendungen wurden von den Gremien vermehrt „speziell oder grundsätzlich überprüft“.¹¹ Dies wiederum führte zu

einem beträchtlichen Verlust des Profils des NWDR-Programms in den folgenden Jahren. Nach einer Serie von Affären und Streitigkeiten im Sender konstatierte ein zeitgenössischer Beobachter resignierend: „Der Geist hat eine Schlacht verloren“.¹²

Die „Hamburger Volkszeitung“ machte Mitte 1949 einen „Tiefstand beim NWDR“ aus,¹³ die Wochenzeitung „Die Zeit“ mutmaßte gar: „Es gibt sicher nicht mehr allzu viele unter unseren Lesern, die den NWDR hören.“¹⁴ Auch in den Jahren 1950/51 sah sich die Rundfunkanstalt wiederholt der Kritik in verschiedenen Presseorganen ausgesetzt. Insbesondere in den bestehenden Rundfunkzeitschriften wurden verschiedene Missstände am Sender und das Niveau seines Programms angeprangert. Nicht zuletzt die Unzufriedenheit des NWDR mit dem Programmblatt „Hör zu!“ war mitentscheidend dafür, dass der Sender Anfang der 50er Jahre die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift ernsthaft in Erwägung zog.

¹⁰ Vgl. Schaaf: Rundfunkmodell, S. 300; Ohde: Rothenbaumchaussee, S. 296.

¹¹ Schaaf: Rundfunkmodell, S. 301.

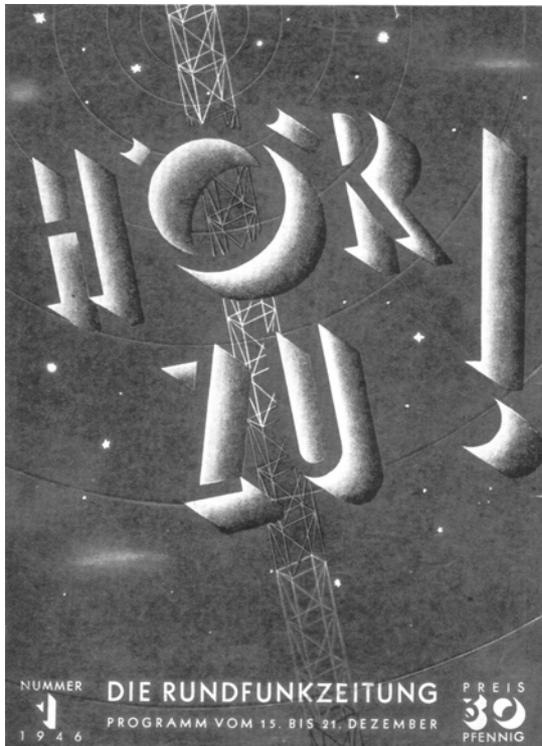
¹² Erich Kuby: Der Geist hat eine Schlacht verloren. Anmerkungen zu den Vorgängen beim NWDR. In: Süddeutsche Zeitung, 16.6.1949.

¹³ Ellen Seifert: Tiefstand beim NWDR. In: Hamburger Volkszeitung, 23./24.7.1949.

¹⁴ o. V.: Neues vom NWDR. In: Die Zeit, 20.7.1949.

„Hör zu!“ – Symbiose und Kritik

Am 15. Dezember 1946 erschien die erste Ausgabe der „Hör zu!“ mit einer Startauflage von 252.000 Exemplaren. Im Format 22 x 30 cm gedruckt, betrug der Preis bei einem Umfang von zunächst zwölf Seiten 30 Pfennige.¹ Die Lizenz für die erste Programmzeitschrift in der britischen Besatzungszone erhielt Axel Springer. Nicht zuletzt die enge Zusammenarbeit mit dem Rundfunk bei der Herausgabe der „Nordwestdeutschen Hefte“ war mitentscheidend dafür, dass sein Antrag auf Genehmigung der Zeitschrift von den zuständigen britischen Behörden positiv beschieden wurde.



Titelblatt der Ausgabe 1/1946
„Hör zu!“

Ab der zweiten Nummer trug die wöchentlich erscheinende Zeitschrift den Untertitel „Die Rundfunkzeitung des NWDR“. Damit wurde den Lesern die „Hör zu!“ als „quasi-offiziöse“ Zeit-

¹ Ab der Nummer 46/1949 erschien die Zeitschrift im größeren Format von 26 x 35,2 cm. Der Verkaufspreis der Zeitschrift stieg im Untersuchungszeitraum stetig an. Ab der Nummer 41/1950 kostete die „Hör zu!“ 35 Pfennige, ab der Nummer 11/1951 40 Pfennige und ab der Nummer 16/1951 betrug der Preis 45 Pfennige.

schrift des Senders angeboten.² Dieser Eindruck findet sich in einem Vertrag zwischen Springers Verlag Hammerich & Lesser und dem NWDR vom 30. Juli 1946 bestätigt, der die Herausgabe der Programmzeitschrift im Einzelnen regelte. Danach erteilte der NWDR dem Verlag das ausschließliche Recht für den Abdruck des vollständigen Wochenprogramms. Im Gegenzug für dieses Monopol billigte Springer dem Sender zu, dass alle Veröffentlichungen „der vorherigen Einwilligung des NWDR“ bedurften.³ Unter Mithilfe des NWDR war damit der Grundstein für Axel Springers späteres Medienimperium gelegt. Der Springer-Biograph Hans-Dieter Müller resümierte die Startbedingungen der „Hör zu!“ mit den Worten: „Man mag es als Ironie betrachten, daß Axel Springer seinen wirtschaftlichen Aufstieg der Anlehnung an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk verdankte, den er später als Gralsritter des freien Wettbewerbs so heftig bekämpfte“.⁴

Die Nähe zum NWDR war der „Hör zu!“ in den Anfangsmonaten deutlich anzusehen. So wurden in den ersten fünf Ausgaben an exponierter Stelle die beliebtesten Mitarbeiter des Senders, unter ihnen auch Axel Eggebrecht und Peter von Zahn, vorgestellt. Zudem stammte in den Jahren 1947/48 mindestens die Hälfte aller rundfunkbezogenen Artikel von Mitarbeitern des NWDR.⁵ Diese nutzten die Zeitschrift als publizistisches Forum, in dem Fragen der Programmplanung erörtert oder auf bedeutende Sendungen hingewiesen werden konnte. Auf diese Weise war die „Hör zu!“ ein Produkt, in dem der Wunsch des NWDR nach Selbstdarstellung mit den kommerziellen Interessen des Verlegers Axel Springer

² Seegers: Hör zu!, S. 163. Ob dieser Zusatz auf Betreiben des Verlages oder des NWDR erfolgte, kann nicht verlässlich geklärt werden. Laut Eduard Rhein kam diese Bemerkung auf Verlangen des NWDR auf die Titelseite. Vgl. Thomas Bauer: Deutsche Programmpresse 1923 bis 1941: Entstehung, Entwicklung und Kontinuität der Rundfunkzeitschriften (Rundfunkstudien, Bd. 6). München u. a. 1993, S. 329.

³ StA HH, NDR, 621-1, 1297. Vertrag zwischen dem Nordwestdeutschen Rundfunk und dem Verlag in Firma Hammerich & Lesser über die Herausgabe einer Rundfunkzeitschrift des NWDR. Hamburg, 30.6.1946, S. 2.

⁴ Müller: Springer-Konzern, S. 53.

⁵ Vgl. Seegers: Hör zu!, S. 167.

ideal verbunden wurde. Dies änderte sich erst, als der Sender im Sommer 1948 der „Hör zu!“ das alleinige Abdrucksrecht des Wochenprogramms aufkündigte, da man sich nun von einer „Förderung der freien Konkurrenz“ eine Anhebung der Qualität der bestehenden Radiozeitschriften erhoffte.⁶ Das zuvor weitgehend ungetrübte Verhältnis verschlechterte sich, die Programmacher stellten kaum noch eigene Sendungen in der Zeitschrift vor. Die im Zuge der Währungsreform von Eduard Rhein, dem Chefredakteur der Zeitschrift, vorgenommenen redaktionellen Änderungen, insbesondere der Aufbau eines illustrierten Service- und Unterhaltungsteils, sollte ab den Jahren 1949/50 die Beziehung zwischen dem NWDR und der „Hör zu!“ weiter beeinträchtigen.

Von der Programmzeitschrift zur Illustrierten mit Programm

Wie in den „Nordwestdeutschen Heften“ so fand sich auch im Editorial der ersten Ausgabe der „Hör zu!“ ein programmatisches Geleitwort von Redaktion und Verlag. Darin wurde das Selbstverständnis der Zeitschrift formuliert: „HÖR ZU! will nicht eine Illustrierte ersetzen, nicht eine Gartenlaube mit Häkelmuster und Rundfunkprogramm sein, nicht mit der Bühne und dem Film kokettieren. HÖR ZU! will zur reinen Urform der Rundfunkzeitung zurückführen und wird sich deshalb ausschließlich mit dem Rundfunk beschäftigen: mit seinen Künstlern, Technikern, Organisatoren, mit den Problemen seiner Programmgestaltung und nicht zuletzt mit den Wünschen seiner Hörer.“⁷

Recht bald zeigte sich, dass sich die „Hör zu!“ Stück für Stück von diesen Grundsätzen entfernte. Der Anteil nicht-rundfunkbezogener Sujets nahm stetig zu. So richtete Rhein auf Wunsch der Leser bereits ab der Nummer 7/1947 eine Starrubrik ein, womit er den eigenen Anspruch unterließ, „nicht mit der Bühne und dem Film zu kokettieren“. Diese Tendenz verstärkte sich nach der Währungsreform und dem damit einhergehenden verschärften Konkurrenzkampf auf dem Zeitschriftenmarkt. Rhein reagierte auf diese Entwicklungen, indem er sich dem Geschmack des Publikums anpasste, sich dem „Prinzip des *Ankommens* bei den Massen“ bediente.⁸ Auf diese Weise fanden im Zuge des Ausbaus eines illustrierten Ser-

vice- und Unterhaltungsteils auch vermehrt Fortsetzungsromane, Rätsel, Ratgeberrubriken wie „Fragen Sie Frau Irene“ und Modetipps in der „Hör zu!“ ihren Platz. Aus der Programmzeitschrift wurde eine Familienillustrierte mit Programm. Erläuterungen zu einzelnen Sendungen, kritische Bespiegelung des Sendegeschehens oder Erörterung von Problemen der Programmgestaltung spielten nur mehr eine nebensächliche Rolle. „Das illustrierte Gewand, nicht mehr der Rundfunk ist im Mittelpunkt“,⁹ konstatierte ein zeitgenössischer Kritiker. Im Herbst 1950 formulierte Rhein dementsprechend eine neue redaktionelle Leitlinie für das Blatt: „HÖR ZU! wird aus allen Gebieten des Lebens berichten: Vom Zeitgeschehen, von Kunst und Wissen, Mode, Film und Sport!“¹⁰

Mit der Verbreiterung des inhaltlichen Angebots nahmen auch Auflage und Umfang der „Hör zu!“ stetig zu. Bereits 1950 wurde unter Beibehaltung eines Verkaufspreises von 30 Pfennigen pro Exemplar die Millionengrenze erreicht. Die „Hör zu!“ war damit die erfolgreichste Zeitschrift der jungen Republik. Aufgrund des Monopols in den ersten ein- einhalb Jahren hatte sich das Blatt einen Auflagenvorsprung gesichert, der ihm eine „übermächtige Stellung“ im Sendegebiet des NWDR garantierte.¹¹ Nicht zuletzt die „Hör zu!“ dürften daher führende Vertreter des NWDR und andere Rundfunkexperten im Besonderen gemeint haben, wenn sie über die bestehenden Programmzeitschriften urteilten. In diesem Sinne kann auch folgende Überlieferung von Hans Bredow, vor 1933 Rundfunkkommissar des Reichspostministeriums und einer der „Väter des deutschen Rundfunks“,¹² als Kritik an der „Hör zu!“ verstanden werden: „Es genügt nicht, einfach Programme zu veröffentlichen und im übrigen die Seiten mit Illustrationen aus aller Welt zu füllen, die nichts mit dem Rundfunk zu tun haben.“¹³

Das Verhältnis zum NWDR

Das Verhältnis zwischen Springers Erfolgsblatt und dem NWDR trübte sich durch die Entwick-

⁶ NDR-Gremienbüro: Ordner Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates. 4. Sitzung, 13./14.8.1948, S. 5.

⁷ Redaktion und Verlag: An unsere Leser. In: Hör zu!, 1. Jg. (1946), Nr. 1, S. 2.

⁸ Erich Straßner: Zeitschrift. Tübingen 1997 (Grundlagen der Medienkommunikation, Bd. 3), S. 15.

⁹ Friedemann Enke: Programmzeitschriften. In: Rufer und Hörer, 5. Jg. (1950/51), Nr. 12, S. 559.

¹⁰ Die Redaktion: Beifall spornt an! In: Hör zu!, 5. Jg. (1950), Nr. 45, S. 2.

¹¹ Seegers: Hör zu!, S. 192.

¹² Wolf Bierbach: Fenster zur Welt: Rundfunk und Presse nach 1945. In: Gerhard Brunn (Hrsg.): Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge nach 1945/46. Essen 1986, S. 147.

¹³ So Hans Bredow im Dezember 1949. Zitiert nach Bauer: Programmpresse, S. 8.

lung der „Hör zu!“ zu einer Illustrierten mit vermehrt unterhaltenden, rundfunkfremden Beiträgen. Bereits im August 1948 wurden im Verwaltungsrat Überlegungen laut, „Konkurrenzunternehmen [von Hammerich & Lesser zu] ermutigen“, da „durch Förderung der freien Konkurrenz die Qualität der Radiozeitschriften nur gehoben werden“ könne.¹⁴ Zudem wurde im NWDR argwöhnisch beäugt, dass in der „Hör zu!“ nach Aufkündigung des Programmmonopols durch den Sender ein verändertes Selbstverständnis zutage trat. Während sich die Programmzeitschrift zuvor als „relativ neutrale Instanz“ zwischen den Anliegen des Senders und den Interessen der Hörer präsentierte, inszenierte sie sich danach immer deutlicher „als "Rundfunkparlament" der Hörer in kritischer Distanz zum NWDR.“¹⁵ So wurden – argumentierend mit der aus zahlreichen Leserbriefen bezogenen Meinung der Hörer – verschiedene Sendeformate und personelle Angelegenheiten des Senders kritisiert.

Beispielhaft seien hier zwei Kampagnen aus dem Jahr 1949 angeführt: zum einen die sich über Monate hinziehende massive Kritik an Kurt Feltz, dem Leiter der Abteilung Unterhaltungsmusik des NWDR Köln, zum anderen der publizistische Feldzug gegen eine als „Bazillus der Ätherpest“ gebrandmarkt Werbung in der NWDR-Sendung „Der frohe Samstagnachmittag“.¹⁶

Die Kritik der „Hör zu!“ am NWDR fand gegen Ende 1950/Anfang 1951 einen weiteren Höhepunkt. In den Leitartikeln der Zeitschrift, die Rhein als „publizistisches Korrektiv zu den öffentlich-rechtlichen Anstalten“ verstand,¹⁷ wurde der Sender teilweise scharf angegriffen. Dabei sah sich die Rundfunkanstalt wiederholt dem Vorwurf der mangelnden Transparenz in ihren Gremien sowie der unzweckmäßigen Verwendung von Hörergeldern ausgesetzt.¹⁸ Das symbiotische Nebeneinander wich dem Konkurrenzdenken und die Fronten verhärteten sich zunehmend.

¹⁴ NDR-Gremienbüro. Ordner: Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates. 4. Sitzung, 13./14.8.1948, S. 2.

¹⁵ Seegers: Hör zu!, S. 333 f.

¹⁶ Vgl. dazu ausführlich ebd., S. 338-359.

¹⁷ Ebd., S. 361.

¹⁸ Vgl. Hör zu!, 5. Jg. (1950), Nr. 44-52 und 6. Jg. (1951), Nr. 1-3, S. 2.

Planspiele für eine rundfunkeigene Zeitschrift

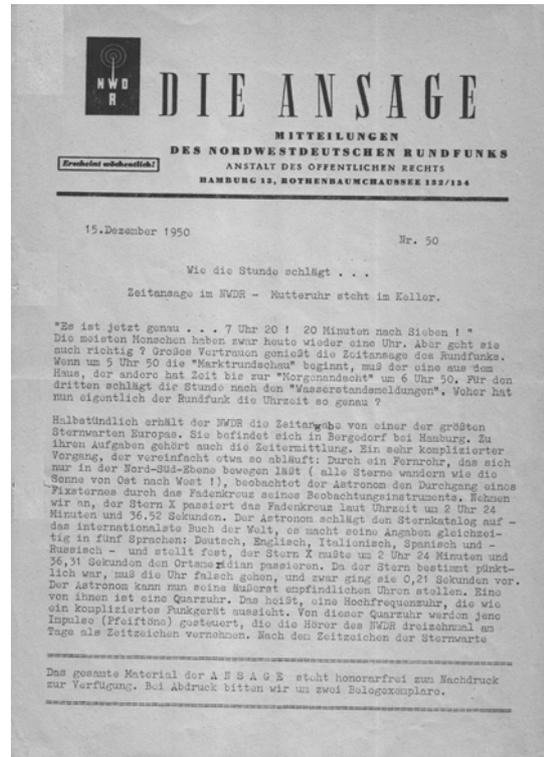
Die Briten bestanden in den unmittelbaren Nachkriegsjahren darauf, die Lizenz für die Herausgabe der „Nordwestdeutschen Hefte“ nur einem privaten Verleger zu erteilen. Dem NWDR gestatteten sie es nicht, eigene Publikationen zu veröffentlichen. Das änderte sich mit dem Inkrafttreten der Verordnung 118 der britischen Militärregierung am 1. Januar 1948. In Paragraph 1 der Satzung des Nordwestdeutschen Rundfunks heißt es: „Der Nordwestdeutsche Rundfunk darf auch Zeitschriften, Broschüren und andere Schriften herausgeben, die für Rundfunkhörer von Interesse sind.“ Auch in diesem Fall orientierte sich Hugh Carleton Greene, der „Vater“ der Verordnung 118, an der Royal Charter der BBC,¹ der normativen Grundlage der britischen Sendeanstalt. Damit war der NWDR der einzige Sender in der Bundesrepublik, der das Recht hatte, rundfunkeigene Publikationen zu veröffentlichen.

Nach der Einstellung der „Nordwestdeutschen Hefte“ im September 1948 tauchte der Gedanke einer rundfunkeigenen Zeitschrift des NWDR erstmalig wieder im Februar 1949 auf. In einem Entwurf der Pressestelle wurde erörtert, wie der Sender sein Programminformationsblatt „Die Ansage“ inhaltlich und grafisch verändern könnte, um „nicht nur die Rundfunkzeitschriften, sondern auch einen weiteren Interessentenkreis, wie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Mitglieder des Hauptausschusses in ausreichender Form über das laufende Programm und die Pläne des NWDR zu unterrichten.“² Ausgehend von einem solch neu konzipierten Programminformationsblatt sollte es einer weiteren Überlegung vorbehalten bleiben, „ob sich evtl. aus dieser Ansage eine spätere von (sic!) NWDR selbst herauszugebende Rundfunkzeitschrift entwickeln“ könnte.³

¹ Paragraph 3 (1) der „Royal Charter for the continuance of the British Broadcasting Corporation“ besagt: „The objects of the Corporation are as follows: [...] To commission, compile, prepare, edit, make, print, publish, issue, circulate and distribute, with or without charge, such books, magazines, periodicals, journals, printed matter [...] as may be conducive to any of the objects of the Corporation.“ In: http://www.bbc.co.uk/info/policies/charter/pdf/charter_text.shtml (Homepage der BBC), Stand: 4.4.2004.

² StA HH, NDR, 621-1, 661. Entwurf der Pressestelle, 1.2.1949.

³ Ebd. Wie sich im weiteren Verlauf dieser Arbeit zeigen wird, wurde der Gedanke einer Fortentwicklung



Titelblatt der Ausgabe 50/1950
„Die Ansage“

Konkretisiert wurden diese noch sehr vagen Ausführungen im August 1949. In einer Aktennotiz vermerkte der damalige Pressechef des NWDR, Hanns Ruppertsberg, nach der täglich stattfindenden Morgenzusammenkunft bei Generaldirektor Grimme, „dass offenbar die feste Absicht besteht, eine eigene Zeitschrift des NWDR [...] zu gründen.“⁴ Drei Monate später erwies sich die Richtigkeit dieser Einschätzung. Im Auftrag von Grimmes persönlichem Assistenten, Friedrich Wenzlau, wurden den Mitgliedern des Verwaltungsrates erste detaillierte Pläne zur Herausgabe einer Zeitschrift vorgelegt.⁵ Das dreiteilige „Exposé zur Gründung einer Zeitschrift und eines Verlages beim NWDR“ enthielt einen von – nicht näher genannten – Mitarbeitern des NWDR verfassten Entwurf, ein Exposé des an der Herausga-

der „Ansage“ zu einer rundfunkeigenen Zeitschrift nicht mehr aufgegriffen.

⁴ StA HH, NDR, 621-1, 649. Aktennotiz des Pressechefs Hanns Ruppertsberg, 10.8.1949.

⁵ NDR-Gremienbüro. Ordner: Intern. Hamburg K-Z. Berlin-Hannover-Köln. Jan. 1949 – Dez. 1949. Mitteilung von Walter D. Schultz an das Sekretariat des Verwaltungsrats, 9.11.1949.

be der Zeitschrift interessierten Verlages Westermann sowie einen Anhang der Generaldirektion mit Überlegungen bezüglich der Zweckmäßigkeit eines eigenen Zeitschriftenverlages.⁶ Insbesondere der sechsseitige Entwurf der Mitarbeiter des NWDR führte bereits einige Aspekte auf, die für die in den Jahren 1950 und 1951 realisierten Probenummern relevant gewesen sein dürften.

Das Exposé der NWDR-Mitarbeiter

Das Interesse der Mitarbeiter des NWDR, Pläne für eine eigene Zeitschrift zu entwickeln, resultierte aus ihrer Unzufriedenheit über die Rundfunkberichterstattung in der Tagespresse und in den bestehenden Rundfunkzeitschriften. Sie hielten die darin veröffentlichten Rundfunknachrichten für „völlig ungenügend und ungenau“.⁷ Daher regten sie die Gründung einer rundfunkeigenen Zeitschrift an, um „den oft recht oberflächlichen Urteilen der Öffentlichkeit und wenig fachmännischen der Presse direkt oder indirekt die eigene, begründete Meinung entgegenzusetzen.“ Mit dem Verweis auf zahlreiche ausländische Rundfunkgesellschaften, die ebenfalls eigenständig Zeitschriften herausgeben würden, begründeten die Mitarbeiter des NWDR eine solche Vorgehensweise. Einmal mehr diente dabei insbesondere die BBC als Vorbild. Diese gab in Großbritannien neben dem anspruchsvollen Magazin „The Listener“ bereits ab 1923 die wöchentlich erscheinende Zeitschrift „Radio Times“ heraus, die über alle von der BBC angebotenen Hörfunkprogramme vollständig und mit Beschreibungen der einzelnen Sendungen informierte.

Da sich „die Mutter aller Rundfunkanstalten“ das Urheberrecht auf ihre Programmankündigungen vorbehalten hatte,⁸ verfügte die BBC in Großbritannien so über ein Monopol auf dem Markt der Programmzeitschriften. Einen privaten Programmzeitschriftenmarkt, wie er sich in Deutschland bereits unmittelbar nach der Einrichtung des Rundfunks im Oktober 1923 entwickelt und nach 1945 wieder etabliert hatte,⁹ gab es daher nicht.

⁶ StA HH, NDR, 621-1, 39. Exposé zur Gründung einer Zeitschrift und eines Verlages beim NWDR, 8.11.1949.

⁷ Vgl. ebd. Anlage 1. Exposé zur Gründung eines Zeitschriftenverlages, ausgearbeitet von Mitarbeitern des NWDR, S. 1.

⁸ James G. Stapers: Rundfunkanbieter als Träger der Programm presse – Erfahrungen in den Niederlanden. In: Hermann Dieter Schröder (Hrsg.): Programminformationen in Printmedien (Symposien des Hans-Bredow-Instituts, Bd. 8). Baden-Baden 1988, S. 81.

⁹ Vgl. Bauer: Programm presse, S. 22 ff.; Hans-Siebert von Heister: Aufzeichnungen zur Rundfunkgeschichte

Diesen grundlegenden Unterschied des deutschen und britischen Rundfunkpressemarktes und die daraus resultierende unterschiedliche Positionierung einer rundfunkeigenen Zeitschrift ließen die Mitarbeiter des NWDR bei ihren Ausführungen allerdings außer Acht.

Drei verschiedene Zeitschriftenmodelle hielten sie für geeignet, um „die Beziehungen Rundfunk – Hörer enger gestalten“ zu können.¹⁰ So sollte die in Vorschlag gebrachte Zeitschrift entweder als Programmzeitschrift erscheinen, womit sich der NWDR in direkte Konkurrenz zu den privaten Zeitschriftenverlegern begeben hätte, „oder als Blatt, welches durch die Veröffentlichung wertvoller Sendungen das gesprochene Wort im Druck festhält, oder als Kombination“ dieser beiden Zeitschriftentypen. Die Mitarbeiter des NWDR betonten explizit, dass sie ein Blatt vorsahen, das „den Programmzeitschriften keine Konkurrenz machen soll“. Ob dies tatsächlich den wahren Absichten der Mitarbeiter entsprach, oder ob sie damit diesbezüglichen Einwänden gegen eine rundfunkeigene Zeitschrift zuvorkommen wollten, lässt sich nicht rekonstruieren. Jedoch stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, was eine rundfunkeigene Zeitschrift mit Programmteil dargestellt hätte, wenn nicht eine Konkurrenz zu den Programmzeitschriften der privaten Verleger. Insbesondere der permanenten Kritik seitens der im Sendegebiet des NWDR dominierenden „Hör zu!“ hätte die Rundfunkanstalt so die eigene Meinung entgegenzusetzen können.

Ähnlich wie in den „Nordwestdeutschen Heften“ sollte in der neuen Zeitschrift „vor allem eigenes Manuskriptmaterial des NWDR“ veröffentlicht werden, wobei der Sender nach dem Willen der Mitarbeiter sowohl die redaktionelle als auch die verlagstechnische Kontrolle besessen hätte. Eine Kooperation, wie sie Axel Eggebrecht und Peter von Zahn mit Axel Springer eingegangen waren, wurde nicht in Betracht gezogen, da der NWDR bei Hinzuziehung eines fremden Verlages einen Teil seiner Unabhängigkeit verloren hätte.

Das Exposé sah weiter vor, dass die neue Zeitschrift ein Publikationsorgan des gesamten Senders werden müsste, „indem alle Häuser des NWDR regelmässig und gemeinsam mit ihren Beiträgen im Blatt erscheinen“ sollten.

Deutschland: Fünf Jahre deutscher Funkjournalismus. Teil 1-4. In: Fernseh-Informationen, Jg. 36 (1985), Nr. 11, S. 325-328; Nr. 12, S. 355 f.; Nr. 13, S. 383 f.; Nr. 4, S. 413 f.

¹⁰ StA HH, NDR, 621-1, 39. Exposé zur Gründung einer Zeitschrift und eines Verlages beim NWDR. Anlage 1, S. 2.

Es ist anzunehmen, dass es das Ziel dieser Einbeziehung aller Funkhäuser sein sollte, die Einheitlichkeit des NWDR nach außen sichtbar zu machen. Gerade diese wurde in jenen Jahren – resultierend aus den sich immer deutlicher abzeichnenden partikularistischen Tendenzen des Berliner und des Kölner Funkhauses – in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert und angezweifelt. Das war nicht unbegründet, wenn man rückblickend die Geschichte des NWDR bis zur Aufspaltung in die drei Rundfunkanstalten Sender Freies Berlin (SFB), NDR und WDR betrachtet.

Neben weiteren Ausführungen hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung der zu gründenden Zeitschrift machten die Mitarbeiter konkrete Namensvorschläge für das neue Publikationsorgan. So regten sie unter anderem die Wiederaufnahme des Titels „Nordwestdeutsche Hefte“ an.¹¹ Ferner schlugen sie den Namen „Der Hörer“ vor, der später als Titel für die beiden 1950 gedruckten Probenummern wieder aufgegriffen wurde. Dies könnte als ein Indiz dafür gewertet werden, dass dieser erste Entwurf die späteren Zeitschriftenkonzeptionen des NWDR maßgeblich beeinflusste.

Gedacht war an eine Monatszeitschrift, die je nach Format entweder aus 16, 32 oder 64 Seiten bestehen sollte. Einer späteren Überlegung bliebe es dann vorbehalten, ob das Heft nach seiner Einführungszeit vierzehntägig oder gar wöchentlich erscheinen könne. Als Verkaufspreis setzten die Mitarbeiter einen Betrag von „50 Pfennigen, keinesfalls mehr als 1 DM“ an. Durch einen guten Vertrieb und durch entsprechende Werbung erhofften sie sich, dass das Blatt auch in hoher Auflage abzusetzen sei. Mögliche Überschüsse des rundfunkeigenen Organs sollten gemäß Paragraph 17 der „Satzung des Nordwestdeutschen Rundfunks“ den Kulturfonds der Länder zufließen. Etwaige finanzielle Einbußen durch das Zeitschriftenprojekt blieben gänzlich unerwähnt. Dies ist signifikant, da somit die Verwendung eines Teils der Hörergebühren zur Kompensation etwaiger Verluste nicht zu erörtern war. Eine derartige Zweckentfremdung der monatlich für den Rundfunk zu entrichtenden zwei DM wäre in der Presse wohl vehement beanstandet worden. Angesichts der zuvor bereits vielfach geäußerten Kritik am Finanzgebaren des NWDR, vor allem

¹¹ StA HH, NDR, 621-1, 39. Exposé zur Gründung einer Zeitschrift und eines Verlages beim NWDR. Anlage 1, S. 5. Weitere Titelvorschläge waren „Das Wort“, „Wir hörten“, „Das Mikrophon“, „Die Stimme“, „Es sprachen...“, „Der Rundfunk“, „Das Manuskript“, „Der NWDR“ und „Schriftenreihe des NWDR“.

an der Verwendung von Hörergeldern,¹² hätte der Sender mit einem solchen Zuschussprojekt seinen Kritikern neue Nahrung geliefert. Dies hätte als „wettbewerbswidrige[r] Einsatz öffentlicher Ressourcen“ angesehen werden können,¹³ um auf dem bis dato ausschließlich privatwirtschaftlichen Pressemarkt agieren und existieren zu können.

Die Pläne des Westermann Verlags

Im Gegensatz zu dem Entwurf der NWDR-Mitarbeiter beinhaltete das Exposé des Westermann Verlags nicht die Gründung eines rundfunkeigenen Verlags. Vielmehr war eine enge Zusammenarbeit des NWDR mit Heinrich Lotze, dem Hauptschriftleiter des Westermann Verlags, vorgesehen.¹⁴ Dieser hatte mit Grimme ab 1946 die Schriftenreihe „Denkendes Volk. Blätter für Selbstbildung. Organ der Volkshochschulbewegung“ herausgegeben. Die Schriftleitung sollte daher „in gemeinsamer Arbeit von NWDR und Verlag geleistet werden“.¹⁵ Die von den Mitarbeitern des Senders angestrebte vollständige Unabhängigkeit der Zeitschrift wäre damit kaum möglich gewesen, da dies eine enge Kooperation mit dem Braunschweiger Verlag impliziert hätte. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass der NWDR die Pläne des Westermann Verlages in dieser Frage nicht berücksichtigt.

Doch nicht nur in diesem Punkt unterschieden sich die beiden Exposés. Während die NWDR-Mitarbeiter ihren Zeitschriftenplan vor allem aufgrund ihrer Kritik an den bestehenden Rundfunkzeitschriften konzipierten, verfolgte der Westermann Verlag primär kommerzielle Interessen. Er ging davon aus, dass „diese Zeitschrift alle anderen übertreffen und sich ständig verbessern [könnte], weil der Rundfunk über ein Potential verfügt, wie sonst keine Zeitschriftenredaktion“ und sich die Zeitschrift sehr rasch selbst

¹² Vgl. o. V.: Schleier über den Finanzen des NWDR. Was geschieht mit den Hörergeldern? In: Niederdeutsche Zeitung, 9.8.1949. Dieselbe Frage wird auch erörtert in: o. V.: NWDR nicht nur finanziell korrupt. In: Hamburger Volkszeitung, 9.8.1949.

¹³ Peter Ulmer: Programminformationen der Rundfunkanstalten in kartell- und wettbewerbsrechtlicher Sicht. Berlin 1983, S. 68.

¹⁴ Vgl. StA HH, NDR, 621-1, 649. Aktennotiz des Pressechefs, 10.8.1949.

¹⁵ StA HH, NDR, 621-1, 39. Exposé zur Gründung einer Zeitschrift und eines Verlages beim NWDR. Anhang 2. Exposé des Verlages Westermann zur Publikation von Beiträgen des NWDR in einer Zeitschrift des genannten Verlags. S. 6.

tragen und schließlich profitabel sein würde, da sie „das Vertrauen von Millionen“ besäße.¹⁶

Anders als die Mitarbeiter des NWDR schloss der Westermann Verlag die Form der Illustrierten oder der Programmzeitschrift kategorisch aus, um nicht in Konkurrenz zu den Verlegern der Programmzeitschriften zu treten. Vielmehr knüpfte man inhaltlich ganz an die Tradition der „Nordwestdeutschen Hefte“ an. Der Abdruck des im Rundfunk gesprochenen Wortes sollte den Kern der Zeitschrift bilden. Daher müsse das Blatt insbesondere „jene Beiträge festhalten, die eine Bedeutung über den Tag und über die Stunde hinaus“ hätten. Voller Pathos wurde an den NWDR appelliert: „Seiner erregenden Kraft bewusst, könnte der Rundfunk eine kulturpolitische Mission mit Hilfe der richtigen Zeitschrift so vollkommen erfüllen, dass ihm nicht nur immer neue Freunde zuwachsen, sondern allmählich auch wieder neue Menschen werden, wie er sie sieht.“

Das Für und Wider eines eigenen Zeitschriftenverlags

Das insgesamt siebzehnseitige „Exposé zur Gründung einer Zeitschrift und eines Verlags beim NWDR“ enthielt erste konkrete Weichenstellungen bezüglich der zu gründenden Zeitschrift. Vor allem die in Anlage 3 formulierte Entscheidung der Generaldirektion für die Gründung eines rundfunkeigenen Verlags bestimmte die weiteren Konzeptionsschritte maßgeblich. Die Ansicht der Generaldirektion, „dass eine eigene Redaktion und ein eigener Verlag die Führung des Blattes besser gewährleistet, als wenn der Verlag in fremden Händen“ liegen würde,¹⁷ ließ sich nicht mit den Plänen des Westermann Verlags in Einklang bringen. Eine Wiederholung des Modells der „Nordwestdeutschen Hefte“ – also eine Kooperation eines privaten Verlegers mit einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt – war damit ad acta gelegt.

Durch die Befürwortung der völligen Eigenständigkeit des NWDR in der Zeitschriften- und Verlagsfrage entschieden sich Grimme und Wenzlau dafür, dass sich der NWDR als öffentlich-

¹⁶ Vgl. ebd., S. 2ff. Der Westermann Verlag rechnete damit, dass sich die Zeitschrift bei einem Verkaufspreis von 0,80 DM und einer Bezieherzahl von 10.000 selbst tragen würde. Es sei von fachmännischer Seite versichert worden, dass eine solche Auflage schnell zu erreichen sei und voraussichtlich die Auflagenziffern weiter steigen würden.

¹⁷ Vgl. ebd. Anlage 3. Das Für und Wider eines eigenen Zeitschriftenverlages, S. 2.

rechtliche Rundfunkanstalt in direkte Konkurrenz zu den Zeitschriften-Verlegern der Privatwirtschaft begeben sollte. Damit war erstmals der Versuch eines Senders in die Wege geleitet, eine Rundfunkzeitschrift in kompletter Eigenverantwortung herauszugeben.

„Der Hörer“ – eine Zeitschrift mit dem Programm des NWDR

Zu Beginn des Jahres 1950 forderte unter anderem der Vorsitzende des Verwaltungsrats, Emil Dovifat, von den Machern der Programmzeitschriften „eine Konzentrierung auf die eigentlichen Aufgaben und ein vernünftiges Verhältnis von Programm, Mitteilung, Rundfunkjournalismus und Geschäftsbetrieb“.¹⁸

Insbesondere die zunehmende Entwicklung der „Hör zu!“ weg von einer reinen Rundfunkzeitschrift hin zu einer Unterhaltungsillustrierten mit Programm stand im Fokus der Kritik. Unterstützung fand diese Ansicht auch vom Rundfunkexperten Kurt Wagenführ. Er bemängelte in einem Vortrag an der Freien Universität Berlin „die völlige Niveaulosigkeit der deutschen Radiopresse.“¹⁹

Zur selben Zeit wurden erste konkrete Schritte bezüglich der Herstellung einer Probenummer der rundfunkeigenen Zeitschrift unternommen. In einer Besprechung der Generaldirektion am 7. Februar verständigte sich die Führungsspitze darauf, „dem Plan einer eigenen NWDR Zeitschrift näher zu treten.“²⁰ Daher wurde Walter D. Schultz, der Leiter des so genannten „Außenreferats“ des NWDR,²¹ gebeten, einen geeigneten Mann zu finden, „der aufgrund der vorliegenden Denkschrift sich um die Erstellung eines Entwurfes“ bemühen sollte.²² Die für diesen Schritt notwendigen finanziellen Mittel sollten aus dem Etat für „Presse und Werbung“ zur Verfügung gestellt werden. In Absprache mit Wenzlau beauftragte Schultz am 17. Februar 1950 den Chefredakteur

¹⁸ o. V.: Kritik an der Funkpresse. Mehr Konzentration auf die Rundfunkaufgaben. In: Kirche und Rundfunk, 3. Jg. (1950), Nr. 4, S. 6.

¹⁹ o. V.: Kurzmeldungen. In: Kirche und Rundfunk, 3. Jg. (1950), Nr. 1, S. 7.

²⁰ StA HH, NDR, 621-1, 1482. Schreiben von Friedrich Wenzlau an Walter D. Schultz, 8.2.1950.

²¹ Vgl. Hans-Ulrich Wagner: Schultz, Walter D [etlef]. In: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hrsg.): Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Bd. 2. Hamburg 2003, S. 386-387.

²² StA HH, NDR, 621-1, 1482. Schreiben von Friedrich Wenzlau an Walter D. Schultz, 8.2.1950.

der „Lüneburger Landeszeitung“, Ernst Riggert, mit den Planungen zur Herausgabe des Publikationsorgans.²³ Gedacht war an eine Zeitschrift, „die zwar die Tätigkeit des NWDR und die Gesichtspunkte seiner Programmgestaltung erklären, aber nicht ein ausgedrucktes Wochenprogramm enthalten“ sollte. Riggert kam dabei die Arbeit zu, einen Kalkulationsvorschlag und einen Entwurf der redaktionellen Gestaltung zu entwickeln, auf deren Grundlage ein Exposé mit praktischen Vorschlägen erstellt werden sollte.

Bis zu diesem Zeitpunkt war die geplante rundfunkeigene Zeitschrift ausschließlich ein Projekt der Generaldirektion. Der Hauptausschuss und der Verwaltungsrat befassten sich noch nicht mit der Zeitschriftenfrage. Erst im März 1950 thematisierte der Hauptausschuss die Gründung einer eigenen Zeitschrift.²⁴ Der Verwaltungsrat, das für die Folgezeit entscheidende Gremium, setzte dieses Thema erstmalig im April auf die Tagesordnung, wobei dessen Vorsitzender Emil Dovifat als bedeutender Publizistikwissenschaftler bereits zuvor in die Zeitschriftenpläne eingeweiht worden war.

Eine Reihe von Mitgliedern des Hauptausschusses begrüßte die in Auftrag gegebenen Planungsschritte. Dies begründeten sie mit „der verhältnismäßig unbefriedigenden Versorgung der Hörer durch die Rundfunkzeitschriften, die dazu neig[en], sich zu reinen Unterhaltungssillustrierten zu entwickeln“ sowie mit der Kritik an einer als ungerechtfertigt empfundenen Polemik der Funkpresse.²⁵ Unterstützung erhielten sie dabei von zahlreichen Hörern, die wiederholt die Frage nach einer eigenen Rundfunkzeitschrift in Briefen an den NWDR gestellt hatten. So schrieb ein Leser im März 1950: „Meine Feststellung: die übergroße Mehrzahl der Rundfunkteilnehmer kauft sicher eine Programmzeitschrift wegen der Programme der Sender und nicht, um eine Illustrierte mit Anzeigen für Gladiolenknollen, Rasierklingen, schöne Düfte etc. und mit mehr oder minder auch für die Kinder geeigneten Artikeln und Romanen zu erhalten. [...] Meine Frage: Warum bringt der NWDR (so, wie das Theater seinen Theaterzettel

liefert) nicht eine reine Programmzeitschrift heraus mit Kommentaren zu den Sendungen?“²⁶

Dennoch befürworteten nicht alle Vertreter des sechzehnköpfigen Gremiums die Herausgabe einer sendereigenen Zeitschrift. Erich Klabunde, der 1. Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes, befürchtete, dass damit die Gefahr einer zunehmenden Konfrontation mit den Rundfunkzeitschriften und einer daraus resultierenden, noch verstärkten Pressepolemik heraufbeschworen werden würde.²⁷ Als offizieller Repräsentant der Presse im Hauptausschuss des NWDR sah er bereits in diesem Frühstadium der Pläne für ein rundfunkeigenes Publikationsorgan die wahrscheinliche Reaktion seiner Kollegen von der Tages- und Wochenpresse vorher. Dass Klabundes Bedenken durchaus gerechtfertigt waren, sollte sich schon in den kommenden Monaten erweisen.



Erich Klabunde

²³ StA HH, NDR, 621-1, 1482. Schreiben von Friedrich Wenzlau und Walter D. Schultz an Ernst Riggert, 17.2.1950.

²⁴ NDR-Gremienbüro. Ordner: Protokolle der Sitzungen des Hauptausschusses. 10. Sitzung, 18.3.1950, S. 6.

²⁵ NDR-Gremienbüro. Ordner: Protokolle der Sitzungen des Hauptausschusses. 10. Sitzung, 18.3.1950, S. 6.

²⁶ StA HH, NDR, 621-1, 1482. Hörerpost von Herbert Krull an den NWDR, 15.3.1950.

²⁷ Vgl. NDR-Gremienbüro. Ordner: Protokolle der Sitzungen des Hauptausschusses. 10. Sitzung, 10.3.1950, S. 6. Diese Meinung wurde vom Hamburger Bürgermeister Max Brauer sowie von Gottfried Kuhnt, dem Vorsitzenden des Hauptausschusses, geteilt.

„Der Hörer“ – die erste Probenummer

Am 26. April 1950 wurde die erste Probenummer der rundfunkeigenen Zeitschrift des NWDR unter dem Titel „Der Hörer“ in einer Auflage von 500 Exemplaren gedruckt.¹ Ernst Riggert, der die gesamte Vorarbeit zu diesem Heft allein zu leisten hatte, konzipierte dieses als Zweiwochenblatt zum Preis von 50 Pfennigen.² Damit orientierte er sich in der Frage des Verkaufspreises an den Vorschlägen der Mitarbeiter des NWDR, wohingegen er sich hinsichtlich der Erscheinungsweise für eine vom Westermann Verlag vorgesehene vierzehntägig erscheinende Zeitschrift aussprach.

Im Impressum wurden der Generaldirektor Grimme und der Verwaltungsrats-Vorsitzende Dovifat als Herausgeber aufgeführt. Das ganze Prestige des NWDR – vor allem in personeller Hinsicht – wurde also eingebracht und die Entscheidung der Generaldirektion des NWDR für die Gründung eines rundfunkeigenen Verlags dokumentiert. Daher regte Riggert die Veröffentlichung des Blattes im neu zu gründenden Verlag „Der Hörer GmbH“ an. „Sowohl Vertrieb als auch Anzeigenwerbung“ sollten unter diesem Namen durchgeführt werden.³ „Der Hörer“ wurde im Format 22,6 x 30,6 cm gedruckt. Damit griff Riggert den Vorschlag der Mitarbeiter des NWDR auf.⁴

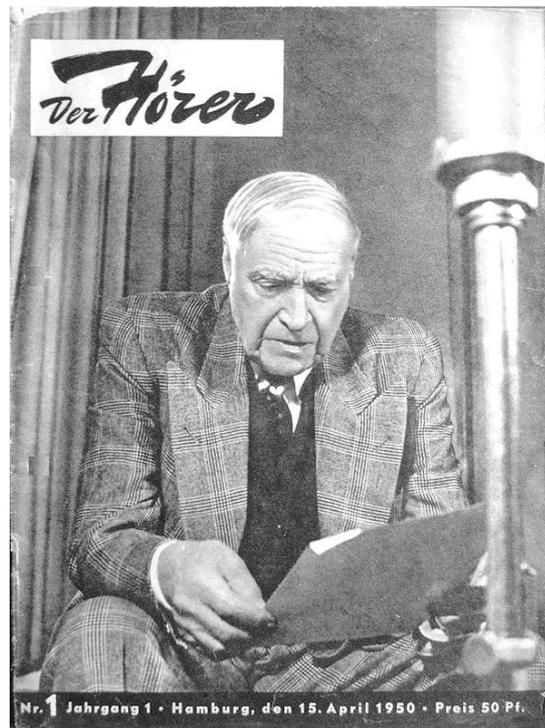
¹ Vgl. Büro des Verwaltungsratsvorsitzenden Emil Dovifat in Berlin. Ordner: Dovifat Nachlass NWDR Zeitschrift (im Folgenden: Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift). Ernst Riggert: Betrifft Zeitschrift „Der Hörer“, 19.4.1950, S. 1. – Bereits vier Jahre zuvor diskutierten Eduard Rhein und Axel Springer darüber, ob sie ihre neue Rundfunk-Programmzeitschrift „Der Hörer“ nennen sollten. Da sie der Ansicht waren, dass dieser Titel „etwas zu steif“ klingen würde, entschieden sie sich für den Titel, der den Grundstock zu Springers späterem Medienimperium bilden sollte: „Hör zu!“ (vgl. Seegers: Hör zu!, S. 75).

² Vgl. Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Probenummer „Der Hörer“, 1. Jg. (1950), Nr. 1, 15.4.1950. Eine Probenummer des Heftes ist auch vorhanden in: StA HH, NDR, 621-1, 649.

³ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Ernst Riggert: Betrifft Zeitschrift „Der Hörer“, 19.4.1950, S. 2.

⁴ Die Mitarbeiter des NWDR favorisierten ein „mittleres Format“ im Stile der damaligen „Hör zu!“ (22 x 30 cm), der Westermann Verlag hingegen befürwortete ein Format von 17,5 x 25,5 cm.

Die 32-seitige und in Kupfertiefdruck hergestellte Probenummer sollte dem „Wunsch vieler Hörer, interessante und wichtige Sendungen nachlesen zu können“,⁵ Folge leisten. Mit dieser redaktionellen Leitlinie knüpfte Riggert – zumindest konzeptionell – an die „Nordwestdeutschen Hefte“ an. Er betonte, dass dieses Probeheft noch Mängel enthielte und lediglich zeigen sollte, „wie eine solche Zeitschrift in etwa aussehen könnte.“



Titelblatt der ersten Probenummer
„Der Hörer“, April 1950

Der redaktionelle Teil

Die erste Probenummer war auf den 15. April 1950 datiert, als Erscheinungsort war Hamburg angegeben, der Sitz der Generaldirektion. Die auf dünnem Hochglanzpapier gedruckte Titelseite des „Hörer“ zeigte den Schauspieler Albert Bassermann bei einer Bandaufnahme für den NWDR. Das Blatt bestand zu weiten Teilen aus dem Abdruck von Sendungen, die zwischen Februar und April 1950 ausgestrahlt wurden. Damit griff „Der Hörer“ das zentrale Kennzeichen der „Nordwestdeutschen Hefte“ wieder auf – die Konservierung des im Rundfunk gesprochenen Wortes. So fan-

⁵ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Ernst Riggert: Betrifft Zeitschrift „Der Hörer“, 19.4.1950, S. 2.

den sich im „Hörer“ Beiträge aus verschiedenen Sendereihen, die das Programm des NWDR jener Zeit maßgeblich prägten, und mit denen die Rundfunkanstalt ihrem kulturpolitischen Auftrag nachkam. Zu diesen waren etwa Karl Brunners Betrachtung „Schicksal ohne Aussage“ der populären Reihe „Gedanken zur Zeit“ oder Peter von Zahns Reportage „Die armen Leute auf dem Rhein“ der montags ausgestrahlten Sendefolge „Von Rhein und Ruhr“ zu zählen. Auch der Abdruck einzelner Beiträge des werktäglichen Rahmenprogramms sollte dem Wunsch vieler Hörer, interessante und wichtige Sendungen vertiefen zu können, nachkommen, wie es Riggert in einem Begleitschreiben zur Probenummer formuliert hatte. So nahm er unter anderem die Manuskripte der populären Sendereihen „Landfunk“, „Funklotterie“, „Echo des Tages“ und „Schulfunk“ in den „Hörer“ auf.

Neben diesen in der Tradition der „Nordwestdeutschen Hefte“ stehenden Beiträgen enthielt die erste Probenummer der NWDR-Zeitschrift auch Artikel, die, wie von der Generaldirektion gefordert, „die Tätigkeit des NWDR und die Gesichtspunkte seiner Programmgestaltung erklären“ sollten.⁶ Dazu ist etwa der zweiseitige Bericht „1945-1950: Fünf Jahre Musikabteilung“ zu zählen. Dieser bot dem Leser einen Überblick über den Wiederaufbau der Technik sowie die Entwicklung des Musikprogramms in den vergangenen fünf Jahren. Der Beitrag „Ein zweites NWDR-Programm auf UKW“, basierend auf den Ausführungen des technischen Direktors des NWDR, Werner Nestel, entsprach ebenfalls diesen Prämissen. Darin wurde angekündigt, dass die Rundfunkanstalt, ausgehend von der Verschlechterung der Mittelwellenverhältnisse durch den Kopenhagener Wellenplan, sich entschlossen hatte, „mit Sendungen auf dem Ultrakurzwellengebiet zu beginnen.“⁷ Neben diesen beiden Artikeln enthielt „Der Hörer“ noch diverse andere Beiträge, die der Leserschaft das Wirken des Senders vor Augen führen sollten. So etwa die Berichte über den Bau eines NWDR-Studios in Flensburg oder über die Übertragung der Johannis-Passion aus der Lübecker Michaeliskirche.

Obleich führende Vertreter des NWDR an den bestehenden Rundfunkzeitschriften vor allem deren zunehmenden Illustriertencharakter kritisiert hatten, enthielt „Der Hörer“ zahlreiche Fotos und Abbildungen. Nichts erinnerte an die relativ

⁶ StA HH, NDR, 621-1, 1482. Schreiben von Friedrich Wenzlau und Walter D. Schultz an Ernst Riggert, 17.2.1950.

⁷ StA HH, NDR, 621-1, 649. Probenummer „Der Hörer“, 1. Jg. (1950), Nr. 1, 15.4.1950, S. 22.

karge Aufmachung der „Nordwestdeutschen Hefte“ der ersten beiden Jahrgänge, nahezu jeder Artikel war reichhaltig illustriert. Gleichwohl unterschied sich „Der Hörer“ dennoch deutlich von der „Hör zu!“. Dem sendereigenen Publikationsorgan ist das Bemühen Riggerts anzusehen, primär die Vermittlung von Sachverhalten, die einen direkten Bezug zum NWDR aufwiesen, in den Mittelpunkt zu rücken und so der Vorgabe der Generaldirektion nachzukommen. Eindeutiger Fokus der Zeitschrift war der Rundfunk. In diesem Sinne konnte „Der Hörer“ als Antwort auf die beanstandete Neigung der Rundfunkzeitschriften, sich zu Unterhaltungsillustrierten zu entwickeln und den Rundfunk zu vernachlässigen, gelesen werden. Es ist nur konsequent, dass Riggert auch darauf verzichtete, das Blatt mit einem Fortsetzungsroman oder einer Ratgeberrubrik im Stile von „Fragen Sie Frau Irene“, der Lebensberatung der „Hör zu!“, auszustatten.

Doch nicht nur zu Springers Erfolgsblatt wies „Der Hörer“ signifikante Unterschiede auf. Auch von den „Nordwestdeutschen Heften“ wich Riggert in Teilen ab. Insbesondere dem intellektuellen Niveau und dem hohen Bildungs- und Erziehungsanspruch, den die Rundfunkpioniere Eggebrecht und von Zahn garantiert hatten, entsprach Riggerts Probenummer nicht. Dies lag nicht zuletzt daran, dass auch primär auf Unterhaltung abzielende Beiträge wie verschiedene Rätsel oder kleinere, teils belustigende Beiträge im „Hörer“ ihren Platz fanden. Riggert berücksichtigte das veränderte Konsum- und Kaufverhalten der Leser nach der Währungsreform und dem Ende des Lizenzsystems. In diesem Sinne kann eine solche Aufnahme unterhaltender Elemente in den „Hörer“ als partielle Anpassung an die Bedürfnisse der Leser gewertet werden, um in einer „Abstimmung am Kiosk“ erfolgreich bestehen zu können.⁸

Der Programmteil

Riggert orientierte sich an dem Vorschlag der NWDR-Mitarbeiter, eine Kombination aus einer Programmzeitschrift und aus den „Nordwestdeutschen Heften“ zu erstellen. Die Vorgabe der Generaldirektion, eine Probenummer zu entwickeln, die „nicht ein ausgedrucktes Wochenprogramm enthalten soll“,⁹ ignorierte er dabei. So wurde auf

⁸ Fritz Hufen: Informationsarbeit zwischen Auftrag und Markt. Anweisungen zu den Aufgaben der Informationsabteilung in einer Fernsehanstalt. In: Medien, 3. Jg. (1981), Nr. 1, S. 60.

⁹ StA HH, NDR, 621-1, 1482. Schreiben von Friedrich Wenzlau und Walter D. Schultz an Ernst Riggert, 17.2.1950.

der Rückseite der Probenummer sowohl das tägliche Rahmenprogramm des NWDR als auch einzelne Programmhöhepunkte der Zeit vom 26. März bis 8. April 1950 aufgeführt. Zudem wurde unter der Rubrik „Ansage“ auf einzelne Sendungen und Sendefolgen hingewiesen, die in der nächsten Zeit im NWDR ausgestrahlt werden sollten.

Berücksichtigt man diese doch recht detaillierte Veröffentlichung des NWDR-Programms, so ist es nicht weiter verwunderlich, dass der NWDR diese erste Probenummer nur einem sehr begrenzten Personenkreis zugänglich machte. Hätte die bestehende Programmpresse vorab von diesem Vorhaben des NWDR erfahren, wäre das ohnehin schon konfliktreiche Verhältnis der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt zu den privaten Verlegern, insbesondere zu den Machern der „Hör zu!“, bereits zu diesem Zeitpunkt weiter belastet worden. Der NWDR hätte mit einer solchen Zeitschrift die bis dahin unangetastete „funktionelle Scheidung“ von Rundfunk und Presse überschritten,¹⁰ und sich erstmals in direkte Konkurrenz zu den privatwirtschaftlich organisierten Verlegern begeben. Daher wurde – neben den Mitgliedern der Generaldirektion, des Hauptausschusses und Verwaltungsrates – lediglich den wichtigsten NWDR-Mitarbeitern das geplante Publikationsorgan zur Kenntnisnahme vorgelegt. Zu jener Zeit drang nur relativ wenig über das geplante Zeitschriftenprojekt in die Öffentlichkeit und die Tages- und Wochenpresse berichtete nur recht spärlich darüber.

Für und Wider der Werbeanzeigen

Die Veröffentlichung von Programmkündigungen war nicht der einzige brisante Aspekt in der ersten Probenummer der rundfunkeigenen Zeitschrift des NWDR. Riggert entschloss sich auch dazu, Werbeanzeigen abzdrukken. Insgesamt 21 Inserate verschiedener Größe enthielt „Der Hörer“, von denen lediglich zwei einen Bezug zum Rundfunk aufwiesen. Rein kommerzielle Gründe waren für diesen Schritt, den die Mitarbeiter des NWDR in ihrem Exposé bereits in Erwägung gezogen hatten,¹¹ ausschlaggebend. Berücksichtigt man die vehementen Angriffe der „Hör zu!“

und anderer Printmedien gegen Reklame im NWDR-Hörfunk,¹² so lässt sich unschwer prognostizieren, dass auch die Aufnahme von Werbeanzeigen in die rundfunkeigene Zeitschrift scharf kritisiert worden wäre. Die Zeitungsverleger wandten sich im Jahre 1949 vor allem deshalb gegen die Rundfunkreklame, „weil man einen Verlust im lukrativen Anzeigengeschäft befürchtete.“¹³ Im Vergleich zu diesem als „Ätherpest“ bezeichneten Werbefunk stellte ein NWDR-Blatt mit Inseratenteil eine noch ernsthaftere Bedrohung für die auf Werbekunden angewiesenen privaten Verleger dar. Zum ersten Mal in der Geschichte der noch jungen Bundesrepublik hätte sich eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt auf den Pressemarkt begeben und wäre damit gleichzeitig für Werbekunden doppelt attraktiv geworden.

In einem Schreiben vom 19. April 1950 listete Riggert eine Etataufstellung sowie eine Kalkulationsübersicht für verschiedene Absatzvarianten auf.¹⁴ Basierend auf der Annahme, dass „der Erfolg der Zeitschrift günstig beurteilt werden“ könnte, sofern „das Prestige des NWDR hinter der geplanten Zeitschrift stehen würde“, veranschlagte er für die ersten vier Hefte eine gedruckte Auflage von 80.000 Exemplaren. Bei einem Verkauf von 50.000 Exemplaren und einem gleichzeitigen Inseratenteil von fünf Seiten, die netto jeweils 1.200 DM kosten sollten, hielt Riggert die Zeitschrift für wirtschaftlich tragbar. Ausgehend von diesen Eckdaten rechnete er mit einem monatlichen Gewinn von 2.800 DM. Sobald jedoch langfristig entweder die Zahl der verkauften Exemplare oder die Inserateneinnahmen hinter dieser Kalkulationsgrundlage zurückbleiben würden, wäre dem NWDR ein monatliches Defizit entstanden. Dieses wiederum hätte der Sender nur durch die Verwendung von Hörergeldern ausgleichen können, was angesichts des immensen Druckes durch die Presse in dieser Frage sicherlich vermieden werden sollte. Auch diesen Aspekt dürfte Riggert berücksichtigt haben, als er konstatierte, dass sich der NWDR „ein erfolgloses Blatt [...] aus vielen Gründen nicht leisten“ dürfe.¹⁵

¹⁰ Rupert Scholz: Rundfunkeigene Programmpresse (Schriften zu Kommunikationsfragen, Bd. 1). Berlin 1982, S. 28.

¹¹ Vgl. StA HH, NDR, 621-1, 39. Exposé zur Gründung einer Zeitschrift und eines Verlages beim NWDR, 8.11.1949. Anlage 1. Exposé zur Gründung eines Zeitschriftenverlages, ausgearbeitet von Mitarbeitern des NWDR, S. 5.

¹² Eduard Rhein: Pest im Äther. Skandalöser Mißbrauch des Rundfunks – Wo bleibt das Recht der Hörer? In: Hör zu!, 4. Jg. (1949), Nr. 32, S. 3.

¹³ Seegers: Hör zu!, S. 350.

¹⁴ Vgl. Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Ernst Riggert: Betrifft Zeitschrift „Der Hörer“, 19.4.1950.

¹⁵ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Ernst Riggert: Betrifft Zeitschrift „Der Hörer“, 19.4.1950, S. 1.

Die Reaktionen auf die erste Probenummer

Obleich der NWDR darauf bedacht war, die Planungen für das eigene Publikationsorgan möglichst diskret zu behandeln, erfuhr die Öffentlichkeit kurze Zeit nach der Fertigstellung des „Hörer“ von den Zeitschriftenplänen des Senders. Bereits am 3. Mai 1950 berichtete die britische Zonenzeitung „Die Welt“ von den Vorhaben des NWDR in einer kurzen Meldung.¹⁶ Darin wurde ohne Kommentierung angekündigt, dass der Sender „wie fast alle großen Rundfunkgesellschaften des Auslandes“ eine eigene Zeitschrift herauszugeben gedachte, die in Zukunft „über die Programmplanungen, die personellen Vorgänge und technischen Errungenschaften“ berichten würde. Da die Zeitschrift „kein Konkurrenzunternehmen für die bestehenden Programmblätter“ werden sollte, sondern vor allem dem Wunsch der Hörer entspreche, Sendungen noch einmal nachlesen zu können, enthielt sich „Die Welt“ jeglicher kritischer Kommentierung. Gleiches gilt auch für eine kurze Nachricht in der vom Evangelischen Presbiterium herausgegebenen Fachzeitschrift „Kirche und Rundfunk“.¹⁷

Im Juni 1950 waren erstmals kritische Stimmen bezüglich der Planungen des NWDR zu vernehmen. Wie nicht anders zu erwarten, waren es die privaten „Verleger, die der Meinung waren, der Rundfunk dürfe keine Zeitschrift selbst herausbringen.“¹⁸ Diese ließen ihre Kritik in verschiedenen Tageszeitungen artikulieren, in denen gegen die „Seitensprünge ins Reich der Zeitschriftenver-

leger“ des NWDR Stellung bezogen wurde.¹⁹ Exemplarisch sei an dieser Stelle ein Artikel in der „Braunschweiger Zeitung“ vom 16. Juni 1950 erwähnt. Darin wurde der NWDR getreu dem alten Sprichwort, „daß der Schuster bei seinem Leisten bleiben solle“, ermahnt, sich auf seine eigentlichen Rundfunkaufgaben zu konzentrieren und mit einer rundfunkeigenen Zeitschrift nicht ein Kind in die Welt zu setzen, „das seinen Erzeugern niemals Ruhm und Ehre einbringen“ könnte. Insbesondere die Tatsache, dass der NWDR dabei an eine Zeitschrift im Eigenverlag dachte, wurde argwöhnisch beäugt. Da eine solche Zeitschrift nicht kritisch sein könne, wurde gemutmaßt, dass die Gründung des „Hörer“ womöglich „der langsamen, aber sicheren Ausschaltung der verantwortungsbewußten kritischen Presse dienen“ solle.²⁰

Aber auch intern war die Probenummer Gegenstand der Kritik. Gemäß Paragraph 10 der „Satzung des Nordwestdeutschen Rundfunks“ hatte der Generaldirektor „in allen wichtigen Angelegenheiten grundsätzlicher oder finanzieller Art die Genehmigung des Verwaltungsrates einzuholen.“ Dementsprechend bedurfte auch das Projekt einer rundfunkeigenen Zeitschrift der Zustimmung des siebenköpfigen Gremiums. Zur entscheidenden Zusammenkunft über die Beurteilung der ersten Probenummer des „Hörer“ versammelten sich die Mitglieder am 29./30. April 1950. Das Protokoll der geschlossenen Sitzung, auf der dieser Punkt besprochen werden sollte, ist jedoch nicht mehr auffindbar.

Dennoch gibt es Hinweise darauf, dass der Verwaltungsrat als entscheidendes Gremium diese erste Konzeption mit breiter Mehrheit ablehnte. So bezeichnete der ehemalige Vorsitzende des Verwaltungsrats, Heinrich Raskop, den ersten Zeitschriftenversuch Riggerts in einem Brief an seinen Nachfolger Dovifat als „völlig unmögliche Probenummer“.²¹ Aufzeichnungen Riggerts ist zu entnehmen, warum der Verwaltungsrat als entscheidendes Gremium diese erste Konzeption ablehnte: Die Zeitschrift durfte keine „Leseillustrierte“ sein.²² Dies habe ihm Dovifat während einer Besprechung berichtet, die eine Woche nach jener entscheidenden Sitzung des Verwaltungsrats stattfand. Vielmehr müsse, so der Vorsitzende des

¹⁶ P.C. [Peter Coulmas]: Der NWDR plant, eine eigene Rundfunkzeitschrift herauszugeben. In: Die Welt, 3.5.1950. Zu jener Zeit unterlag „Die Welt“ als Zonenzeitung der britischen Besatzungszone der redaktionellen Observanz der Briten. Damit lässt sich möglicherweise diese unkritische Kommentierung der Zeitschriftenpläne des NWDR begründen. Vgl. zur Geschichte der „Welt“ Heinz-Dietrich Fischer: Reeducations- und Pressepolitik unter britischem Besatzungsstatus. Die Zonenzeitung „Die Welt“ 1946 – 1950. Konzeption, Artikulation und Rezeption. Düsseldorf 1978.

¹⁷ o. V.: Bedeutsame personelle Neuerungen beim NWDR. In: Kirche und Rundfunk, 3. Jg. (1950), Nr. 10, S. 4 f.

¹⁸ Vgl. StA HH, NDR, 621-1, 1482. Handschriftlicher Brief an Grimme, 10.6.1950. Der Name des Absenders ist nicht angegeben. Darin wird berichtet, dass bei einer schwedischen Verlegerehrung „unter Bekannten“ die neue Rundfunkzeitschrift zur Sprache gekommen sei. In diesem Zusammenhang hätten sich auch einige Verleger zu Wort gemeldet und die Pläne des NWDR abgelehnt.

¹⁹ H. U.: NWDR will Verleger werden. In: Braunschweiger Zeitung, 16.6.1950.

²⁰ Ebd.

²¹ StA HH, NDR, 621-1, 649, Schreiben von Heinrich Raskop an Emil Dovifat, 15.5.1950.

²² StA HH, NDR, 621-1, 1482. Ernst Riggert. Protokoll einer Besprechung mit Emil Dovifat, 5.5.1950.

Verwaltungsrats, der NWDR ein Blatt herausbringen, „das hohen Ansprüchen genüge – etwa wie Nordwestdeutsche Hefte (sic!), auf gutem Papier, mit Kartonumschlag“.²³



Emil Dovifat und Heinrich Raskop

Diese Ausführungen deuten somit zwei verschiedene Kritikpunkte am „Hörer“ an. Zum einen lassen sie darauf schließen, dass die Mitglieder des Verwaltungsrats an den zahlreichen Fotos und Abbildungen Anstoß nahmen, die dem „Hörer“ den Anschein einer Leseillustrierten verliehen. Gerade dies wurde den bestehenden Rundfunkzeitschriften von Seiten des NWDR wiederholt vorgeworfen und als ein Argument für die Gründung eines rundfunkeigenen Publikationsorgans angeführt. Eine primär als Illustrierte konzipierte NWDR-Zeitschrift hätte somit die vorherige Kritik an den privaten Rundfunkzeitschriften als Begründung für die Konzeption und Realisierung des „Hörer“ ad absurdum geführt. Zum anderen lässt sich der Verweis auf die „Nordwestdeutschen Hefte“ und deren hohen Anspruch hinsichtlich Inhalt und Layout als Kritik an der Qualität der Probenummer Riggerts interpretieren. Dovifats Aussage, „dass man nun gute Graphiker um Entwürfe angehen müsse, weiter das Programm auf abdruckreife Sendungen“ prüfen solle, deutete eine solche Kritik am „Hörer“ an. Gleichwohl kam in diesen Worten auch die Haltung des Verwaltungsrates zum Ausdruck, das Projekt einer rundfunkeigenen Zeitschrift trotz aller bestehenden Mängel weiter zu verfolgen, wenn auch nicht im Stile der ersten Probenummer.

Eine Zeitschrift im Stil der „Nordwestdeutschen Hefte“

Zur konzeptionellen Weiterarbeit an der NWDR-Zeitschrift stellte die Generaldirektion Riggert den Hamburger Schriftsteller Paul Sackarndt als Mitarbeiter zur Seite.

Dies geschah auf Anraten Dovifats, der Sackarndt bereits im April 1950 von den Plänen des NWDR unterrichtet hatte.²⁴ Zudem beschloss der Verwaltungsrat die Bildung eines Ausschusses zur technischen und redaktionellen Vorbereitung des Publikationsorgans, der die Arbeit Riggerts und Sackarndts an der zweiten Ausgabe des „Hörer“ prüfend begleiten und selbst Vorschläge erarbeiten sollte. Darüber hinaus war vorgesehen, dass die beiden den Mitgliedern des Ausschusses die einzelnen Konzeptions- und Kalkulationsschritte einer gleichzeitig geplanten Schriftenreihe des NWDR vorzulegen hatten.

Die Einbindung Sackarndts in das Zeitschriftenprojekt war vor allem hinsichtlich zweier Aspekte bedeutsam: Zum einen erhoffte sich Dovifat durch „manch gute Anregung“ Sackarndts eine Steigerung der redaktionellen Qualität im Vergleich zur ersten Probenummer.²⁵ Zum anderen, und dies dürfte von weitaus größerer Signifikanz gewesen sein, reagierte der NWDR damit auf die immer lauter werdenden Stimmen aus dem Kölner Funkhaus, gegenüber dem Hamburger Sender benachteiligt zu werden. Sackarndt sollte dafür Sorge tragen, dass das Blatt „auch als zusätzliche Klammer um die beiden Sender“ fungieren konnte.²⁶ Dies entsprach der von der Generaldirektion entwickelten „Ellipsentheorie“, nach der sichtbar gemacht werden sollte, dass der NWDR eine Sendeanstalt mit den beiden gleichwertigen Schwerpunkten Hamburg und Köln war. Wohl wissend um eine „weitreichende und ziemlich geschlossene Front für die Verselbständigung des Kölner Senders“,²⁷ wollte Sackarndt eine Zeitschrift in einer „neuen paritätischen Form“ entwickeln.²⁸ Für unabdingbar hielt er eine Garantie, dass der Inhalt nicht nur von der Hamburger Hauptschriftleitung unter Riggert bestimmt werden würde. Nur so könne den an ihn herangetragenen Befürchtungen, dass das aus Köln stammende Material „bei der jeweiligen Textzusammenstellung wie beim Umbruch sehr leicht an die Wand gespielt werden könne“, angemessen begegnet werden.

²⁴ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Paul Sackarndt an Emil Dovifat, 26.4.1950.

²⁵ StA HH, NDR, 621-1, 1482. Schreiben von Emil Dovifat an Adolf Grimme, 5.5.1950.

²⁶ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Paul Sackarndt an Emil Dovifat, 26.4.1950.

²⁷ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Paul Sackarndt an Emil Dovifat, 12.6.1950.

²⁸ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Paul Sackarndt an Emil Dovifat, 26.4.1950.

²³ Ebd.

Ungeachtet dieser senderinternen Differenzen legten Riggert und Sackardt Mitte Mai 1950 einen ersten gemeinsam entwickelten Spiegel eines Hefts vor. Dieser Entwurf einer Ausgabe von 48 Seiten in dem Format von 17 x 24,4 cm beinhaltete einige gravierende Veränderungen gegenüber der ersten Probenummer des „Hörer“. So waren als Illustrationen nur Zeichnungen und grafische Darstellungen vorgesehen. Notwendige Fotografien sollten, wenn überhaupt, in der Mitte des Heftes auf Kunstdruckpapier eingeschossen werden. Damit reagierten Riggert und Sackardt auf die Vorgabe Dovifats, keine „Leseillustrierte“ ähnlich des „Hörer“ zu konzipieren. Während sie weiterhin die Aufnahme von Werbeinseraten befürworteten, nahmen sie Abschied von dem Gedanken eines abgedruckten NWDR-Programms. Lediglich einige Programmhinweise sollte das Blatt auf der letzten Seite enthalten. Der redaktionelle Teil dieses Entwurfs wies hingegen einige deutliche Parallelen zum „Hörer“ auf. Im Mittelpunkt des Blattes sollte ebenfalls der Abdruck von Sendemanuskripten stehen. Auch an einzelne kürzere Beiträge war gedacht, die den Lesern die Tätigkeit und die Programmgestaltung des NWDR vorstellen sollten.

Ausgehend von diesem ersten Entwurf machten Riggert und Sackardt Ende Juni 1950 den Mitgliedern des Verwaltungsrates weitere Vorschläge bezüglich der Herausgabe der Zeitschrift. Diese sollten maßgeblich das Erscheinungsbild der zweiten Probenummer des „Hörer“ prägen. Sehr deutlich trat zutage, dass sie nun einen gänzlich anderen Zeitschriftentyp ins Auge fassten als das von Riggert allein konzipierte Publikationsorgan. Nahezu alle Empfehlungen sowie die kalkulatorischen Grundlagen dieses Dokuments wurden bei der Realisierung der zweiten Probenummer wieder aufgegriffen.

Für die beiden Zeitschriftenmacher Riggert und Sackardt stellte das neu zu gründende Publikationsorgan des NWDR eine „Notwendigkeit“ dar.

Neben dem bereits bei der ersten Probenummer artikulierten Argument, so dem Wunsch vieler Hörer, interessante Rundfunkbeiträge nachlesen zu können, zu entsprechen, verwiesen Riggert und Sackardt auf ein bestehendes „dringendes Eigeninteresse“ des NWDR, „seine Aufgabe durch die Herausgabe einer Zeitschrift zu fördern.“ Dies sei im Statut des NWDR ausdrücklich als „selbstverständliches Recht“ niedergeschrieben.

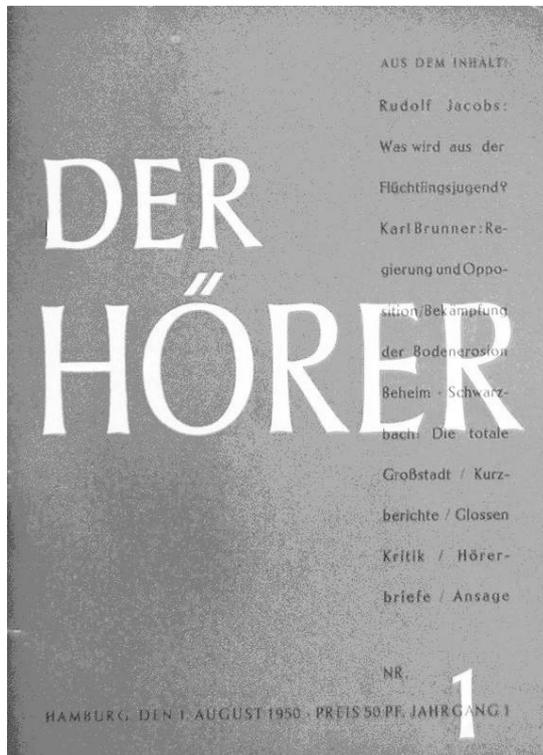
Riggert und Sackardt erschien es aufgrund der Tatsache, dass zu jener Zeit „nicht genug UKW-Geräte verbreitet“ gewesen waren und der NWDR daher von einem Großteil der Bevölkerung seines Sendegebiets ausschließlich über Mittelwelle empfangen werden konnte, nahe liegend, wichtige Sendungen in einer eigenen Zeitschrift abzdrukken. Zugleich sollte mit dem Blatt ein „gewisses Werbebedürfnis befriedigt werden.“ Als größte deutsche Rundfunkanstalt würde der NWDR eine Zeitschrift benötigen, die den Hörern einen „Querschnitt durch Grundgedanken und Darbietungen des Programms“ liefern würde. Nur so könne den Menschen, die nicht den ganzen Tag Radio hören könnten, ein Gesamteindruck des NWDR-Programms vermittelt werden.

Als letztes Argument für die Notwendigkeit einer rundfunkeigenen Zeitschrift führten sie schließlich an, dass „in den Fällen, in denen der NWDR angegriffen“ werden würde, der Sender „nur in einem eigenen Organ ausreichend antworten“ könne.²⁹ Dabei ließen sie jedoch außer Acht, dass der NWDR jederzeit die Möglichkeit hatte, im Rundfunk auf Kritik zu reagieren. Auch wenn die beiden der Ansicht waren, dass es „kaum einen nennenswerten Widerspruch gegen eine verlegerische Betätigung des NWDR geben“ dürfe, so ist dennoch davon auszugehen, dass eine solche Begründung – sofern sie publik geworden wäre – Proteste von Seiten der Presse hervorgerufen hätte. Angenommen, der NWDR wäre mit seinem Publikationsorgan wirtschaftlich erfolgreich gewesen und hätte so einige Zeitschriften vom Markt der privaten Verleger verdrängt, so wäre dies ein Schritt zu der zuvor schon in der „Braunschweiger Zeitung“ angemahnten „langsamen, aber sicheren Ausschaltung der verantwortungsbewußten kritischen Presse“ gewesen.

²⁹ StA HH, NDR, 621-1, 649. Schreiben von Ernst Riggert und Paul Sackardt an den Verwaltungsrat des NWDR, 22.6.1950.

„Der Hörer“ – die zweite Probenummer

In einem Rundschreiben forderte die Generaldirektion am 4. Juli 1950 alle Mitarbeiter des NWDR dazu auf, Riggert und Sackardt die „von ihnen gewünschten Abschriften von Manuskripten über Sendungen des NWDR auszuhändigen.“ Nun konnten die beiden mit der konkreten redaktionellen Arbeit an der zweiten Probenummer des „Hörer“ beginnen. Mitte Juli hatten sie das Manuskript vollendet und legten es dem Zeitschriftenexperten Dovifat vor. Dieser erachtete – abgesehen von einigen kleinen Kritikpunkten – die bisherigen Vorarbeiten Sackardts und Riggerts insgesamt als „zweckmäßig und gut“,¹ sodass das Manuskript der zweiten Ausgabe des „Hörer“ Ende Juli zur Hanseatischen Druckanstalt gehen konnte.



Titelblatt der zweiten Probenummer
„Der Hörer“, August 1950

Datiert auf den 1. August 1950 wurde „Der Hörer“ – in Anlehnung an die „Nordwestdeutschen Hefte“ der Jahre 1946/47 – im Format DIN A5 hergestellt. „Bei der kritischen Lage der Papier- und Druckpreise“ und aufgrund der gängigen

¹ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Emil Dovifat an Ernst Riggert und Paul Sackardt, 19.7.1950.

Bogengröße stellte sich ein solches Format als die ergiebigste Lösung dar.² Damit wurde der vom Verwaltungsrat „erwarteten Wirtschaftlichkeit“ Rechnung getragen. Ein Heft in dem von Riggert und Sackardt eigentlich favorisierten Format 17 x 24,4 cm wäre hingegen deutlich teurer gewesen. Gleichzeitig war damit auf den ersten Blick ersichtlich, dass diese Probenummer des „Hörer“ nicht die Charakterzüge einer Illustrierten tragen sollte.

Vielmehr wurde an das von Eggebrecht und von Zahn verantwortete Blatt der unmittelbaren Nachkriegsjahre angeknüpft. Diesen Eindruck verstärkte auch der Umschlag des Hefts. Auf blauem Karton war in schlichten weißen Lettern der Titel „Der Hörer“ angegeben, versehen mit einer knappen Inhaltsangabe in schwarzer Schrift.³ Damit entsprach zumindest die äußere Erscheinung der Vorgabe Dovifats, ein Blatt zu konzipieren „etwa wie Nordwestdeutsche Hefte, auf gutem Papier, mit Kartonuschlag“.⁴ Der optische Unterschied zum ersten Probeheft, das äußerlich den Rundfunkzeitschriften der privaten Verleger, etwa der „Hör zu!“, doch sehr ähnelte, hätte also kaum größer sein können.

Verzicht auf einen Programm- und Anzeigenteil

Die beiden Probenummern unterschieden sich nicht nur bezüglich des Formats und der Gestaltung der Titelseite erheblich. Noch bedeutsamer war es, dass Riggert und Sackardt auf zwei zentrale Aspekte der Aprilausgabe verzichteten. Das unter den Augen des Zeitschriftenausschusses des Verwaltungsrates entwickelte Blatt enthielt weder Werbeinserate noch Auszüge des NWDR-Programms. Die Gründe für diese Abkehr von zwei wesentlichen Bestandteilen der ersten Probenummer bleiben unklar.

Insbesondere der Verzicht auf Anzeigeninserate ist schwer nachzuvollziehen. Damit hätten die

² StA HH, NDR, 621-1, 649. Stellungnahme von Ernst Riggert und Paul Sackardt betreffs „Der Hörer“, 15.8.1950.

³ StA HH, NDR, 621-1, 649. Probenummer „Der Hörer“, 1. Jg. (1950), Nr. 1, 1.8.1950.

⁴ StA HH, NDR, 621-1, 649. Schreiben von Ernst Riggert und Paul Sackardt an den Verwaltungsrat des NWDR, 22.6.1950, S. 7.

Verantwortlichen der Zeitschrift bewusst einen Verlust von Werbegeldern in Kauf genommen, was im Widerspruch zu der vom Verwaltungsrat geforderten „Wirtschaftlichkeit“ gestanden hätte. Berücksichtigt man zudem, dass die Kalkulation in Riggerts und Sackarndts Entwurf, den sie Ende Juni konzipiert hatten, noch auf Werbeeinnahmen in beträchtlichem Ausmaß fußte,⁵ so erscheint dieser Schritt umso unverständlicher. Es können daher nur Mutmaßungen darüber angestellt werden, ob eventuelle Repressalien von Seiten der privaten Zeitschriftenverleger zu diesem Verzicht geführt hatten.

Leichter nachzuvollziehen ist die Entscheidung der Zeitschriftenmacher, kein abgedrucktes NWDR-Programm in den „Hörer“ aufzunehmen. Damit folgten sie der ursprünglichen Vorgabe der Generaldirektion, ein Blatt zu entwickeln, das „nicht ein ausgedrucktes Wochenprogramm enthalten“ sollte.⁶ Dieser Prämisse, die Riggert in der ersten Probenummer ignoriert hatte, wurde nun entsprochen.

Der Verwaltungsrat „erwartete Wirtschaftlichkeit“

Bei Herstellungskosten von 30 Pfennigen pro Exemplar wurde ein Verkaufspreis von 50 Pfennigen angestrebt. Eine detaillierte Kalkulation ist nicht erhalten. Jedoch lässt der Juni-Entwurf einige Rückschlüsse hinsichtlich der zweiten Probenummer zu. Nach den damaligen Berechnungen Riggerts und Sackarndts hätte „Der Hörer“ – ausgehend von einer gedruckten Auflage von 30.000 Exemplaren – bei einem Verkauf von annähernd 28.000 Heften das Kriterium der Wirtschaftlichkeit erfüllt und einen Gewinn von 360 DM pro Heftnummer abgeworfen.⁷ Diese Kalkulation beinhaltete jedoch Werbeeinnahmen von 1.000 DM pro Ausgabe, so dass bei ansonsten gleich bleibender Eckdaten ein Verlust von 640 DM zu verzeichnen gewesen wäre. Als Lösung blieb nur, mehr Exemplare als ursprünglich ge-

⁵ Pro Heft legten Riggert und Sackarndt Werbeeinnahmen von 1.000 DM zugrunde. Diese Summe hätte bei kalkulierten 30.000 gedruckten Exemplaren ein Neuntel der Herstellungskosten abgedeckt. In: StA HH, NDR, 621-1, 649. Schreiben von Ernst Riggert und Paul Sackarndt an den Verwaltungsrat des NWDR, 22.6.1950, S. 11.

⁶ StA HH, NDR, 621-1, 1482. Schreiben von Friedrich Wenzlau und Walter D. Schultz an Ernst Riggert, 17.2.1950.

⁷ StA HH, NDR, 621-1, 649. Schreiben von Ernst Riggert und Paul Sackarndt an den Verwaltungsrat des NWDR, 22.6.1950, S. 10 f.

plant zu verkaufen, denn der NWDR konnte sich ein Verlustgeschäft, das mit Höergeldern hätte kompensiert werden müssen und somit „die Rundfunkhörer einen ordentlichen Batzen Geld“ gekostet hätte, auf keinen Fall leisten. Alle Beteiligten waren sich darüber im Klaren, dass eine Zeitschrift, „auf unwirtschaftlicher Basis“ auszuschließen sei, um nicht der Kritik der Presse weitere Nahrung zu geben.

Den Vorgaben der Generaldirektion in der „Frage des Für und Wider eines eigenen Zeitschriftenverlages“ folgend, sahen Riggert und Sackarndt vor, den „Hörer“ in der zu gründenden „NWDR-Verlagsgesellschaft G. m. b. H.“ erscheinen zu lassen. Obgleich sich einige Verleger um die Herausgabe der NWDR-Zeitschrift bemüht hatten, wurde eine Veröffentlichung in Eigenregie als einzig sinnvolle Lösung erachtet, da man ansonsten „einem Verlage die Produktion des NWDR monopolistisch [hätte] anvertrauen“ müssen.⁸ Auch bestand weiterhin ein Einvernehmen darüber, die rundfunkeigene Zeitschrift vierzehntägig herauszugeben.

Der redaktionelle Teil

Wie bereits Mitte Mai vorgeschlagen, enthielt die zweite Ausgabe des „Hörer“ nur wenige Illustrationen. Das 48-seitige Heft wurde durch insgesamt sechs grafische Zeichnungen aufgelockert – im Vergleich zur ersten Probenummer, die einer Illustrierten ähnelte, hätte der Unterschied kaum deutlicher ausfallen können. Als Begründung für diese gestalterische Schlichtheit gaben Riggert und Sackarndt an, dass sie zu „wenig Geld für Zeichner zur Verfügung hatten“.⁹ Gleichwohl dürfte dies nicht der einzige Grund für den weitgehenden Verzicht auf Illustrationen gewesen sein, denn in der Mitte des Blattes wurden acht Seiten aus Naturkunstdruckpapier eingeschossen. Darauf waren Schwarzweißfotografien abgebildet, die der Illustrierung einiger Beiträge dienten. Die abgedruckten Sendemanuskripte sollten aber im Mittelpunkt stehen und einen Eindruck von der „repräsentativen Leistung“ des NWDR vermitteln. Daher enthielt „Der Hörer“ sowohl Beiträge des Mittelwellen- als auch des Ultrakurzwellen-

⁸ Neben dem Braunschweiger Westermann Verlag bemühten sich der Hamburger Verlag Christen & Co. sowie der Kölner Bachem Verlag um die Herausgabe der geplanten Zeitschrift. In: Ebd.; vgl. auch Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von J. P. Bachem an Emil Dovifat, 6.6.1950.

⁹ StA HH, NDR, 621-1, 649. Stellungnahme von Ernst Riggert und Paul Sackarndt betreffs „Der Hörer“, 15.8.1950.

programms. Zudem wurden Sendemanuskripte verschiedener NWDR-Funkhäuser in das Publikationsorgan aufgenommen. Im Vergleich zur ersten Probenummer wurden weit mehr Beiträge des Kölner Senders für das Heft ausgewählt. Sackardt gelang es also – entgegen den ursprünglichen Befürchtungen der Kölner Mitarbeiter – sich für ein Heft in paritätischer Form einzusetzen. Der beabsichtigten „Klammerwirkung“ um die beiden größten Sendehäuser Hamburg und Köln kam Sackardt somit nach.¹⁰

Dass auch die zweite Ausgabe des „Hörer“ zu weiten Teilen aus dem Abdruck von Sendemanuskripten bestand, war insofern folgerichtig, da an den NWDR von Seiten der Hörer weiterhin wiederholt der Wunsch herangetragen wurde, sein Vortragsmaterial in gedruckter Form zur Verfügung zu stellen. Riggert und Sackardt standen dabei Beiträge aus dem Programm zweier Juliwochen zur Verfügung. Wie in der ersten Probenummer so waren auch im zweiten „Hörer“ Manuskripte der Sendereihen „Echo des Tages“, „Landfunk“ und „Gedanken zur Zeit“ zu finden. Darüber hinaus wies die Auswahl der einzelnen Beiträge beträchtliche Parallelen zur Aprilausgabe auf. So nahmen Riggert und Sackardt etwa ein Manuskript der Hörfolge „Die Großstadt“, das bereits im ersten Probeheft abgedruckt worden war, in den zweiten „Hörer“ auf. Ebenso erinnerte die Reihenfolge der Artikel an die erste realisierte Zeitschriftenkonzeption. So begannen beide Ausgaben mit einigen kürzeren Glossen und endeten mit dem Abdruck von Hörerbriefen. Zudem wurden die Beiträge, die das Programm und die Tätigkeit des NWDR erläutern sollten, in beiden Probenummern im hinteren Teil abgedruckt.

Auch Artikel, die auf die Erklärung der Programmgestaltung und der sonstigen Tätigkeiten des NWDR abzielten, waren in dieser Probenummer enthalten wie beispielsweise die Beiträge „Hörerforschung und Programmbildung“ und „Interview durchs Telefon“. Der einzige wesentliche inhaltliche Unterschied bestand darin, dass Riggert und Sackardt nun gänzlich auf Rätsel verzichteten. Stattdessen enthielt „Der Hörer“ verstärkt längere anspruchsvolle Beiträge. Damit orientierten sich die beiden Verantwortlichen nicht nur in der Frage des Formats und des Layouts an den „Nordwestdeutschen Heften“. Dovifats Vorgabe, dass der NWDR nur etwas veröffentlichten dürfe, „das hohen Ansprüchen genüge“,¹¹ wurde Rechnung getragen.

¹⁰ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Paul Sackardt an Emil Dovifat, 12.6.1950.

¹¹ StA HH, NDR, 621-1, 1482. Ernst Riggert: Protokoll einer Besprechung mit Emil Dovifat, 5.5.1950.

Die Reaktionen auf die zweite Probenummer

In einem Begleitschreiben zur zweiten Probenummer erläuterten Riggert und Sackardt, dass das Heft für sie ein Kompromiss zwischen der vom Verwaltungsrat erwarteten Wirtschaftlichkeit und „der geforderten repräsentativen Leistung“ darstelle.¹² Beide hielten das Resultat ihrer Bemühungen für „nicht voll befriedigend“. Insbesondere hätten sie sich vermehrt eine „Auflockerung durch kleine Zeichnungen“ gewünscht, was jedoch aufgrund der ihnen zu Verfügung stehenden knapp kalkulierten finanziellen Ressourcen nicht möglich gewesen sei.

Mitte August befasste sich der Verwaltungsrat mit der zweiten Probenummer des „Hörer“. Dabei konnten sich die Mitglieder bezüglich einer Beurteilung der Arbeit Riggerts und Sackardts nicht einigen. Während sich Raskop „gegen die Herausgabe einer Zeitschrift durch den NWDR in seiner augenblicklichen Lage“ wandte,¹³ sahen die Mitglieder von der Gablentz und Küstermeier gegenüber der ersten Probenummer Fortschritte. Allgemein war jedoch der Verwaltungsrat der Ansicht, „dass nach dem gegenwärtigen Stand der Vorarbeiten über diese Vorlage noch kein Beschluss gefasst werden könne.“ Daher wurde das Projekt einer sendereigenen Zeitschrift auf die kommende Sitzung vertagt. Generaldirektor Grimme wurde gebeten, bis dahin eine Auflistung der bisher entstandenen Kosten erstellen zu lassen.

Obgleich die Mitglieder des Verwaltungsrats in dieser Frage also vorerst zu keiner Beschlussfassung gelangen konnten, war sich die Führungsspitze des Senders sicher, dass „das Ergebnis der Verwaltungsratssitzung in Sachen NWDR-Zeitschrift negativ ausfallen“ würde.¹⁴ Woher die Generaldirektion diese Gewissheit nahm, geht aus den Quellen allerdings nicht hervor.

In der darauf folgenden Sitzung des Verwaltungsrates präsentierte Dovifat eine ihm von Grimme zugeleitete Aufstellung über die bisherigen für das Zeitschriftenprojekt angefallenen Kosten. Demnach beliefen sich die Gesamtausgaben bis

¹² StA HH, NDR, 621-1, 649. Stellungnahme von Ernst Riggert und Paul Sackardt betreffs „Der Hörer“, 15.8.1950.

¹³ NDR-Gremienbüro. Ordner: Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates. 28. Sitzung, 16/17.8.1950, S. 7.

¹⁴ Teilnehmer an der Sitzung waren Grimme, Pleister, Brack und Wenzlau. In: StA HH, NDR, 621-1, 1302. Niederschrift der Morgenbesprechung beim Generaldirektor, 21.8.1950.

zu diesem Zeitpunkt auf knapp 18.000 DM. Dem würden die „bei der Ausarbeitung gemachten Erfahrungen im Interesse des gesamtdeutschen Rundfunks als Aktivum entgegenstehen.“¹⁵ Damit erwähnte Grimme zum ersten Mal den Gedanken einer Herausgabe der Rundfunkzeitschrift nicht allein durch den NWDR, sondern durch die am 6. Juni 1950 gegründete Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD). Diesen Plan hatte er bereits zuvor im internen Zirkel angeregt.¹⁶

Laut Protokoll der 29. Sitzung vom 23./24. September 1950 fasste der Verwaltungsrat in der Frage einer sendereigenen Zeitschrift abermals offiziell keinen Beschluss. Gleichwohl vermeldete die Rundfunkfachzeitschrift „Kirche und Rundfunk“ nur einen Tag später, dass eine unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit gedruckte Probenummer einer NWDR-eigenen Zeitschrift „endgültig nicht erscheinen würde“. Diese hätte „keine Gnade vor den Augen des Verwaltungsrates gefunden.“¹⁷ Damit zeigte sich der Eindruck, den die Führungsspitze des Senders bereits nach der vorherigen Verwaltungsratssitzung gewonnen hatte, bestätigt. Die Angelegenheit der Zeitschrift „Der Hörer“ war „zunächst einmal gescheitert“.¹⁸

Das vorläufige Scheitern des Zeitschriftenprojekts

Die Gründe für dieses vorläufige Scheitern des Zeitschriftenprojekts waren vielschichtig. Aus einem Brief Sackarndts an die Generaldirektion geht hervor, dass man mit dem „Hörer“ nicht die vom Verwaltungsrat vorausgesetzte Wirtschaftlichkeit hätte erreichen können. So schrieb er, „daß ein Organ nach den Prinzipien des erfolgreichen ‚Listener‘ bei der andersartigen Beschaffenheit der zugrunde liegenden norddeutschen Wortsendungen, ohne Programmvorabdruck und bei sparsamster Ausstattung, keinen Absatz verspricht.“¹⁹ Berücksichtigt man das sich verändernde Leseverhalten vieler Menschen nach der

Währungsreform, so erscheint diese Beurteilung Sackarndts folgerichtig. „Der Hörer“ hätte im Widerspruch zu der wahrnehmbaren Abkehr der Deutschen von Zeitschriften mit erzieherischem, belehrendem und kulturpolitischem Inhalt und der gleichzeitigen Hinwendung zu primär unterhaltender Lektüre gestanden. Zudem ist davon auszugehen, dass das Blatt aufgrund des Mangels an grafischen Darstellungen und Fotografien zu viele Textpassagen für die nach Ablenkung von den Mühen und Sorgen des Alltags suchenden Menschen enthalten hätte. In diesem Sinne könnte auch die Kritik in der Zeitschrift „Kirche und Rundfunk“ am „Hörer“ verstanden werden, dass sowohl die Bebilderung als auch einzelne Texte „wohl noch einer Revision“ bedürften.

Einen weiteren möglichen Grund für das Scheitern des „Hörer“ erwähnte Riggert in einem Brief an Grimme. Ihm sei zugetragen worden, dass ein Mitglied des Verwaltungsrats die Art seiner Vorbereitung als Grund für die Aufgabe des Zeitschriftenprojekts angegeben habe. Diese Person habe kritisiert, dass Riggert nie das umgesetzt habe, „was gewünscht wurde“.²⁰ Neben inhaltlichen Erwägungen spielten somit vermutlich auch persönliche Motive eine Rolle für die vorläufige Verabschiedung von der Gründung einer rundfunkeigenen Zeitschrift. Dafür spricht auch, dass Riggert – im Gegensatz zu Sackarndt²¹ – nach dem Scheitern des „Hörer“ keine weitere Beschäftigung innerhalb des Senders angeboten bekommen und er daher „einen halben Knatsch“ mit Grimme und dem NWDR ausgefochten hatte.²² Die Herausgabe einer sendereigenen Zeitschrift war – so der der Öffentlichkeit unterbreitete Tenor – bis auf weiteres „in keiner Weise spruchreif“.²³

Eine Programmzeitschrift des NWDR

Die negative Beurteilung der beiden Probenummern des „Hörer“ bedeutete nicht die Aufgabe des Projekts. Vielmehr führten leitende Angestellte des Senders die Planungen auch ohne ein offizielles Mandat seitens der Generaldirektion oder des

¹⁵ NDR-Gremienbüro. Ordner: Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates. 29. Sitzung, 23./24.9.1950, S. 8.

¹⁶ StA HH, NDR, 621-1, 1302. Niederschrift der Morgenbesprechung beim Generaldirektor, 22.8.1950.

¹⁷ o. V.: Kurzmeldungen. In: Kirche und Rundfunk, 3. Jg. (1950), Nr. 20, S. 6.

¹⁸ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Emil Dovifat an J. P. Bachem, 24.11.1950.

¹⁹ StA HH, NDR, 621-1, 1482. Schreiben von Paul Sackarndt an die Generaldirektion des NWDR, 10.10.1950.

²⁰ StA HH, NDR, 621-1, 1482. Schreiben von Ernst Riggert an Adolf Grimme, 20.10.1950.

²¹ Sackarndt bekam von der Generaldirektion den Auftrag, sich um das Projekt der geplanten Schriftenreihe „Kleine Handbibliothek des NWDR“ zu kümmern. In: StA HH, NDR, 621-1, 1482. Hausinterne Mitteilung von Friedrich Wenzlau, 7.12.1950.

²² StA HH, NDR, 621-1, 1482. Schreiben von W. D. Schultz an Hans Riepl, 3.11.1950.

²³ StA HH, NDR, 621-1, 1482. Schreiben von Friedrich Wenzlau an Georg Richter, 25.8.1950.

Verwaltungsrats fort. Insbesondere Emil Dovifat beschäftigte sich weiterhin mit der Möglichkeit und Ausgestaltung eines sendereigenen Publikationsorgans. Erneut war die Kritik der „Hör zu!“ am NWDR der Auslöser. Im Oktober 1950 begann die Zeitschrift in einer Reihe von Leitartikeln, den NWDR wegen verschiedener Aspekte vehement zu kritisieren. Zumeist war es Chefredakteur Eduard Rhein, der gegen den NWDR bezüglich der Verwendung von Hörergeldern, einiger Personalentscheidungen und der Zusammensetzung des Verwaltungsrats Stellung bezog. Redaktionsintern galten diese stets auf der zweiten Seite abgedruckten Veröffentlichungen als „Fanfarenstöße Rhein’scher Rundfunkpolitik“.²⁴ Eine Untersuchung der Jahrgänge 1950/51 der „Hör zu!“ zeigt, dass Rhein zwischen der 44. Ausgabe des Jahres 1950 und der 3. Nummer des Jahres 1951 nur einen Leitartikel publizierte, der keine Kritik am NWDR beinhaltete.



Eduard Rhein

Ausgehend von diesen wiederholten kritischen Kommentierungen forderte Heinz Adler, der Vertreter Schleswig-Holsteins im Verwaltungsrat,

²⁴ So der ehemalige „Hör zu!“-Mitarbeiter Wolfgang Huwe. Zitiert nach Seegers: Hör zu!, S. 334.

die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift wieder zu thematisieren. Der Wunsch nach einem NWDR-Blatt wäre an ihn „in letzter Zeit häufig wegen der ununterbrochenen Reihe von Veröffentlichungen“ in der „Hör zu!“ herangetragen worden.²⁵ Vor allem der Ruf nach einer Zeitschrift, in der „die Debatten über das Programm und alle mit dem NWDR zusammenhängenden Fragen auf einer sachlichen Ebene ohne Gehäßigkeit“ geführt werden könnten, werde von Seiten der Hörer laut. Daher plädierte Adler für die Herausgabe einer Programmzeitschrift durch den NWDR, wobei ihm bewusst war, dass ein solches Blatt „nicht auf der Ebene liegen würde, die bei unseren früheren besprochen Plänen in Aussicht genommen war.“ Dass die Herausgabe eines Heftes mit Programmteil, also einer direkten Konkurrenz zu den bestehenden Programmblättern, in der Tat vor allem aufgrund der Angriffe in der „Hör zu!“ konkret erörtert wurde, bestätigte einige Wochen später Ruppertsberg vor Journalisten: „Sie können sich bei Ihrem Kollegen Rhein bedanken. Der hat mit seinen scharfen Aufsätzen den Verwaltungsrat erst auf die Idee gebracht, ‚Hör zu‘ eine Konkurrenz gegenüberzustellen.“²⁶

Auch im Hauptausschuss hielten es einige Mitglieder nun für angebracht, dass sich der NWDR mit einem eigenem Rundfunkblatt „gegen die ständigen Angriffe der Rundfunkzeitschriften“ wehrte.²⁷ Im Dezember 1950 beschloss der Verwaltungsrat eine Kommission zu bilden, die die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift nochmals prüfen sollte. Dafür wurden Grimme und Dovifat sowie Rudolf Küstermeier, der ehemalige Chefredakteur der britischen Zonenzeitung „Die Welt“, ausgewählt. Wie bereits erwähnt, machten die leitenden Angestellten des NWDR Ernst Riggert für das Scheitern des „Hörer“ mitverantwortlich und entbanden ihn somit von seinen Aufgaben an dem Zeitschriftenprojekt. Daher mussten für die weiteren Planungen neue Namen gefunden werden, die sich an einem Konzept für das eigene NWDR-Organ versuchen sollten. Auf Bitten von Dovifat entwickelte der Jurist Ernst Pogge einen kurzen Aufriss einer Zeitschrift mit dem Arbeits-

²⁵ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Heinz Adler an Emil Dovifat. Oldenburg in Holstein, 9.12.1950.

²⁶ Zitiert nach o. V.: „Mit dem Geld der Hörer. In: Der Spiegel, 5. Jg. (1951), Nr. 9, S. 36 f.

²⁷ NDR-Gremienbüro. Ordner: Protokolle der Sitzungen des Hauptausschusses. 14. Sitzung, 16.12.1950, S. 12.

titel „Wir Hörer“.²⁸ Zudem stellte Lovis H. Lorenz, einer der ehemaligen Herausgeber der „Zeit“, auf Bitten von Willy Troester, dem Intendanten des Hamburger Funkhauses, einige Überlegungen bezüglich eines sendereigenen Blattes an.²⁹

Die Überlegungen von Lovis H. Lorenz

Nach Prüfung der beiden Konzeptionen favorisierte die Zeitschriftenkommission die Ausarbeitungen von Lorenz. In Absprache mit Dovifat schlug Lorenz den Titel „Hören und Sehen“ vor.³⁰ Diesen Namen erachtete er als „einprägsam, leicht zu sprechen und gut zu propagieren“.³¹ Zugleich wurde damit der am 27. November 1950 begonnene Ausstrahlung eines Versuchsfernsehens im NWDR Rechnung getragen.

Lorenz entwarf das sendereigene Blatt als Familienillustrierte mit Programmteil. Er dachte an eine Zeitschrift, „die das ausführliche Wochenprogramm als Kernstück“ enthalten, dabei aber im Stile einer Illustrierten „unterhaltend, fesselnd, populär“ sein sollte.³² Dabei ließ er es offen, ob das Blatt nur das Programm des NWDR oder das aller Sendeanstalten enthalten sollte. Zugleich sollte sich die Zeitschrift von den bestehenden Rundfunkillustrierten und deren „Boulevard-

Charakter“ abkehren. Lorenz wollte etwas „völlig Neues“ entwickeln, eine Zeitschrift, die „im Bild und in der Sprache das höchste Niveau anstreben, zugleich aber die leichteste Zugänglichkeit für jedermann“ garantieren würde. Ein solches Blatt hätte nach Ansicht von Lorenz die oftmals fälschlicherweise angeführte Gleichsetzung von „Niveau“ und „Schwerverständlichkeit“ aufheben und stattdessen eine volkstümliche und dennoch anspruchsvolle Rundfunkillustrierte sein können. Dabei sollten alle dem Funkprogramm entnommenen Beiträge auf den NWDR als „das grosse kulturelle Vermittlungszentrum hinlenken“.³³ Nur so hätte die vom Verwaltungsrat geforderte repräsentative Zeitschrift verwirklicht werden können.



Lovis H. Lorenz

Lorenz war davon überzeugt, dass das Blatt aufgrund der „unvergleichlichen Propagandamöglichkeiten des NWDR“ relativ rasch eine hohe Auflage erreichen könne. Während den Kalkulationen für die beiden Probenummern des „Hörer“ eine Auflage von 80.000 bzw. 30.000 Exemplaren zugrunde lag, ging er von einer deutlich höheren Startauflage zwischen 300.000 und 500.000 Hefen aus. Bei einem Selbstkostenpreis zwischen 22,2 und 25,2 Pfennigen (je nach Auflage) hielt er einen Verkaufspreis von 40 Pfennigen für angemessen, da ein solcher Preis „den möglichen

²⁸ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Ernst Pogge: Aufriss einer Zeitschrift mit dem Titel „Wir Hörer“. Hamburg, o. D.

²⁹ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Lovis H. Lorenz an Willy Troester. Hamburg, 3.12.1950.

³⁰ Dieser Titel wurde 1952/53 von dem Hamburger Heinrich-Bauer-Verlag wieder aufgegriffen, der seine Zeitschriften „Radio-Illustrierte“ und „Funkwacht“ sowie weitere Rundfunkblätter zu „Hören und Sehen“ fusionierte (Vgl. Volker Reißmann: Fernsehprogrammzeitschriften: ein Überblick über die bundesdeutsche Programmpresse mit einer inhaltsanalytischen Untersuchung. München 1989, S. 52).

³¹ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Entwurf für die Zeitschrift „Hören und sehen. Illustrierte Funk-Woche für die Familie“, 24.1.1951, S. 1. Der Name des Verfassers ist auf diesem Entwurf nicht angegeben. Jedoch erscheint es begründet, diese Überlegungen Lovis H. Lorenz zuzuschreiben, da sich eine im Verwaltungsrat diskutierte Vorlage zur Gründung einer NWDR-eigenen Zeitschrift explizit auf die Ausführungen von Lorenz bezog und diese in weiten Teilen eine Wiederholung jenes Dokuments ist.

³² Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Lovis H. Lorenz an Willy Troester. Hamburg, 3.12.1950.

³³ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Entwurf für die Zeitschrift „Hören und sehen“. Illustrierte Funk-Woche für die Familie“, 24.1.1951, S. 3.

messen, da ein solcher Preis „den möglichen Vorwurf des unlauteren Wettbewerbs“ ersparen könnte. Denn damit hätte sich der NWDR in der Frage des Verkaufspreises an den Rundfunkprogrammzeitschriften der privaten Verleger orientiert und so dem möglichen Vorwurf des „Dumpings“ vorgebeugt.³⁴

Diese kalkulatorischen Grundüberlegungen zeigen, dass Lorenz tatsächlich an etwas „völlig Neues“ dachte, jedenfalls im Vergleich zu den bisherigen Probenummern der sendereigenen Zeitschrift. Er entwickelte gezielt ein Blatt, das eine große Leserschaft erreichen sollte. Während Riggert primär an die explizit am Rundfunk interessierten Hörer, also gewissermaßen an ein Fachpublikum gedacht hatte, konzipierte Lorenz eine Zeitschrift für die ganze Familie. Daher zählte er die Form der Illustrierten, die ihm der „publikumssicherste Typ“ zu sein versprach.

Lorenz wusste, dass eine solche Zeitschrift mit den bestehenden Programmzeitschriften konkurrieren würde. Darauf lassen jedenfalls die zahlreichen Vergleiche mit der „Hör zu!“ und der Programmzeitschrift „Funkwacht“ bezüglich Ausstattung, Preis und Umfang schließen. Ausgehend von einer knappen Analyse dieser Publikationen hielt er es für unabdingbar, dass ein „offiziöses“ Publikationsorgan des NWDR „besser sein und mehr leisten [müsse] als andere Blätter ähnlicher Art.“ Er verzichtete auf die in allen vorherigen Entwürfen enthaltene Formulierung, nicht in Konkurrenz zu den bestehenden Rundfunkzeitschriften treten zu wollen. Auch dies legt die Vermutung nahe, dass die von ihm konzipierte NWDR-Zeitschrift „Hören und Sehen“ gegenüber den bisherigen Probenummern einen grundlegenden Paradigmenwechsel darstellte.

Die Vorgaben des Verwaltungsrats

Am 27./28. Januar 1951 lud Dovifat zur 34. Sitzung des Verwaltungsrates ein. Zu Beginn der Beratungen über die beiden eingereichten Entwürfe wies er „auf die besondere Vertraulichkeit dieser Besprechungen“ hin. Unter allen Umständen sollte vermieden werden, dass die Presse vorab von den Plänen des NWDR erfuhre. Die nun in Erwägung gezogene Zeitschrift hätte mit Sicherheit den Widerstand der Presse hervorgeru-

fen, vor allem aufgrund der Tatsache, dass nun an eine Funkzeitschrift gedacht wurde, die, wie es Küstermeier angeregt hatte, das gesamte Programm aller Rundfunkanstalten enthalten sollte.³⁵

Nach eingehender Prüfung des Entwurfs von Lorenz kamen die Mitglieder des Verwaltungsrats überein, „dass der NWDR eine eigene Zeitschrift gründen sollte“. Damit sprachen sie sich zum ersten Mal geschlossen für die Herausgabe eines sendereigenen Publikationsorgans aus. Dies dürfte auch auf den Umstand zurückzuführen sein, dass Heinrich Raskop nicht länger dem Gremium angehörte. Dieser hatte in der Öffentlichkeit wiederholt eine eigenständige Rundfunkanstalt für Nordrhein-Westfalen gefordert und damit den Missmut seiner Kollegen vom Verwaltungsrat auf sich gezogen. Seiner anschließend vom Verwaltungsrat beantragten Abberufung durch den Hauptausschuss kam er im November 1950 durch seinen Rücktritt zuvor.³⁶ Nicht zuletzt die Bedenken des ehemaligen Verwaltungsratsvorsitzenden waren ein Grund dafür gewesen, dass sich bis zu diesem Zeitpunkt das Gremium nicht über die Frage einer sendereigenen Zeitschrift einig werden konnte.

Den von Lorenz anvisierten Verkaufspreis von 40 Pfennigen pro Exemplar hielten die Mitglieder des Verwaltungsrates allerdings für zu hoch. Mit der Begründung, dass ein eigenes NWDR-Blatt „die bisher im Handel befindlichen Zeitschriften unterbieten müsse“, solle den weiteren Kalkulations- und Konzeptionsschritten ein Preis von 25 Pfennigen zugrunde liegen. Damit hätte der NWDR die Zeitschrift zum Selbstkostenpreis angeboten. Die Mitglieder des Verwaltungsrats ignorierten die Gefahr des möglichen Vorwurfs des „unlauteren Wettbewerbs“ seitens der privaten Zeitschriftenverleger, auf die Lorenz zuvor hingewiesen hatte. Nach der Entscheidung für die Aufnahme des Programms aller Rundfunkanstalten nahm spätestens mit der Befürwortung dieses Dumping-Preises eine sendereigene Zeitschrift konkrete Gestalt an, die den erbitterten Widerstand der privaten Verleger hervorrufen musste.

Da eine Reihe von Mitgliedern jedoch weiterhin Bedenken bezüglich der Herausgabe eines eigenen Publikationsorgans äußerten, beschloss der Verwaltungsrat, die Zustimmung des Hauptausschusses einzuholen. Obwohl dessen Zustimmung erst im März erfolgte, wurde Generaldirektor Grimme vom Verwaltungsrat gebeten, „die mit

³⁴ Zum Vergleich: Zu dieser Zeit kostete die „Hör zu!“ 35 Pfennige, die anderen Programmzeitschriften mit ähnlichem Umfang wurden zu einem Preis zwischen 30 und 40 Pfennigen verkauft. Vgl. Heinz Epping: Die Rundfunkprogrammzeitschriften. In: Walter Hagemann: Die deutsche Zeitschrift 1949/50. Untersuchung von Form und Inhalt. Münster 1950, S. 157.

³⁵ NDR-Gremienbüro. Ordner: Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates. 33. Sitzung, 16./17.12.1950, S. 9.

³⁶ Vgl. Schaaf: Politik und Proporz, S. 64 ff.; Tracy: Wunschbild, S. 90 ff.

der Vorarbeit zu einer Zeitschriftengründung beauftragten Herren zu veranlassen, eine genau ausgearbeitete, beschlussreife Vorlage auf der Basis eines Kostensatzes von DM 0,25 vorzulegen.“ Die notwendigen Voraussetzungen für die Herstellung der Probenummer von „Hören und Sehen“ waren damit gegeben.

Die von Dovifat zu Beginn der Verwaltungsratsitzung geäußerte Bitte um einen besonders vertraulichen Umgang mit dem geplanten Zeitschriftenprojekt sollte sich bereits zwei Tage später als hinfällig erweisen. Noch lange bevor die Probenummer von „Hören und Sehen“ vorlag, war die Fachgruppe Rundfunk-Programmzeitschriften des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger e. V. (VDZ) über die Pläne des NWDR informiert. In dieser Fachgruppe, die sich am 14. Dezember 1950 konstituiert hatte, waren Vertreter von allen deutschen Programmzeitschriften versammelt. Wie und von wem die Fachgruppe in Kenntnis gesetzt wurde, lässt sich nicht rekonstruieren. In einem Telegramm an den NWDR protestierten die Verleger der bestehenden Rundfunk-Programmzeitschriften „wegen missbräuchlicher Verwendung von Hörermitteln und Gefährdung der Pressefreiheit“ gegen die Absicht des Senders,³⁷ eine Rundfunkzeitschrift mit Programmteil herauszugeben.

Drohungen der privaten Verleger

Gerhard Eckert, der 1936 bei Dovifat in Berlin promoviert hatte und jetzt als Bevollmächtigter der Fachgruppe der Rundfunkzeitschriften arbeitete, setzte seinen ehemaligen Hochschullehrer davon in Kenntnis, dass der Umfang der Planungen beim NWDR in der Fachgruppe „im einzelnen wohl bekannt“ sei. Er fasste die Einwände der privaten Verleger gegen eine sendereigene Zeitschrift zusammen.

Wie nicht anders zu erwarten, war es vor allem die Absicht des NWDR, eine Zeitschrift mit Programmteil herauszugeben, die die privaten Verleger erzürnte. Sie warfen dem Sender vor, dass er damit „automatisch in einen Konkurrenzkampf mit den unabhängigen Rundfunk-Programmeitschriften treten“ würde.³⁸ Gegen einen weiteren Wettbewerber auf dem Markt der Programmeitschriften hätte die Fachgruppe unter gleichen

und fairen Bedingungen nichts einzuwenden. Jedoch sei es nicht zu akzeptieren, dass der NWDR unter Verwendung von Höregeldern den bestehenden Programmzeitschriften Konkurrenz zu machen versuchte.

Eckert machte Dovifat klar, dass die privaten Verleger den Plänen des NWDR nicht tatenlos zusehen würden. Er drohte damit, dass eine sendereigene Zeitschrift für den NWDR weitreichende Folgen haben würde: „Wenn der Rundfunk seinen sonstigen umfassenden Aufgaben Mittel für eine solche überflüssige Zeitschrift entzieht, könnte die Öffentlichkeit zu der naheliegenden Vermutung gelangen, daß die Rundfunkgebühren in Höhe von DM 2.- zu hoch sind, und daß ein Mammutgebilde wie der NWDR anscheinend über zu viele Gelder verfügt, sodaß sie im Rundfunk selbst offensichtlich nicht mehr investiert werden können und daher der NWDR besser in kleinere Senderorganismen aufgeteilt werden sollte.“

Er gab Dovifat also unmissverständlich zu verstehen, dass die Verleger bei Aufrechterhaltung der sendereigenen Zeitschriftenpläne ihre publizistische Macht dafür einsetzen würden, für die Aufspaltung des NWDR zu plädieren.

Heinz Schwitzke, der aufgrund seiner Tätigkeit als Herausgeber der Fachzeitschrift „Kirche und Rundfunk“ in ständigem Kontakt mit der Programmpresse stand, warnte Grimme und Dovifat Anfang Februar vor einem „Krieg“ mit den privaten Verlegern.³⁹ Ihm sei aus verlässlicher Quelle zugetragen worden, dass die Verlage der Programmeitschriften „ihren Schriftleitungen freie Hand geben wollen, den NWDR in jeder Weise zu diskriminieren.“ Nicht nur gegen ein Zusammenbleiben des NWDR solle plädiert werden, sondern zugleich solle eine „Volksempörung gegen die zu hohen Rundfunkgebühren“ entfacht werden. Zudem hätten die Verleger angedroht, dass sie sich an „die stillschweigende Abrede, über das Problem der Kulturfonds vorläufig nicht zu sprechen“,⁴⁰ nicht länger halten würden.

Die Androhungen der Fachgruppe Rundfunk-Programmeitschriften hielten den NWDR nicht davon ab, weiter an der Herstellung der Probenummer von „Hören und Sehen“ zu arbeiten. Eine Revision der Pläne wurde nicht in Betracht gezogen. Daher entschlossen sich die Verleger, die Öffentlichkeit über das Zeitschriftenprojekt des NWDR zu informieren. Mitte Februar 1951 veröf-

³⁷ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Telegramm von Streitberger, dem Obmann der Fachgruppe Rundfunk-Programmeitschriften, an den NWDR, 27.1.1951.

³⁸ Deutsches Rundfunkarchiv Wiesbaden. A 06 (Dokumentation ARD-Akten 1950-1962), 0-8241 (im Folgenden: DRA Wiesbaden, A 06, 0-8241). Schreiben von Gerhard Eckert an Emil Dovifat, 29.1.1951.

³⁹ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Heinz Schwitzke an Emil Dovifat, 6.2.1951.

⁴⁰ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Heinz Schwitzke an Adolf Grimme, 5.2.1951.

fentlichten sie ein an alle „am Rundfunk interessierten Persönlichkeiten des deutschen Kulturlebens“ gerichtetes Memorandum zur Planung einer sendereigenen Rundfunk-Programmzeitschrift.⁴¹ Dabei vermerkten sie ausdrücklich, dass sich alle Ausführungen auf die Herausgabe einer Zeitschrift mit Programmteil bezögen. Gegen eine Zeitschrift im Stile der zweiten Probenummer des „Hörer“ hätten sie nichts einzuwenden. Dies bestätigte auch Axel Springer in einem Schreiben an Dovifat. Dort heißt es, dass die Gemeinschaft der Rundfunkverleger eine sendereigene Publikation vom Typ der „Nordwestdeutschen Hefte“ „verlegerisch, fachkaufmännisch, vertrieblisch [...] fördern würden, wo immer es nur geht.“⁴²

Das Memorandum der Fachgruppe Rundfunk-Programmzeitschriften listete verschiedene Argumente auf, die die Unrechtmäßigkeit des Zeitschriftenplans des NWDR zeigen sollten. Darin machten die Verleger deutlich, dass sie das dem NWDR durch Paragraph 1 der Satzung garantierte Recht auf die Herausgabe eigener Zeitschriften für nicht relevant hielten. Da das Statut des NWDR von den britischen Besatzern oktroyiert worden sei und die zunehmende deutsche Souveränität nicht berücksichtige, sei die Satzung des NWDR revisionsbedürftig. Dafür spräche auch die Tatsache, dass „alle deutschen Länder, in denen Rundfunkgesetze deutscher Herkunft beschlossen wurden“, keinen solchen Passus aufgenommen hätten.⁴³ Darüber hinaus bezweifelten die Verleger in Anbetracht der Existenz von 15 unabhängigen Rundfunk-Programmzeitschriften in Deutschland, ob ein sendereigenes Blatt mit Programmteil im „Interesse“ der Rundfunkhörer liege, wie es das NWDR-Statuts zur Bedingung

⁴¹ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Memorandum der Fachgruppe Rundfunk-Programmzeitschriften im Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e. V. zur Planung einer sendereigenen Rundfunk-Programmzeitschrift durch die Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten der Bundesrepublik bzw. (sic!) durch den Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR), Februar 1951.

⁴² Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Axel Springer an Emil Dovifat, 9.2.1951.

⁴³ Mit der Argumentationsfigur, die Gültigkeit und Relevanz der in der Verordnung 118 enthaltenen Satzung des NWDR als Relikt der britischen Militärregierung anzuzweifeln, befanden sich die Zeitschriftenverleger in guter Gesellschaft. Auch Bundeskanzler Adenauer, der wiederholt einen angeblich zu großen Einfluss der SPD in den Gremien des NWDR monierte, lehnte das Statut des Senders wiederholt als eine Hinterlassenschaft der englischen Besatzung aus der ersten Zeit ihrer Besatzung ab.

der Herausgabe von eigenen Publikationen machte.

Eventuellen Rechtfertigungen seitens des NWDR, dass es auch in zahlreichen anderen Ländern sendereigene Zeitschriften dieser Art gäbe, hielt die Fachgruppe vorab entgegen, dass dies eine „betrüblische Unkenntnis der internationalen Rundfunk-Fachpresse“ offenbare. Außer einem besonders gelagerten Einzelfall in Österreich gäbe es in Europa kein Land, das „ein Nebeneinander von amtlichen und privaten Rundfunk-Programmzeitschriften“ hätte. Zudem sei ein solcher Verweis unsinnig, da sich die diversen Programmzeitschriftenmärkte aus unterschiedlicher nationaler Tradition und Landesgesetzgebung heraus entwickelt hätten. Auch einen Vergleich mit den Publikationsmöglichkeiten der BBC, dem Vorbild des NWDR, lehnten die Verleger mit dem Argument ab, dass für sie „nur die deutschen organisch gewachsenen Erscheinungsformen in Frage“ kämen.

Des Weiteren warf die Fachgruppe dem NWDR vor, dass das geplante Blatt eindeutig den Zweck habe, „der Kritik am Rundfunk entgegenzutreten, sie allmählich auszuschalten oder wenigstens einflusslos zu machen.“ Eine solche Zeitschrift käme daher einer Gefährdung der Presse- und Kritikfreiheit, der „Grundlage jeder Demokratie“, gleich, da nur eine unabhängige Presse die Freiheit der öffentlichen Meinungsbildung garantieren könne. Geht man davon aus, dass eine eigene Programmzeitschrift des NWDR tatsächlich erfolgreich gewesen wäre und so einige Programmzeitschriften der privaten Verleger vom Markt verdrängt hätte, so wäre dies in der Tat einer Beeinträchtigung einer freien und unabhängigen Rundfunkkritik gleichgekommen. Die Herausgabe eines eigenen NWDR-Organs wäre, wie es der VDZ formulierte, ein Schritt hin zu einer „staatlich‘ gelenkten öffentlichen Meinung“ gewesen, da in den Gremien des Senders zahlreiche Länder- und damit zugleich Staatsvertreter saßen.⁴⁴

Aufgrund der enormen finanziellen Ressourcen des NWDR durch die monatlichen Rundfunkgebühren befürchteten die Mitglieder der Fachgruppe Rundfunk-Programmzeitschriften eine Unterminierung ihrer Existenz durch ein NWDR-Organ. Sie bezichtigten die Rundfunkanstalt der „Ausnutzung der Monopolstellung“ auf dem Sektor des Rundfunks und der daraus resultierenden missbräuchlichen Verwendung öffentlicher Gelder. Berücksichtigt man die Tatsache, dass

⁴⁴ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Gisbert Hennessen, 1. Vorsitzender des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger, an Emil Dovifat, 14.2.1951.

Lorenz in den Kalkulationen zur Probenummer von „Hören und Sehen“ bei eventuellen Absatzschwierigkeiten eine Verwendung von Hörergeldern zur Etatdeckung der Zeitschrift nicht explizit ausschloss, so ist die Befürchtung der Verleger, dass ein solch subventioniertes Blatt „jede private Verlagstätigkeit in diesem Sektor zu einer Unmöglichkeit macht“, nachzuvollziehen.⁴⁵ Einen Konkurrenzkampf mit einer auf unwirtschaftlicher Basis operierenden Programmzeitschrift des NWDR hätten sie kaum erfolgreich bestehen können.

Als weiteres Argument gegen die Herausgabe einer sendereigenen Programmzeitschrift führte die Fachgruppe an, dass diesem Blatt zwangsläufig „eine bevorzugte Informations- und Publikationsmöglichkeit gegeben“ sei.⁴⁶ Dies implizierte die Skepsis, dass selbst bei dem Vorsatz zur Neutralität der NWDR im Laufe der Zeit durch eine

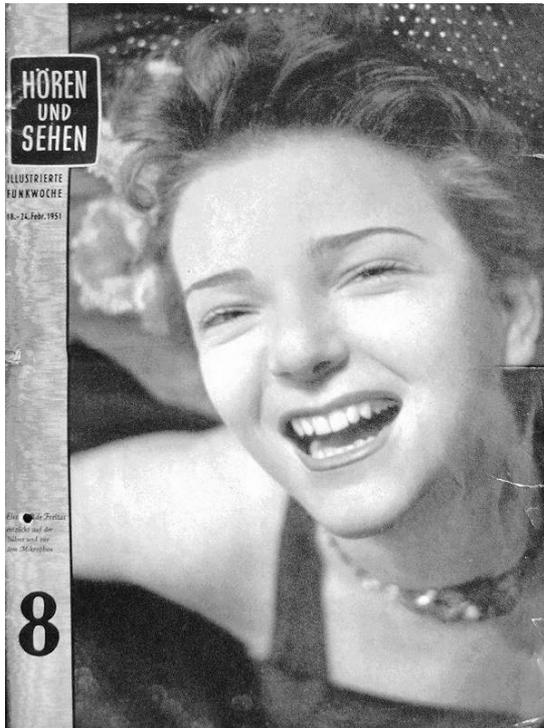
Vorenthaltung oder späte Zustellung von Programminformationen die private Programmpresse benachteiligen würde. Ein gesunder Wettbewerb würde somit „weiter zu Ungunsten der bestehenden Rundfunk-Programmzeitschriften unmöglich“ gemacht werden. Nicht zuletzt deshalb, da die Programmzeitschriften der privaten Verleger ihre Auflage in jüngster Zeit aufgrund einer katastrophalen Papiersituation reduzieren müssten, während der NWDR „im Rahmen seines amtlichen Bedarfs“ nahezu unbegrenzte Papierzuteilungen für sich beanspruchen könne. Dahinter stand die Befürchtung, dass der Sender unter Ausnutzung seiner Monopolstellung im Rundfunkwesen eine deutlich auflagenstärkere und damit attraktivere Programmzeitschrift herausgeben könnte. Der Eindruck des VDZ, es sei hier „eine offensichtlich privilegierte Publikation im Werden, für die normale Konkurrenz- und Marktbedingungen nicht mehr zu gelten“ hätten, war nicht unbegründet.

⁴⁵ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Gisbert Hennessen, 1. Vorsitzender des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger, an Emil Dovifat, 14.2.1951.

⁴⁶ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Memorandum der Fachgruppe Rundfunk-Programmzeitschriften, Februar 1951.

„Hören und Sehen“ – die dritte Probenummer

Auch das Memorandum der Fachgruppe Rundfunkprogrammzeitschriften des VDZ hinderte Lorenz nicht daran, weiter an der konkreten Umsetzung seiner Zeitschriftenkonzeption zu arbeiten. Zwei Hauptaufgaben setzte er sich zum Ziel: zum einen die Entwicklung einer neuartigen und unverwechselbaren Gestaltung der Zeitschrift; zum anderen die Gewährleistung, dass „dem Programmteil eine neue und gegenüber den bestehenden Rundfunkblättern bessere Form“ gegeben würde.¹



Titelblatt der dritten Probenummer „Hören und Sehen“, Februar 1951

Am 19. Februar 1951 war es soweit: Das erste Probeexemplar von „Hören und Sehen“ mit dem Untertitel „Illustrierte Funkwoche“ lag in gedruckter Form vor. Das Heft umfasste 48 Seiten, wobei Lorenz anmerkte, dass in Zukunft der Normalumfang 40 Seiten betragen solle. Dies hätte dem Umfang der „Hör zu!“ entsprochen. Auch in der Frage des Formats lehnte er sich an den Marktführer aus dem Springer-Verlag und dessen Format von 26 x 35,2 cm an. Das Probeheft erschien im Großformat von 26,6 x 36,5 cm.

¹ Vgl. Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Lovis H. Lorenz an Emil Dovifat: Anmerkungen zu der Probenummer „HÖREN und SEHEN“, 19.2.1951.

Auch die Gestaltung des Titelbildes erinnerte an die Aufmachung der bestehenden Programmzeitschriften. Es zeigte die Sängerin Elisabeth de Freitas mit dem Hinweis, sie „entzückt auf der Bühne und vor dem Mikrofon“.² Damit knüpfte „Hören und Sehen“ an die gängige Praxis vieler Programmzeitschriften an, vor allem Fotos von Stars aus Film und Funk auf dem Titelbild abzulichten. Diese machten nach einer Untersuchung aller Rundfunkprogrammzeitschriften aus dem Jahre 1950 etwa 70% der Titelbilder aus.³

Von der gestalterischen Schlichtheit des zweiten „Hörer“ war in „Hören und Sehen“ wenig übrig geblieben. Vielmehr war auf den ersten Blick ersichtlich, dass dieses Blatt insbesondere gegenüber der von Riggert und Sackardt gemeinsam erarbeiteten Probenummer einen vollständigen Paradigmenwechsel darstellen sollte. Daher erscheint das von Lorenz als Chefredakteur verantwortete Blatt in Teilen als eine Art Weiterentwicklung des ersten „Hörer“.

Der redaktionelle Teil

Getreu seiner Devise, eine volkstümliche Rundfunk-Illustrierte für die ganze Familie zu entwickeln, versah Lorenz „Hören und Sehen“ mit zahlreichen Illustrationen. Insgesamt enthält das Blatt 40 Fotografien und weitere 37 grafische Darstellungen. Lorenz orientierte sich an den bestehenden Illustrierten mit ihrem üblichen „Mischungsverhältnis von 60% Bild und 40% Text“.⁴ Dies stand im Widerspruch zu Dovifats zuvor vertretener Haltung, dass der NWDR unter keinen Umständen eine „Leseillustrierte“ publizieren dürfe, da die bestehenden Rundfunk-Programmzeitschriften gerade wegen ihres Illustriertencharakters kritisiert worden waren. Hatte der NWDR inzwischen seine Absichten geändert und verfolgte er nun andere Ziele als vorher mit den ersten beiden Probenummern?

² Vgl. StA HH, NDR, 621-1, 649. Probenummer „Hören und Sehen“, 1. Jg. (1951), Nr. 8 (vermutlich aufgrund des Abdrucks des Programms der achten Kalenderwoche).

³ Vgl. Epping: Rundfunkprogrammzeitschriften, S. 158.

⁴ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Entwurf für die Zeitschrift „Hören und sehen. Illustrierte Funk-Woche für die Familie“, 24.1.1951, S. 2.

Die Verantwortlichen des NWDR führten als maßgebliche Begründung für die Arbeit an den beiden Probenummern des „Hörer“ den Wunsch vieler Hörer an, wichtige Sendungen noch einmal nachlesen zu können. Der Herausgabe von „Hören und Sehen“ lag primär ein anderes Argument zugrunde. Der Sender wollte sich mit diesem Blatt gegen die ständigen Angriffe der bestehenden Rundfunkzeitschriften zur Wehr setzen. Dieser Prämisse hatte Lorenz zu folgen, als er den Inhalt seines Probeexemplars aus dem NWDR-Programm vom 18. bis 24. Februar 1951 entwickelte. Daher erscheint es nur konsequent, dass er lediglich drei abgedruckte Sendemanuskripte in einem Gesamtumfang von gerade einmal zweieinhalb Seiten in „Hören und Sehen“ aufnahm. An ein Blatt im Stile der „Nordwestdeutschen Hefte“ war keineswegs mehr gedacht, zumal Sackardt an der zeitgleich geplanten NWDR-eigenen Schriftenreihe arbeitete, die größtenteils aus dem Abdruck von Sendemanuskripten bestehen sollte.

Vielmehr enthielt das Probeheft zahlreiche kürzere Beiträge, die den Lesern die Position des NWDR in bestimmten Sachfragen darlegen und erläutern sollten. Zu diesen ist etwa der Artikel „Die unteilbare Kultur“ zu zählen. Darin verteidigte Lorenz die Praxis des Senders, überschüssige Einnahmen durch die Rundfunkgebühren den Kulturfonds der Länder zukommen zu lassen. Ganz gezielt reagierte damit der Sender also vorab auf die Androhungen der Verleger, das Problem der Kulturfonds in der Öffentlichkeit zu thematisieren. In diesem Sinne fungierte „Hören und Sehen“ – wie von Dovifat vorgesehen – als „Sprachrohr der Rundfunkmänner“.⁵

„Der Platz, dessen Lesestoff den grössten Anreiz ausüben soll“ war für Lorenz die ganzseitige Rubrik „ULTRA-kurze Ansage“.⁶ Dort waren in erster Linie Nachrichten aus den Funkhäusern sowie Beiträge abgedruckt, die es dem NWDR ermöglichen sollten, zu bestimmten Sachfragen ungekürzt Stellung zu beziehen. Auch hier ist ein Artikel zu finden, der sich direkt mit der Kritik der Rundfunkpresse auseinandersetzte. In der Glosse „Zeitungskritik“ wird die Frage aufgeworfen, ob die Rundfunkanstalten den als ungerecht empfundenen Angriffen der Presse nicht mit einer regelmäßigen Pressekritik begegnen sollten. Denn daran, dass die Zeitungen und Zeitschriften „etwa

⁵ Zitiert nach Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Memorandum der Fachgruppe Rundfunk-Programmzeitschriften, Februar 1951.

⁶ Vgl. Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Lovis H. Lorenz an Emil Dovifat: Anmerkungen zu der Probenummer „HÖREN und SEHEN“, 19.2.1951.

niemals Fehler machten, würde eine solche Kritik jedenfalls kaum scheitern“. Bereits ein dreiviertel Jahr zuvor hatte die Fachzeitschrift „Kirche und Rundfunk“ eine solche Pressekritik im Rundfunk erfolglos angeregt.⁷

Neben diesen direkt auf den Rundfunk bezogenen Artikeln – dazu sind auch Porträts von Rundfunkschaffenden, Programmerrläuterungen, untertextete Bilderstreifen aus den Funkhäusern sowie erklärende Berichte über technische Neuerungen zu zählen – enthielt „Hören und Sehen“ zahlreiche Beiträge, die keinen Bezug zum Rundfunk aufwiesen. Wie bereits dargelegt, wurde noch im März 1950 im Hauptausschuss das Projekt einer rundfunkeigenen Zeitschrift mit dem Argument begrüßt, dass die bestehenden Programmblätter dazu neigten, „sich zu reinen Unterhaltungssillustrierten zu entwickeln“. Umso unverständlicher ist es, dass die Verantwortlichen des NWDR nur knapp ein Jahr später die Herstellung eines Probehefts in Auftrag gaben, das einen Unterhaltungsteil von mehr als sieben Seiten vorsah. Das entsprach 15,7 Prozent am Gesamtumfang des Heftes. So enthielt „Hören und Sehen“ unter anderem das erste Kapitel eines Fortsetzungsromans, eine Rätselseite sowie zwei Seiten mit Modetipps und Backrezepten für die „Hausfrau am Lautsprecher“. Im Gegensatz dazu war der Anteil der unterhaltenden Beiträge im ersten „Hörer“ geradezu minimal.

Die Aufnahme primär unterhaltender Inhalte lässt darauf schließen, dass „Hören und Sehen“ tatsächlich kein Alternativ-, sondern ein Konkurrenzblatt zu den bestehenden Rundfunk-Programmzeitschriften darstellen sollte. Gleichzeitig stand ein solch umfangreicher Unterhaltungsteil im Widerspruch zu Lorenz` Ankündigung, dass eine von ihm konzipierte Zeitschrift „im Bild und in der Sprache das höchste Niveau anstreben“ werde. Vielmehr hat es den Anschein, als ob er in erster Linie „die leichteste Zugänglichkeit für jedermann“ garantieren wollte.

Der Programmteil

Lorenz ließ sich von den Protesten der Fachgruppe Rundfunk-Programmzeitschriften nicht entmutigen. Er versah „Hören und Sehen“ mit einem insgesamt vierzehnteiligen Programmteil, den er in der Mitte des Heftes platzierte, und kopierte damit die äußere Form der Programmdarstellung in der „Hör zu!“: Auch dort wurde dem Programm eines jeden Tages ein Platz von zwei Sei-

⁷ Vgl. o. V.: Gespräch mit der Presse: Eine sehr dringende kulturkritische Aufgabe. In: Kirche und Rundfunk, 3. Jg. (1950), Nr. 13, S. 17 f.

ten eingeräumt. Während sich die erste Probenummer des „Hörer“ mit Auszügen aus dem NWDR-Programm begnügte, griff Lorenz die Anregung Küstermeiers auf, das vollständige Programm aller Sender abzdrukken. Aus diesem Grund enthielt „Hören und Sehen“ auch das Programm ausländischer Rundfunksender wie AFN, BFN und Radio Luxemburg. Um die Kosten für das Probeexemplar so gering wie möglich zu halten, stellte Lorenz das Programm nur für Sonntag, den 18. Februar, zusammen.⁸ Dieses wurde dann insgesamt sieben Mal abgedruckt.

Durch die Herausgabe einer sendereigenen Programmzeitschrift entschied sich der NWDR dafür, selbst die „Mittlerrolle zwischen den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und ihrem Publikum“ auszuüben.⁹ Der Sender nahm damit von der bisherigen Praxis Abschied, die Programmankündigungen ausschließlich den privaten Verlegern zu überlassen. Für diese besaß der Programmteil vor allem „eine Wertigkeit als Faktor in der Erfolgsrechnung“,¹⁰ um einen hohen Absatz ihrer Zeitschriften zu erreichen. Für den NWDR indes hatte der Abdruck des Programms, das „Skelett einer jeden Funkzeitung“,¹¹ darüber hinaus einen Eigenwert. Da Programminformationen „zwar nicht Werbung im engeren Sinne [sind], aber doch werbeähnliche Funktionen“ haben,¹² ist davon auszugehen, dass sich die Verantwortlichen des NWDR von einer optimalen Darstellung des eigenen Programms zugleich eine Vergrößerung der Hörerzahlen versprochen hatten.

Dementsprechend lag es nah, dass Lorenz – im Vergleich zur „Hör zu!“ – dem Programm des NWDR deutlich mehr Platz zur Verfügung stellen würde als dem der anderen Sendeanstalten. Dies war jedoch nicht der Fall, im Gegenteil: „Hören und Sehen“ räumte dem Abdruck des NWDR-

⁸ Vgl. Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Lovis H. Lorenz an Emil Dovifat: Anmerkungen zu der Probenummer „HÖREN und SEHEN“, 19.2.1951.

⁹ Duske/Neveling: Programminformation, S. 250.

¹⁰ Zitiert nach Michael Wolf Thomas: Eine Zeitschrift mit Programm. „HÖR ZU“. In: Ders. (Hrsg.): Porträts der deutschen Presse. Politik und Profit. Berlin 1980, S. 203.

¹¹ o. V.: Rundfunkmoniteur? In: Kölner Stadtanzeiger, 24.2.1951.

¹² Wolfgang Hoffmann-Riem: Programmzeitschriften als Gatekeeper der Programmrezeption – Einführende Bemerkungen zum Symposium. In: Hermann Dieter Schröder (Hrsg.): Programminformationen in Printmedien (Symposien des Hans-Bredow-Instituts, Bd. 8). Baden-Baden 1988, S. 14.

Mittelwellen- und Ultrakurzwellenprogramms zwei Drittel einer Seite ein, wohingegen Springers Blatt dem Programm der größten deutschen Rundfunkanstalt eine ganze Seite zur Verfügung stellte. Zwar präsentierte Lorenz das Kernstück des NWDR-Programms, das Abendprogramm nach 20 Uhr, in einem separaten, optisch ansprechenden Kasten. Doch auch damit imitierte er lediglich die gestalterischen Vorgaben Eduard Rheins. Lorenz wurde mit der Probenummer von „Hören und Sehen“ einer seiner beiden zuvor formulierten Hauptaufgaben nicht gerecht: der Gewährleistung, dass dem Programmteil, zumindest dem des NWDR, „eine neue und gegenüber den bestehenden Rundfunkblättern bessere Form“ gegeben würde.¹³

Laut Dagmar Duske und Ulrich Neveling lässt sich das Verhältnis der Rundfunkanstalten zur Presse „wohl am zutreffendsten mit dem einer Nährmutter zu ihrem Zögling vergleichen, der zwar von anderen Eltern ist, dem sie aber ihr spezifisches Produkt reichlich zukommen lässt – und das gar kostenlos.“¹⁴ Damit ist gemeint, dass die Rundfunkanstalten mit ihrem speziellen Produkt – in diesem Fall dem vorab zur Verfügung gestellten Programm – das Überleben der eigentlich rundfunkfremden, zum Pressewesen zugehörigen Programmzeitschriften garantieren. Ausgehend von dieser These lässt sich nachvollziehen, warum die privaten Verleger sich so vehement gegen die Herausgabe einer Zeitschrift im Stile von „Hören und Sehen“ wandten. Sie hatten zu befürchten, dass ihre „Nährmutter“, also der NWDR, ihr eigenes „Kind“, eine sendereigene Programmzeitschrift, bevorzugen und ihn mit ihrem Produkt besser versorgen würde als die anderen Programmzeitschriften. Falls dieser Fall eingetreten wäre, so hätte die Etablierung eines sendereigenen Publikationsorgans mit einem ausführlichen Programmteil aller Sendeanstalten die Verdrängung privater Konkurrenten und die Gefährdung des Wettbewerbsbestands zur Folge haben können.

Der Anzeigenteil

Vor allem die Entscheidung von Lorenz, knapp ein Viertel des Umfangs von „Hören und Sehen“ dem Anzeigenteil zur Verfügung zu stellen, wurde von Verlegerseite heftig kritisiert. Lorenz sah elf von 48 Seiten für Werbeinserate vor, gegen-

¹³ Vgl. Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Lovis H. Lorenz an Emil Dovifat: Anmerkungen zu der Probenummer „HÖREN und SEHEN“, 19.2.1951.

¹⁴ Duske/Neveling: Programminformation, S. 246.

über der ersten Probenummer des „Hörer“ erhöhte sich die Anzahl der Anzeigen um drei auf insgesamt 24. Von diesen wies keine einzige einen Bezug zum Rundfunk auf. Stattdessen waren überwiegend Werbeinserate für Kosmetikartikel, Alkohol, Tabakwaren und Süßigkeiten abgedruckt. Dies entsprach den Anzeigenteilen der bestehenden Illustrierten, wie eine Untersuchung aus dem Jahre 1950 zeigt.¹⁵ Damit präsentierte Lorenz „Hören und Sehen“ als idealen Werbeträger für Jung und Alt, für Frau und Mann. Zugleich entsprach diese Auswahl der Werbeanzeigen seinem eigenen Anspruch, eine Familienillustrierte zu entwickeln. Überdies konnte er durch den Abdruck dieser vom Magazin „Der Spiegel“ als „Scheininserate“ kritisierten Werbeanzeigen den Mitgliedern des Verwaltungsrats,¹⁶ die über „Hören und Sehen“ zu urteilen hatten, suggerieren, dass eine sendereigene Zeitschrift in diesem Stil attraktiv für Werbekunden sein würde.

Mit der Ausrichtung als Familienillustrierte konnte sich „Hören und Sehen“ nicht signifikant von bestehenden Programmzeitschriften abgrenzen. Insbesondere zu Springers „Hör zu!“ wies das von Lorenz erarbeitete Probeexemplar deutliche Parallelen auf: In der Frage des Formats, des Anzeigenteils, des Titelbildes, der Platzierung und Darstellung des Programmteils, des Anteils unterhaltender Beiträge sowie des Verhältnisses von Text und Bild orientierte sich das sendereigene Publikationsorgan sehr stark an Springers Erfolgsblatt. Die „Schaffung einer neuartigen und unverwechselbaren Gestaltung der Zeitschrift“, die sich Lorenz zur Aufgabe gesetzt hatte, gelang ihm mit „Hören und Sehen“ nicht. Lediglich die auf den Rundfunk bezogenen Beiträge, die der Darlegung und Rechtfertigung der Sichtweise des NWDR dienten, geben einen Hinweis darauf, dass es sich um ein sendereigenes Organ handelte.

Exkurs: Verbündete in der ARD?

Die Debatte um eine rundfunkeigene Programmzeitschrift wurde auch in der „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschlands“ (ARD) wahrgenommen. Auf einer Tagung der ARD in

¹⁵ Vgl. Günter Graf: Die illustrierten Zeitschriften. In: Walter Hagemann: Die deutsche Zeitschrift 1949/50. Untersuchung von Form und Inhalt. Münster 1950, S. 186. In den illustrierten Zeitschriften nahm die Werbung für Kosmetikartikel quantitativ den größten Raum ein (33%), gefolgt von der Zigarettenwerbung (20%) und der Werbung für alkoholische Getränke (12%).

¹⁶ o. V.: Mit dem Geld der Hörer. In: Der Spiegel, 5. Jg. (1951), Nr. 9, S. 37.

München referierte Grimme Ende September 1950 über die Vorarbeiten des NWDR bezüglich der Herausgabe eines eigenen Publikationsorgans. Er regte „im Interesse des gesamtdeutschen Rundfunks“ eine gemeinsame Zeitschrift aller öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten an.¹⁷ Dieser Vorschlag wurde von den Intendanten der ARD eingehend erörtert, wobei die Ausrichtung des Projekts offen blieb. Jedenfalls kamen die Intendanten zu der Übereinkunft, „dass eine besondere Neigung zur Herausgabe einer gemeinsamen Zeitschrift“ nicht bestehe.¹⁸ Jedoch sei es zu überlegen, „auf die bereits bestehenden Rundfunkzeitschriften über die einzelnen Zeitschriftenverbände einzuwirken, wertvolle Sendungen, Vorträge etc., bevorzugt abzudrucken.“

Auch wenn die Intendanten den Plan Grimmes mehrheitlich ablehnten, so lässt sich anhand dieser Stellungnahme doch erahnen, dass auch die anderen Sendeanstalten der ARD mit den bestehenden Rundfunkzeitschriften nicht zufrieden waren. Dafür spricht auch ihre Auffassung, dass „die vorläufige Ablehnung nicht endgültig zu sein“ brauche.¹⁹ Vielmehr hielten sie das Projekt einer gemeinsamen Zeitschrift der westdeutschen Rundfunkanstalten für ein Problem, „das wichtig genug sei, um es künftig noch eingehender zu besprechen“.

Auch in den darauf folgenden Monaten gelangten die Intendanten der ARD zunächst nicht zu einer einheitlichen Positionierung in der Frage einer rundfunkeigenen Zeitschrift. Im Dezember 1950 berichtete Grimme den Mitgliedern des NWDR-Hauptausschusses, dass sich die ARD nun darin einig sei, dass „gegen die dauernden Angriffe in der Presse“ ein Gegengewicht in Form einer eigenen Zeitschrift geschaffen werden müsse.²⁰ Die im NWDR zuvor vielfach geäußerte Kritik an den bestehenden Rundfunkzeitschriften, insbesondere an der „Hör zu!“, wurde anscheinend von den anderen Rundfunkanstalten der ARD geteilt. Da die Veröffentlichung eines eigenen Publikationsorgans aber nur dem NWDR satzungsgemäß erlaubt sei, sollte dieser nach Ansicht der ARD alleine als Herausgeber fungieren, wobei die

¹⁷ NDR-Gremienbüro. Ordner Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates. 29. Sitzung, 23./24.9.1950, S. 8.

¹⁸ DRA Frankfurt, A 06, 0-8241. Auszüge aus dem Protokoll der Intendantenkonferenz. München, 29./30.9.1950.

¹⁹ DRA Frankfurt, A 06, 0-8241. An Müller für SDR-Intendant, 29./30.9.1950.

²⁰ NDR-Gremienbüro. Ordner: Protokolle der Sitzungen des Hauptausschusses. 14. Sitzung, 16.12.1950, S. 12.

Zeitschrift „auch von den anderen Intendanten mit ihrem Namen gezeichnet werden“ solle. Damit wäre das Blatt formell ein Periodikum des NWDR gewesen, hätte zugleich aber vom Prestige und Renommee sämtlicher deutschen Rundfunkanstalten profitieren können.

Im Februar 1951 setzte Grimme seine Amtskollegen von der ARD darüber in Kenntnis, dass der NWDR nun an der Herausgabe einer Zeitschrift mit Programmteil arbeite.²¹ Wenige Tage vorher hatte bereits Gerhard Eckert den Intendanten des Bayerischen Rundfunks, Rudolf von Scholtz, vom Plan des NWDR unterrichtet. Im Namen der Fachgruppe Rundfunk-Programmzeitschriften bat er den damaligen Vorsitzenden der ARD darum, dass er „unmissverständlich zum Ausdruck brächte“,²² dass die Gründung oder Unterstützung einer NWDR-eigenen Programmzeitschrift von Seiten der ARD nicht beabsichtigt sei. Anderenfalls sei ein „folgschwerer Bruch“ zwischen den Sendern und der Programmpresse kaum zu vermeiden. Wie zuvor dem NWDR so drohten die privaten Verleger auch der ARD ernsthafte Konsequenzen für den Fall des Erscheinens einer rundfunkeigenen Programmzeitschrift an.

Anfang März 1951 gelangten die Intendanten der ARD – mit Ausnahme Grimmes – schlussendlich zu einer einmütigen Haltung in der Frage der Herausgabe einer rundfunkeigenen Zeitschrift. Dabei zeigte sich, dass der Druck der Verleger nicht folgenlos geblieben war. Obgleich sich im Dezember noch eine Mehrheit für ein derartiges Publikationsorgan ausgesprochen hatte, lehnten die Intendanten der westdeutschen Sendeanstalten, allen voran Rudolf von Scholtz, nun eine rundfunkeigene Programmzeitschrift ab. Der NWDR konnte daher nicht länger mit der Solidarität und der Unterstützung der anderen Sender rechnen.

Die Reaktionen auf die dritte Probenummer

Obwohl die Probenummer von „Hören und Sehen“ nur im kleinsten Führungskreis des NWDR zirkulieren sollte, muss zumindest ein Exemplar in die Hände der privaten Verleger gelangt sein, denn die Tagespresse berichtete detailliert über „Hören und Sehen“.²³ Die privaten Verleger

²¹ Vgl. DRA Frankfurt, A 06, 0-8241. Int. u. Grem.-Vorsitzende. München, 3.2.1951.

²² DRA Frankfurt, A 06, 0-8241. Schreiben von Gerhard Eckert an Rudolf von Scholtz, 29.1.1951.

²³ Vgl. Georg Alexander Tichatschek: Proteste gegen „Hören und Sehen“ mehren sich. In: Die Neue Zeitung, 23.2.1951.

wussten, dass sich die Mitglieder des Verwaltungsrats am Wochenende des 24./25. Februar 1951 zu einer abschließenden Sitzung über das Projekt eines sendereigenen Presseorgans versammeln würden. Daher begannen sie am Tag der Fertigstellung der Probenummer damit, den öffentlichen Druck auf den NWDR zu verstärken. Sie initiierten eine massive Pressekampagne gegen den Sender und dessen „Subventionierung einer Hörerzeitschrift mit den Geldern der Hörer“.²⁴ In zahlreichen Tageszeitungen wurde der NWDR in einem „letzten dringenden Appell“ dazu aufgefordert, die bereits getroffenen Vorbereitungen für „Hören und Sehen“ einzustellen. Anderenfalls würde ein „Zustand offenen publizistischen Kampfes“ eintreten.²⁵ Die Verleger machten also ihre Androhungen wahr, ihren Schriftleitungen freie Hand bezüglich einer Kritik am NWDR zu geben.

Doch nicht nur auf diesem Wege versuchten sie, ein rundfunkeigenes Programmblatt zu verhindern. Zugleich baten sie die im Bundestag vertretenen Parteien, sich für ihre Belange einzusetzen. In einer Eingabe forderten sie die Mitglieder des Ausschusses für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films dazu auf, „unmittelbar oder auf dem Wege der Länder auf den NWDR einzuwirken, die Herausgabe einer sendereigenen Rundfunk-Programm-Zeitschrift zu unterlassen.“²⁶ Obwohl sich der Parlamentsausschuss in dieser Angelegenheit daraufhin nicht offiziell zu Wort meldete,²⁷ ist die Petition des Zeitschriftenverleger-Verbands letztlich nicht erfolglos geblieben – zumindest kann dies aus einer Stellungnahme des Parteivorstands der CDU geschlossen werden. Obgleich Emil Dovifat, immerhin selbst Unionsmitglied, als Vorsitzender des Verwaltungsrats eine der treibenden Kräfte der sendereigenen Zeitschrift war, kritisierte seine eigene

²⁴ o. V.: Plan einer eigenen Rundfunk-Zeitschrift des NWDR erregt weithin Beunruhigung. In: Die Neue Zeitung, 20.2.1951.

²⁵ o. V.: Scharfe Attacke gegen Rundfunksender. In: Norddeutsche Zeitung, 21.2.1951.

²⁶ Zitiert nach: o. V.: Lästige Kritik. In: Hör zu!, 6. Jg. (1951), Nr. 10, S. 2.

²⁷ Vgl.: Archiv des Deutschen Bundestags in Bonn. Ordner: 1. Bundestag. (34.) Ausschuss für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films, Protokolle 1. – 77. Sitzung, Unterausschüsse, 1949 – 53. Kurzprotokoll der 31. Sitzung, 9.3.1951. Zwar wurde die „Petition des Zeitschriftenverleger-Verbandes wegen der beabsichtigten Rundfunkzeitschrift des NWDR“ auf die Tagesordnung gesetzt, jedoch wurde die Beratung ergebnislos zurückgestellt.

Parteispitze eine solches Publikationsorgan als „Seitensprung aus dem Äther in die publizistische Ebene“.

Es wurde zudem gemutmaßt, dass der NWDR dieses Blatt „in den Dienst der Einseitigkeit“ stellen wolle.²⁸ Zuvor hatten sich bereits Vertreter der Deutschen Partei (DP) gegen den Plan des NWDR ausgesprochen und eine Anfrage an die Regierung in dieser Angelegenheit angekündigt.²⁹ Berücksichtigt man, dass auch Teile der SPD – so etwa der Hamburger Bürgermeister Max Brauer, zugleich Mitglied des NWDR-Hauptausschusses – Bedenken gegen die Herausgabe einer sendereigenen Programmzeitschrift äußerten,³⁰ so sah sich der NWDR einer breiten ablehnenden Haltung der politischen Parteien gegenüber.

Neben diesen Vorstößen der privaten Verleger gab es weitere Bemühungen unterschiedlicher Gruppierungen, über eine direkte Kontaktaufnahme mit dem Sender eine Einstellung der Zeitschriftenpläne zu erwirken. So richtete etwa der Nordwestdeutsche Journalistenverband ein Schreiben an Dovifat. Unterzeichnet von den Chefredakteuren verschiedener Rundfunkzeitschriften, so etwa von Eduard Rhein und Kurt Wagenführ, wurde darin angemahnt, dass ein sendereigenes Programmblatt „die schwererrungene Unabhängigkeit der Journalisten“ gefährde.³¹

Den Protestbriefen der unterschiedlichen Verbände und Interessengruppen, die unmittelbar vor der entscheidenden Verwaltungsratssitzung beim NWDR eingingen, lagen teilweise voneinander abweichende Argumentationsmuster zugrunde. Jedoch einte sie die gleiche Zielsetzung: Sie wollten „mit schwerem Gewicht“ zu der bevorstehenden Entscheidung im Verwaltungsrat beitragen.³²

²⁸ StA HH, NDR, 621-1, 649. „Auf dass ihm ‚Hören und Sehen‘ vergeht ...“. CDU-Parteivorstand gegen NWDR-Verwaltungsrat Prof. Dovifat (CDU). Zitiert nach: Der parlamentarische Pressedienst (SPD), 24.2.1951.

²⁹ Vgl. W. F. R.: Öffentliche Meinung und Kritik. In: Die Welt, 23.2.1951.

³⁰ Vgl. StA HH, NDR, 621-1, 649. Schreiben von Max Brauer an Adolf Grimme, 6.2.1951.

³¹ StA HH, NDR, 621-1, 649. Schreiben des Nordwestdeutschen Journalistenverbandes an Emil Dovifat, 23.2.1951.

³² StA HH, NDR, 621-1, 649. Schreiben des Nordwestdeutschen Zeitungsverlegervereins an Emil Dovifat, 22.2.1951. Außerdem forderten der Verband Deutscher Buch-, Zeitungs- und Zeitschriften-Grossisten, der Verband des werbenden Buch- und Zeitschriftenhandels sowie der Verband Westdeutscher Buch- und

Von besonderer „Schwere“ dürfte für Emil Dovifat ein regelrechtes Erpresserschreiben eines gewissen Peter Leinen gewesen sein, hinter dem er „die Kräfte gewisser großkapitalistischer Zeitschriftenverleger“ vermutete.³³ Der Schreiber drohte, mit Informationen aus Dovifats publizistischer Tätigkeit im „Dritten Reich“ an die Öffentlichkeit zu gehen: „Wenn Sie nicht von dieser Propagierung amtlicher Presseorgane vollkommen abrücken, werde ich genötigt sein, meine Archivsammlung ‚Dovifat aus der ‚Deutschen Presse‘ aus Vorträgen vor Jungschriftleitern‘, denen sie den Führer warm ans Herz legten, und anderes mehr der Öffentlichkeit zu geben. [...] Ich glaube kaum, dass ein Adenauer oder Grimme [dann] noch die Hand über sie halten wird. Ob dies der Fall sein wird, liegt ausschliesslich bei Ihnen.“³⁴

Die Haltung des Verwaltungsrats

Am 24./25. Februar 1951 traf sich der Verwaltungsrat, um über „Hören und Sehen“ zu urteilen. Die Mitglieder waren einhellig der Ansicht, dass dies keine Probenummer sei, „die den besonderen Aufgaben des NWDR in der gewünschten Form Ausdruck gebe.“³⁵ Auch Grimme und Dovifat waren beide der Meinung, dass die Arbeit von Lorenz nicht den Absichten des Verwaltungsrats entspräche. Überdies wurde die Frage der Form der Rundfunkzeitschrift, „ob mit oder ohne Programm oder nur mit NWDR-Programm“, wieder neu diskutiert, ohne dass die Mitglieder zu einer Einigung gelangen konnten. Damit waren die Verantwortlichen des Senders am Anfang aller Überlegungen angelangt, die Form jeder der drei realisierten Probenummern stand wieder zur Debatte.

Auf die Eingabe des VDZ an den Bundestagsausschuss für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films reagierte der Verwaltungsrat des NWDR mit einer ausführlichen Stellungnahme.³⁶

Zeitschriftenhändler den Verwaltungsrat dazu auf, die Zeitschriftenpläne zu überdenken.

³³ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Emil Dovifat an Eduard Hemmerle, 5.3.1951.

³⁴ Ebd. Schreiben von Peter Leinen an Emil Dovifat, 21.2.1951.

³⁵ NDR-Gremienbüro. Ordner: Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates. 35. Sitzung, 24./25.2.1951, S. 8.

³⁶ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Stellungnahme des NWDR zur Eingabe des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger e.V. an den Bundestagsausschuss für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films, 26.2.1951.

Darin wurden die Argumente der privaten Verleger als haltlos zurückgewiesen. Es könne keine Rede davon sein, dass eine sendereigene Rundfunkzeitschrift der Ausschaltung der Kritik dienen solle. Stattdessen würde der NWDR damit dem Wunsch der Hörer „nach einer echten Funkzeitschrift, die umfassend über den Rundfunk und sein Programm unterrichtet und die billiger sein kann, weil der rundfunkfremde Stoff wegfällt“, Folge leisten. Zwei Aspekte ließ der Verwaltungsrat dabei unerwähnt. Zum einen, dass die Konzeption von „Hören und Sehen“ bewusst einen großen Anteil unterhaltender, also rundfunkfremder Elemente beinhaltete. Zum anderen, dass eine sendereigene Programmzeitschrift nicht wegen des Verzichts auf rundfunkfremde Beiträge billiger sein konnte, sondern weil es sich der NWDR aufgrund der Einnahmen durch die Rundfunkgebühren leisten konnte, eine Zeitschrift ohne Gewinnabsichten herauszugeben.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates betonten, dass der Sender an eine Zeitschrift ohne „Fortsetzungsromane, Mode- und Hausfrauenseiten, Witzecken, Quiz- und Rätselseiten“ denke. In einem offiziellen Kommuniqué bekräftigten sie nochmals, dass Planungen vorgenommen wurden, „dem Hörer eine rundfunkeigene Zeitschrift zu bieten, die ohne alle rundfunkfremden Beigaben nur der Deutung und Ergänzung des NWDR-Programms“ diene.³⁷ Dass diese Aussage nicht in Einklang mit der Probenummer von „Hören und Sehen“ zu bringen war, ist offensichtlich. Eine solche Vorgabe falscher Tatsachen ist umso bemerkenswerter, da die Mitglieder des Verwaltungsrates wussten, dass die privaten Verleger genaue Kenntnis über die von Lorenz erarbeitete Zeitschrift besaßen. Anstatt sich öffentlich von „Hören und Sehen“ zu distanzieren, warf der Verwaltungsrat den Zeitschriftenverlegern vor, die Absichten des NWDR zu missverstehen und „unzutreffend“ darzustellen.³⁸

Die Quellen geben keine genaue Auskunft darüber, warum „Hören und Sehen“ schließlich übereinstimmend abgelehnt wurde. Allenfalls der Verweis auf eine Zeitschrift ohne rundfunkfremde Beiträge lässt den Rückschluss zu, dass die von Lorenz erarbeitete Probenummer den Mitgliedern des Verwaltungsrates dann doch zu sehr den auf Publikumswirksamkeit bedachten Zeitschriften

³⁷ NDR-Gremienbüro. Ordner: Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates. 35. Sitzung, 24./25.2.1951, S. 3.

³⁸ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Stellungnahme des NWDR zur Eingabe des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger e.V. an den Bundestagsausschuss für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films, S. 6.

der privaten Verleger ähnelte. Jedoch bedeutete die Ablehnung von „Hören und Sehen“ nicht die Aufgabe der Zeitschriftenpläne. Vielmehr bekräftigte der Verwaltungsrat, dass Grimme die Herausgabe eines sendereigenen Presseorgans „mit allem Nachdruck“ weiter verfolgen solle.³⁹ Gleichzeitig warnten aber auch einige Mitglieder vor einem „Kampf“ mit den privaten Verlegern. Ein solcher solle unter allen Umständen vermieden werden, „weil sowohl die Presse wie die grossen Parteien im Bundestag zur Zeit gegen den NWDR“ stünden. Stattdessen solle geprüft werden, ob die Wünsche der Hörer nach „Deutung und Ergänzung des NWDR-Programms“ nicht auch aufgrund der „neuerdings gemachten Angebote der Rundfunkpresse verwirklicht werden“ könnten. Damit nahm der Verwaltungsrat unter anderem auf ein Schreiben von Axel Springer Bezug, in dem dieser darlegte, dass die bestehenden Rundfunkzeitschriften eine engere Kooperation mit dem NWDR begrüßen würden. Zugleich würden die privaten Verleger jederzeit „den Sendern Raum zur Veröffentlichung und auch ihre Spalten zur Entgegnung auf Kritik“ anbieten.⁴⁰ Es deutete sich also ein Kompromiss mit der Fachgruppe Rundfunk-Programmzeitschriften an.

Die „Friedenskonferenz“ mit den privaten Verlegern

Die Fachgruppe-Rundfunkprogrammzeitschriften erblickte in der Ankündigung des Verwaltungsrates, die „neuerdings gemachten Angebote“ der Verleger prüfen zu wollen, einen „gangbaren Weg zu einer Annäherung der Auffassungen“.⁴¹ Daher empfahl die Fachgruppe ihren Mitgliedern, alle Beiträge zurückzustellen, in denen der NWDR kritisiert wurde, um eine Zuspitzung der Situation zu verhindern. Bereits zuvor hatte Axel Springer auf Eduard Rhein eingewirkt, eine Reihe von Artikeln, die dieser in der „Hör zu!“ veröffentlichten wollte, vorerst nicht abzudrucken.⁴²

Obwohl die Verleger darüber ungehalten waren, dass der NWDR den Plan einer sendereigenen

³⁹ NDR-Gremienbüro. Ordner: Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates. 35. Sitzung, 24./25.2.1951, S. 3.

⁴⁰ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Axel Springer an Emil Dovifat, 9.2.1951.

⁴¹ StA HH, NDR, 621-1, 649. Schreiben von Streitberger an den Verwaltungsrat des NWDR, 27.2.1951.

⁴² NDR-Gremienbüro. Ordner: Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates. 34. Sitzung, 27./28.1.1951, S. 2. Diese Angaben lassen sich durch eine Betrachtung der Leitartikel der „Hör zu!“ ab der Nummer 4/1951 verifizieren.

Funkzeitschrift weiter aufrechterhielt, favorisierten sie nun diese auf eine Deeskalation abzielende Strategie.



Hanns Ruppertsberg

Währenddessen traf die Generaldirektion Vorkehrungen für ein Treffen mit den Vertretern der Rundfunkzeitschriften. In Absprache mit Hanns Ruppertsberg, dem Pressechef des NWDR, wurden verschiedene Forderungen formuliert, die an die bestehenden Programmzeitschriften erhoben werden sollten. So sollten diese den unveränderten Abdruck des gesamten Programms, wichtiger Programmhinweise sowie von „Hörerbriefen gemäss dem Eingang bei der Rundfunkanstalt“ garantieren.⁴³ Überdies müsse dem Sender ein Raum für rundfunkeigene Stellungnahmen und Erklärungen zur Verfügung gestellt werden. Bei kritisch formulierten Veröffentlichungen solle gewährleistet werden, „dass noch in der gleichen Ausgabe die Argumentation des NWDR Berücksichtigung findet.“⁴⁴ Generell müsse von allen Rundfunkjournalisten eine „loyale Grundhaltung gegenüber dem NWDR“ gefordert werden, wobei dies nicht ausschließen sollte, dass die Sendungen

⁴³ StA HH, NDR, 621-1, 1302. Protokoll der Chefbesprechung, 1.3.1951.

⁴⁴ StA HH, NDR, 621-1, 649. Wünsche des NWDR an die Programmzeitschriften, o. D.

des NWDR und das Verhalten seiner Aufsichtsorgane auch kritisch bewertet werden würden. Jedoch dürften die bestehenden Programmzeitschriften nicht eine „Misstrauenssphäre“ durch die „Häufung von hämischen, glossierenden und attackierenden Formulierungen“ schaffen.

Am 17. März 1951 versammelten sich die Vertreter des NWDR und der Fachgruppe Rundfunk-Programmzeitschriften, um sich in der Frage eines sendereigenen Programmblattes auszutauschen. Den Vorsitz der Besprechungen führte Fritz Sänger. Als Mitglied des Hauptausschusses des NWDR sowie als Vorsitzender der Deutschen Presse Agentur (dpa) und des Nordwestdeutschen Journalistenverbandes waren ihm beide Positionen bezüglich der Zeitschriftenpläne vertraut. Daher bürgte seine Nominierung als Vorsitzender der als „Friedenskonferenz“ titulierten Zusammenkunft für eine gewisse Neutralität.⁴⁵

Wie nicht anders zu erwarten, stand die Entscheidung des NWDR für eine sendereigene Zeitschrift mit dem Abdruck des Programms aller Rundfunkanstalten im Mittelpunkt der Diskussion. Eckert fasste die Haltung der Verleger der Programmzeitschriften zu Beginn der Besprechungen zusammen: Sie würden nicht daran zweifeln, dass sich ein solches Blatt rentieren würde. Allerdings habe das „Infiltrieren der neuen Zeitschrift“ zwangsläufig einen Aufschwund bei den bestehenden Programmzeitschriften zur Folge.⁴⁶ Damit würde diesen die wirtschaftliche Grundlage entzogen werden, was unausweichlich zu einer Beeinträchtigung der freien Kritik am Rundfunk führe. Daher forderte er die Verantwortlichen des NWDR abermals dazu auf, den Plan eines rundfunkeigenen Presseorgans mit Programmteil aufzugeben. Einer NWDR-Zeitschrift im Stile der „Nordwestdeutschen Hefte“ würden die privaten Verleger hingegen jede erdenkliche Unterstützung zuteil werden lassen.

Die Vertreter des NWDR begründeten im Verlauf der Diskussion die Herausgabe einer eigenen Programmzeitschrift in erster Linie mit dem Argument, dass die bestehenden Blätter das Programm des Senders nur unvollständig abdrucken würden. Als Beispiel führte Werner Pleister, der spätere Intendant des NWDR-Fernsehens, die Handhabung in der „Hör zu!“ an. Diese habe in der Weihnachtswoche des Jahres 1950 insgesamt 50 Sendungen des NWDR nicht angekündigt.⁴⁷

⁴⁵ StA HH, NDR, 621-1, 1482. Entwurf des Protokolls der Besprechungen vom 17.3.1951 über rundfunkeigene Zeitschrift.

⁴⁶ Ebd., S. 2.

⁴⁷ Ebd., S. 5.

Da dies aber die „ernsthafte Basis“ der Arbeit der Rundfunkanstalt beeinträchtigt und gefährdet,⁴⁸ müsse von Seiten der privaten Verleger der vollständige und unredigierte Abdruck des Programms garantiert werden. Erst dann könne der Sender womöglich von der Herausgabe einer eigenen Programmzeitschrift absehen.

Der Verweis auf den mangelhaften Abdruck des Programms in den bestehenden Rundfunkzeitschriften wurde in dieser Form erstmalig als zentrales Motiv für die Pläne des NWDR angeführt. In einem internen Papier, das nach der Fertigstellung von „Hören und Sehen“ erarbeitet wurde und die Argumente für die Begründung für ein sendereigenes Organ zusammenfasste,⁴⁹ taucht dieses Motiv nicht auf. Nicht zum ersten Mal weist das auf eine Diskrepanz zwischen interner und externer Kommunikation hin. Je nach Situation und Adressat bediente sich der NWDR teilweise unterschiedlicher Argumente, um die Herausgabe eines eigenen Rundfunkblattes zu untermauern.

Im weiteren Verlauf der Debatte signalisierten die privaten Verleger – wie von der Generaldirektion gefordert – ihre grundsätzliche Bereitschaft, das Programm des NWDR so vollständig wie möglich abzudrucken und auch auf die bereits zuvor dargelegten weiteren Forderungen des NWDR einzugehen.

Damit war eine „Kompromiß-Lösung“ in greifbarer Nähe.⁵⁰ Ausgehend von dem Vorschlag Springers: „Der Rundfunk tut etwas für seine Rundfunkpresse, und die Rundfunkpresse tut etwas für den NWDR“, bewegten sich auch die Verantwortlichen des NWDR auf die privaten Verleger zu. So gestanden sie diesen ausdrücklich das Recht auf kritische Kommentierungen zu. Überdies erklärten sie sich bereit, ebenfalls einen Beitrag zu einer vertrauensvolleren Zusammenarbeit mit den Programmzeitschriften leisten zu wollen.

Von entscheidender Relevanz dürfte für die privaten Verleger aber das Zugeständnis gewesen sein, die Herausgabe einer sendereigenen Zeitschrift „im Augenblick aus Gründen der Papierknappheit“ nicht weiter verfolgen zu wollen. Jedoch implizierte dies keinen vollständigen Verzicht auf ein eigenes Presseorgan. Vielmehr sollte die Herausgabe „gegebenenfalls im beiderseitigen Einvernehmen weiter diskutiert werden“, wobei nicht konkretisiert wurde, was „gegebenenfalls“ zu bedeuten hatte. Eine endgültige Klärung der Frage, ob der NWDR nun eine sendereigene Zeitschrift veröffentlichen würde oder nicht, konnte auch dieses Schlichtungsgespräch zwischen der Fachgruppe Rundfunk-Programmzeitschriften und dem NWDR folglich nicht herbeiführen.

⁴⁸ Ebd., S. 7.

⁴⁹ StA HH, NDR, 621-1, 649. o. V.: Vorlage zur Gründung einer NWDR-eigenen Funkzeitschrift, o. D.

⁵⁰ StA HH, NDR, 621-1, 1482. Entwurf des Protokolls der Besprechungen vom 17.3.1951 über rundfunkeigene Zeitschrift, S. 3.

Das Ende der Zeitschriftenpläne

Bereits wenige Tage nach besagtem Treffen sollten sich alle Bemühungen um eine Beilegung des Konfliktes vorerst als hinfällig erweisen. Es entzündete sich ein Streit an einer Aktennotiz, die die Verleger über die Zusammenkunft mit den Vertretern des NWDR angefertigt hatten und die sie Grimme und Dovifat zukommen ließen. Darin wurde festgehalten, dass der Sender seinen Zeitschriftenplan „jetzt“ fallen lasse.¹ Für die Vertreter des NWDR stand dies im Widerspruch zu der zuvor erzielten Einigung, die Herausgabe eines sendereigenen Organs „im Augenblick“ nicht weiter zu verfolgen. Obgleich es durchaus möglich ist, diese beiden unterschiedlichen Formulierungen miteinander in Einklang zu bringen und darin keinen Widerspruch zu erblicken, entbrannte aufgrund dieses Punktes der Aktennotiz ein Streit, der in einem regen und beharrlichen Briefwechsel der beiden Parteien seinen Ausdruck fand.² Die sich über Wochen hinziehende Formulierungsdebatte lässt darauf schließen, dass das Verhältnis zwischen dem NWDR und der Programm presse trotz der „Friedenskonferenz“ weiterhin von deutlichen Spannungen geprägt war. Darauf weist auch ein Brief Eckerts an seinen einstigen Doktorvater Dovifat hin, in dem von „angeblichen Äußerungen“ Dovifats über Eckert die Rede ist, die das „persönliche Verhältnis“ beeinträchtigen würden.³ Ungeachtet aller Proteste der privaten Verleger bestand der NWDR darauf, dass der umstrittene Punkt der Aktennotiz folgendermaßen geändert würde: „Wegen der gegenwärtigen katastrophalen Papierlage stellt der NWDR seine Zeitschriftenpläne zur Zeit zurück. Er treibt jedoch die Vorbereitungen zur Herausgabe der Zeitschrift inzwischen weiter vor.“⁴

Zum einen ist dieser Vorschlag in sich unschlüssig, zum anderen ignoriert er den auf dem Treffen am 17. März erzielten Kompromiss. Dort bestätigte Pleister im Namen des NWDR ausdrücklich, dass die Zeitschriftenpläne momentan „nicht

weitergetrieben werden“ würden.⁵ Wenn nun davon gesprochen wurde, dass der Sender die Vorbereitungen inzwischen weiter verfolge, so kann dies nichts anderes bedeuten, als dass sich der NWDR nicht länger an die Absprache mit den Vertretern der bestehenden Programmzeitschriften gebunden fühlte.

Rund drei Wochen später sollte sich dies bewahrheiten. Am 9. April 1951 beschloss die Generaldirektion, Lorenz einen Pauschalvertrag rückwirkend zum 1. April für die Dauer eines Jahres anzubieten. Eine seiner Aufgaben bestand darin, sich um die „weitere Vorbereitung der NWDR-Programmzeitschrift“ zu kümmern.⁶ Es wurde also wieder ausdrücklich an ein Organ mit dem Abdruck des Programms gedacht. Am selben Tag informierte Pleister Generaldirektor Grimme über die definitive Zusicherung Axel Springers, das Programm des Senders in der „Hör zu!“ in Zukunft wesentlich ausführlicher zu bringen. Das könne Springer aufgrund der „Verwendung neuer Drucktypen für den Programmabdruck“ nun garantieren.⁷ Berücksichtigt man dieses Zugeständnis des Verlegers der auflagenstärksten Programmzeitschrift, so erscheint das Festhalten Grimmes an der Herausgabe eines Blattes mit Programmteil umso zwiespältiger. Der zuvor erzielte Schulterchluss mit den privaten Verlegern diene allem Anschein nach nur der Verschleierung der wahren Absichten des NWDR – dem Festhalten an der Herausgabe eines eigenen Programmblattes.

Die in der Fachgruppe Rundfunk-Programmzeitschriften zusammengeschlossenen Verleger drängten den NWDR weiter dazu, in der Frage der Herausgabe einer sendereigenen Zeitschrift endlich eine unmissverständliche Position zu beziehen. Sie monierten die „Taktik des Hinauszögerns und der halben Zusagen“ des Senders.⁸ Von verschiedenen Seiten seien sie darüber informiert worden, dass der NWDR entgegen der ursprünglichen Absprache weitere Vorbereitun-

¹ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Punkt 6 der Aktennotiz von Streitberger, 19.3.1951.

² Vgl. Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Das erste Schreiben in dieser Angelegenheit ist auf den 19.3.1951 datiert, das letzte auf den 30.5.1951.

³ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Gerhard Eckert an Emil Dovifat, 11.3.1951.

⁴ StA HH, NDR, 621-1, 1482. Aktennotiz des NWDR betr. Zeitschriftenplan – NWDR. Punkt 6, 17.4.1951.

⁵ StA HH, NDR, 621-1, 1482. Entwurf des Protokolls der Besprechungen vom 17.3.1951 über rundfunkeigene Zeitschrift, S. 10.

⁶ StA HH, NDR, 621-1, 1302. Protokoll der Chefbesprechung, 9.4.1951.

⁷ Ebd.

⁸ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Gerhard Eckert an Emil Dovifat, 25.5.1951.

gen für die Herausgabe einer eigenen Programmzeitschrift treffe.⁹ Da sie jedoch ihrerseits ihre an den Sender gemachten Zugeständnisse erfüllen würden – so würden sie etwa eine „positive Aufklärungsarbeit“ für den NWDR leisten sowie die „loyale Haltung [...] eines Verbündeten“ annehmen¹⁰ – verlangten sie einen endgültigen Verzicht auf eine rundfunkeigene Programmzeitschrift.¹¹

Dieser Forderung kam Grimme Ende Mai 1951 nach. Er beendete die Formulierungsdebatte um den umstrittenen Punkt der Aktennotiz und damit zugleich den Streit mit den privaten Verlegern. Er bestätigte der Fachgruppe Rundfunk-Programmzeitschriften die Richtigkeit ihrer Version, „daß es nicht zutrifft, wenn von weiter voranzutreibenden Vorbereitungen zur Herausgabe einer Rundfunkzeitschrift durch den NWDR gesprochen wurde.“¹² Was zu diesem Einlenken Grimmes geführt hat, ist nicht ersichtlich. Jedoch deutet einiges daraufhin, dass er in erster Linie eine öffentliche Eskalation des Konfliktes vermeiden wollte. Wenige Tage zuvor wurde die Herausgabe einer rundfunkeigenen Zeitschrift des NWDR auch im Bundestag im Rahmen der Debatte um ein neues Bundesrundfunkgesetz kurz angesprochen.¹³ Vertreter von CDU, FDP und DP sprachen sich dabei gegen die Schaffung einer NWDR-eigenen Zeitschrift aus. Davor hatte bereits der Presseausschuss der Hansestadt Hamburg gegen ein derartiges Publikationsorgan Stellung bezogen.¹⁴ Der öffentliche Druck auf die Rundfunkan-

stalt nahm also weiter zu. Nicht zuletzt deshalb dürfte Grimme das Projekt einer sendereigenen Programmzeitschrift offiziell für endgültig beendet erklärt haben.

So mehrdeutig und teilweise widersprüchlich die Verantwortlichen des NWDR die Herausgabe eines rundfunkeigenen Publikationsorgans über Monate hinweg diskutierten und konzipierten, so widersprüchlich erscheint das Ende der Zeitschriftenpläne. Bereits eine Woche nach der von Grimme verkündeten Aufgabe des Projekts zeigte sich, dass die Rundfunkanstalt keineswegs die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift endgültig ad acta gelegt hatte. Vielmehr bereitete Lorenz gemäß den Wünschen des Verwaltungsrates eine weitere Probenummer vor, „ohne dass diese Probenummer jedoch bereits in einem Probedruck festgehalten werden“ sollte.¹⁵ Im Protokoll der 39. Sitzung des Verwaltungsrates vom 23./24. Juni 1951 heißt es, dass er sich noch immer dem Projekt einer sendereigenen Zeitschrift widme.¹⁶ Zudem befasste er sich mit der Sendung einer „gesprochenen Zeitschrift“, die einmal in der Woche ausgestrahlt werden solle.¹⁷ Erst einer Aktennotiz, datiert auf den 3. September 1951, ist zu entnehmen, dass Lorenz sich weiterhin mit der Herausgabe eines sendereigenen Publikationsorgans beschäftigte. Dieses würde bei realistischer Kalkulation aber „von vornherein sich nicht durchsetzen“.¹⁸

⁹ Vgl. Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Gerhard Eckert an Adolf Grimme, 11.4.1951.

¹⁰ Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Schreiben von Gerhard Eckert an Emil Dovifat, 25.5.1951.

¹¹ Ob alle Programmzeitschriften im Sendegebiet des NWDR tatsächlich den Zusagen an die Rundfunkanstalt nachgekommen war, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht verifiziert werden. Zumindest für die „Hör zu!“ lässt sich jedoch konstatieren, dass der Zeitschrift das Bemühen um ein verbessertes Verhältnis zum NWDR anzusehen ist. Vor allem in den Leitartikeln wurde der Sender deutlich weniger kritisiert als in den Wochen zuvor.

¹² StA HH, NDR, 621-1, 1482. Schreiben von Adolf Grimme an die Fachgruppe Rundfunk-Programmzeitschriften, 30.5.1951.

¹³ Vgl. Archiv des Deutschen Bundestags. Ordner: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 1. Wahlperiode 1949, Band 7, Stenographische Berichte 133.–146. Sitzung 1951. Protokoll der 140. Sitzung, 9.5.1951, S. 5564 ff.

¹⁴ Vgl. Georg Alexander Tichatschek: NWDR soll an Radio Bremen 60.000 DM zahlen. In: Die Neue Zeitung, 12.3.1951.

¹⁵ Vgl. Büro Dovifat. Ordner: Zeitschrift. Mitteilung von Friedrich Wenzlau an Emil Dovifat, 7.6.[1951].

¹⁶ NDR-Gremienbüro. Ordner: Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates. 39. Sitzung, 23./24.6.1951, S. 9.

¹⁷ Im Protokoll der 37. Sitzung des Verwaltungsrates vom 29./30.4.1951 wurde festgelegt, dass diese werbende Sendung „in Form einer gesprochenen Zeitschrift“ ab dem 2. Juni jeden Samstag zwischen 18:30 und 20:00 Uhr ausgestrahlt werden sollte. Dabei sollte der Aufbau einer Zeitschrift – inklusive Glosse, Leitartikel, Portrait der Woche und aufgelockerte Werbung für Teile des NWDR-Programms – in der Sendung in großen Zügen erhalten bleiben. Ob eine solche gesprochene Zeitschrift im Programm des NWDR tatsächlich gesendet wurde, ließ sich durch eine Auswertung des Jahrgangs 1951 der "Hör zu!" nicht eindeutig verifizieren. Zumindest für den 2.6.1951 und die darauf folgenden Samstage kann konstatiert werden, dass eine derartige Sendung nichts ausgestrahlt wurde.

¹⁸ StA HH, NDR, 621-1, 1482. o. V.: Aktennotiz, 3.9.1951. Im Sommer 1952 beendete Lovis H. Lorenz, der mittlerweile das Amt des Leiters der Abteilung "public relations" bekleidete, seine Tätigkeit beim NWDR. Am 3. September 1952 veröffentlichte er als

Letztmalig wird die Frage der Herausgabe einer NWDR-eigenen Zeitschrift im September 1951 im Hauptausschuss diskutiert. Dabei kamen die Mitglieder überein, dass der Sender „in Anbetracht der herrschenden Papierknappheit und der Besserung des Verhältnisses zur Presse“ ein solches Publikationsorgan noch zurückhalten solle, wobei der Hauptausschuss dieses Projekt „weiterhin im Auge behalten werde“.¹⁹ Weitere Schritte sind nicht dokumentiert.

Sowohl der Druck der Öffentlichkeit, insbesondere der privaten Verleger, als auch eine verbesserte Zusammenarbeit mit der Rundfunkpresse, wie sie Grimme Ende 1951 ausgemacht hatte,²⁰ haben anscheinend entscheidend dazu beigetragen, dass der NWDR von seiner geplanten „Verflechtungspolitik“ von öffentlich-rechtlich und privatwirtschaftlich organisierten Medien Abstand genommen hat.²¹

Herausgeber die überwiegend im Sendebereich des NWDR verbreitete Rundfunkprogrammzeitschrift "Michel: die ganze weite Welt – erlebt mit Rundfunk und Fernsehen" (Vgl. o. V.: Neue Rundfunkzeitschriften in Vorbereitung. In: Kirche und Rundfunk, 5. Jg. (1952), Nr. 17, S. 5). Schon nach wenigen Nummern musste die Zeitschrift, die als Illustrierte mit Rundfunkprogramm konzipiert war, eingestellt werden, da der Absatz nicht den Erwartungen entsprach (Vgl. o. V.: Neues von den Programmzeitschriften. In: Kirche und Rundfunk, 5. Jg. (1952), Nr. 20, S. 6). Ob Lorenz damit das Konzept von "Hören und sehen" realisiert hatte, konnte nicht überprüft werden, da – trotz intensiver Recherche – kein Exemplar des "Michel" ausfindig gemacht werden konnte.

¹⁹ NDR-Gremienbüro. Ordner: Protokolle der Sitzungen des Hauptausschusses. 17. Sitzung, 15.9.1951, S. 3.

²⁰ Vgl. NDR-Gremienbüro. Ordner: Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates. 41. Sitzung, 13./14.10.1951, S. 2.

²¹ ew: Expansionsdrang eines Monopols. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.2.1951.

Nachspiele

Die ersten Zeitschriftenpläne entwickelten Mitarbeiter des NWDR zu Anfang des Jahres 1946. Das Resultat dieser Überlegungen waren die „Nordwestdeutschen Hefte“. Diese politisch-kulturelle Monatszeitschrift bestand aus dem Abdruck von Sendemanuskripten des NWDR-Programms. Als Herausgeber firmierten Axel Eggebrecht und Peter von Zahn, zwei der renommiertesten Journalisten des Senders.

Während der Besatzungszeit erteilte die britische Militärregierung Presselizenzen nur an Einzelpersonen. Auch für den NWDR machte sie von dieser Regel keine Ausnahme. Daher war der Rundfunksender auf eine Kooperation mit einem privaten Lizenzträger angewiesen. Diese Konstellation von bald öffentlich-rechtlich organisiertem Rundfunk auf der einen und privatem Verleger auf der anderen Seite ist der Grund dafür, warum die „Nordwestdeutschen Hefte“ in formeller Hinsicht nur bedingt als eine „Zeitschrift des Rundfunks“ bezeichnet werden können.

Mit Inkrafttreten der Verordnung 118 der britischen Militärregierung am 1. Januar 1948 war es dem NWDR erlaubt, Publikationen eigenständig herauszugeben. Es zeigte sich schnell, dass der Sender die feste Absicht hatte, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Die Generaldirektion entschied sich bereits vor der Realisierung der ersten Probenummer dafür, eine etwaige sendereigene Zeitschrift in einem ausschließlich für diesen Zweck zu gründenden Verlag zu veröffentlichen. Damit waren die Voraussetzungen für die Herausgabe einer reinen „Zeitschrift des Rundfunks“ geschaffen.

Zugleich bedeutete dieser Entschluss, dass sich erstmals in der Geschichte der jungen Bundesrepublik eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt in Konkurrenz zu den Presseverlegern der Privatwirtschaft begeben und so den bis zu diesem Zeitpunkt unangetasteten „Grundsatz publizistischer Gewaltenteilung zwischen Presse und Rundfunk“ ignoriert hätte. Aus diesem Grund kam ein zeitgenössischer Beobachter zu dem Schluss, dass, sollte der NWDR seine Zeitschriftenpläne nicht aufgeben, „der ganze Fall wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung zweifellos der Aufmerksamkeit der für die Abgrenzung von privater und öffentlicher Wirtschaft und der für die Ordnung des Wettbewerbs zuständigen deutschen Instanzen“ bedürfte.¹

Zwischen April 1950 und Februar 1951 ließ der NWDR drei Probenummern einer sendereigenen Zeitschrift produzieren. Die ersten beiden Probenummern trugen den Titel „Der Hörer“ und bestanden aus dem Abdruck von Sendemanuskripten. Hinsichtlich Layout und Format unterschieden sie sich erheblich voneinander. Von weitaus größerer Relevanz war jedoch ein anderer Aspekt: Im Gegensatz zum ersten „Hörer“ enthielt die zweite Probenummer weder Auszüge des NWDR-Programms noch einen Inseratenteil. Damit verzichtete der Sender auf jegliche Elemente, mit denen er den Missmut der privaten Verleger auf sich hätte ziehen können.

Die dritte Probenummer mit dem Titel „Hören und Sehen“ stellte gegenüber den beiden ersten Ausarbeitungen einen Paradigmenwechsel dar. Der NWDR bereitete nun die Herausgabe einer Zeitschrift mit dem Programm aller Rundfunkanstalten vor, die sich von den bestehenden Programmzeitschriften kaum unterschieden hätte. Mit einem derartigen Publikationsorgan wäre der Sender ganz bewusst in direkte Konkurrenz zur privaten Programmpresse getreten. Dies führte zu einem sich über Wochen hinziehenden Disput mit den in der Fachgruppe Rundfunk-Programmzeitschriften zusammengeschlossenen Verlegern, die durch eine sendereigene Zeitschrift im Stile von „Hören und Sehen“ ihre wirtschaftliche Existenz akut gefährdet sahen. Erst als sich dem Protest der Verleger auch verschiedene Interessenverbände und Vertreter aller Parteien anschlossen und so der öffentliche Druck auf den Sender zunahm, gab der NWDR seine Zeitschriftenpläne auf.

Den verschiedenen Zeitschriftenkonzeptionen lag eine zum Teil voneinander abweichende Motivation zugrunde, was die deutlichen Unterschiede der diversen Exposés und Probenummern erklärt. Doch nicht nur die Motivation der Zeitschriftenpläne, sondern auch die Argumente differierten, mit denen die verschiedenen Konzeptionen gerechtfertigt wurden. So führten die Verantwortlichen des NWDR im internen Kreis andere Argumente für die Herausgabe einer sendereigenen Zeitschrift an als etwa gegenüber den Vertretern der Fachgruppe Rundfunk-Programmzeitschriften.

Die „Möglichkeit anderer Programmzeitschriften“ als die der privaten Verleger ist in den letzten Jahr-

¹ [ew]: Expansionsdrang eines Monopols. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.2.1951.

zehnten wiederholt diskutiert worden.² Anfang der 70er Jahre forderte Herbert Honsowitz, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten „endlich dem britischen Beispiel folgen, Ansätze aus der eigenen Vergangenheit aufgreifen und eine eigene Programmzeitschrift herausgeben“ sollten.³ Ob Honsowitz mit besagten Ansätzen aus der Vergangenheit auf die Zeitschriftenpläne des NWDR Bezug nahm, lässt sich nachträglich nicht verifizieren. Jedoch ist es denkbar, dass die Herausgabe einer rundfunkeigenen Programmzeitschrift mehr als ein bloßes „Gerücht“ geworden wäre,⁴ wenn die Sender genaue Kenntnis von den Vorhaben des NWDR, insbesondere von der Probenummer „Hören und Sehen“, besessen hätten.

Die durch britische Vorbilder inspirierte Klausel, die dem NWDR die Herausgabe sendereigener Publikationen erlaubte, ist mit dem Außerkrafttreten der Satzung des NWDR ersatzlos weggefallen. Weder für den NDR noch für den WDR, die an die Stelle des NWDR getreten sind, wurde eine entsprechende Bestimmung geschaffen. Damit gab es nach 1955 keine explizite normative Grundlage für eine Programmpresse durch Programmanbieter.

In den 80er Jahren wurde im Zuge der Diskussion um die „Möglichkeiten und Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten“ auch die Frage einer rundfunkeigenen Programmpresse erörtert. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere die Rechtmäßigkeit der Herausgabe einer Programmzeitschrift der Sender kontrovers diskutiert. Paragraph 3 Absatz 7 des am 23. März 1985 in Kraft getretenen WDR-Gesetzes verschärfte diese Debatte.

In dieser noch heute gültigen Vorschrift heißt es: „Der WDR kann Druckwerke mit vorwiegend programmbezogenem Inhalt veröffentlichen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist.“⁵ Die Rechtmäßigkeit dieser Bestimmung bestätigte das 6. Rundfunkurteil des Bundesverfassungsgerichts 1991.⁶ Damit war die Debatte über die Möglichkeit der Herausgabe einer rundfunkeigenen Programmpresse, die in der Bundesrepublik erstmals im Rahmen der Diskussion um die Probenummer „Hören und Sehen“ angestoßen wurde, zugunsten der Sender entschieden.

Die Diskussion über die Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit einer durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten herausgegebenen Programmzeitschrift blieb eine langjährige Streitfrage. In diesem Zusammenhang sind die Zeitschriftenpläne des NWDR zu Beginn der 50er Jahre von besonderem rundfunkhistorischem Interesse, da sich bei einer Realisierung und erfolgreichen Etablierung einer Zeitschrift im Stile der Probenummer „Hören und Sehen“ diese Frage vermutlich nicht länger gestellt hätte. Darüber, ob dies eine komplette Neuordnung des Programmzeitschriftenmarktes bewirkt hätte und heute ein Nebeneinander von privater und öffentlich-rechtlicher Programminformation existieren würde, kann nur spekuliert werden. Zumindest eines lässt sich jedoch abschließend konstatieren: Sollte die Möglichkeit einer rundfunkeigenen Zeitschrift in Zukunft nochmals erörtert werden, so kann von nun an auf Ansätze aus der Vergangenheit – auf die Zeitschriftenpläne des NWDR – zurückgegriffen werden.

² August Soppe: Sieh weg mit „Hör zu“? Über die Möglichkeit anderer Programmzeitschriften. In: Medien, 3. Jg. (1981), Nr. 1, S. 64.

³ Vgl. Herbert Honsowitz: Fernsehen und Programmzeitschriften. Eine Aussagenanalyse der Programmpresse (Tübingen, Dissertation 1973). Berlin 1975, S. 143.

⁴ hw: Programmzeitschrift der Sender? In: Die Feder, o. Jg. (1973), Nr. 5, S. 8.

⁵ Gesetz über den Westdeutschen Rundfunk Köln (WDR-Gesetz) vom 23. März 1985 in der Fassung vom 17. Juni 2003. In: http://www.wdr.de/unternehmen/media/WDR_Gesetz.pdf (Homepage des WDR), Stand: 21.4.2004.

⁶ Vgl. Klaus Berg: Grundversorgung und Programmzeitschriften des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach dem 6. Rundfunkurteil des Bundesverfassungsgerichts. In: Media Perspektiven, 22. Jg. (1991), Nr. 4, S. 217-219.

Archive

Archiv der Forschungsstelle zur „Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland 1945-1955“, Hamburg
Archiv des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Berlin
Deutsches Rundfunkarchiv, Wiesbaden (DRA)
Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA)

Historisches Archiv des Deutschen Bundestags, Bonn
NDR-Gremienbüro, Hamburg
NDR-Printarchiv, Hamburg
Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg (StA HH)

Auswahlbibliographie

- Bauer, Thomas: Deutsche Programmpresse 1923 bis 1941. Entstehung, Entwicklung und Kontinuität der Rundfunkzeitschriften (Rundfunkstudien, Bd. 6). München u. a. 1993.
- Bausch, Hans (Hrsg.): Rundfunkpolitik nach 1945. Erster Teil: 1945-1962 (Rundfunk in Deutschland, Bd. 3). München 1980.
- Duske, Dagmar/Neveling, Ulrich: Programminformation – Markenartikel oder rundfunkpolitische Aufgabe? Zur Vermarktung des Hörfunk- und Fernsehprogramms. In: Kötterheinrich, Manfred u. a.: Rundfunkpolitische Kontroversen: Zum 80. Geburtstag von Fritz Eberhard. Frankfurt am Main und Köln 1976, S. 243-257.
- Frei, Norbert: Die Presse. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in drei Bänden. Bd. 3: Kultur. Frankfurt am Main 1986, S. 275-318.
- Hoffmann-Riem, Wolfgang: Programmzeitschriften als Gatekeeper der Programmrezeption – Einführende Bemerkungen zum Symposium. In: Schröder, Hermann Dieter (Hrsg.): Programminformationen in Printmedien (Symposien des Hans-Bredow-Instituts, Bd. 8). Baden-Baden 1988, S. 13-15.
- Jacobi, Claus: 50 Jahre Axel Springer Verlag 1946-1996. Berlin 1996.
- Koszyk, Kurt: Presse unter alliierter Besatzung. In: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1999, S. 31-58.
- Kübler, Friedrich: Rundfunkauftrag und Programminformation. Zur Befugnis der Rundfunkanstalten, durch eigene Veröffentlichungen über die Rundfunkprogramme zu informieren (Beiträge zum Rundfunkrecht, Heft 33). Frankfurt am Main 1985.
- Kutsch, Arnulf: Unter britischer Kontrolle. Der Zonensender 1945-1948. In: Köhler, Wolfram (Hrsg.): Der NDR – Zwischen Programm und Politik; Beiträge zu seiner Geschichte. Hannover 1991, S. 83-148.
- Marciniak, Wolfgang: Die Nordwestdeutschen Hefte. Eine Kulturzeitschrift in der Britischen Besatzungszone Deutschlands (Magisterarbeit). Hamburg 1991.
- Schaaf, Dierk Ludwig: Politik und Proporz im NWDR. Rundfunkpolitik in Nord- und Westdeutschland 1945-1955 (Dissertation). Hamburg 1971.
- Schüddekopf, Charles (Hrsg.): Vor den Toren der Wirklichkeit: Deutschland im Spiegel der Nordwestdeutschen Hefte. Berlin und Bonn 1980.
- Seegers, Lu: Hör zu! Eduard Rhein und die Rundfunkprogrammzeitschriften (1931-1965). Potsdam 2001.
- Tettinger, Peter J.: Programmpresse durch Programmanbieter? Die juristische Diskussion in der Bundesrepublik. In: Schröder, Hermann Dieter (Hrsg.): Programminformationen in Printmedien (Symposien des Hans-Bredow-Instituts, Bd. 8). Baden-Baden 1988, S. 88-94.
- Ulmer, Peter: Programminformationen der Rundfunkanstalten in kartell- und wettbewerbsrechtlicher Sicht. Berlin 1983.

**Forschungsstelle
Geschichte des Rundfunks
in Norddeutschland**

ein Kooperationsprojekt von NDR, WDR,
Universität Hamburg und Hans-Bredow-Institut



Die Forschungsstelle zur Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland, ein Kooperationsprojekt von NDR, WDR, Universität Hamburg und Hans-Bredow-Institut, knüpft mit der vorliegenden Schriftenreihe an eine Tradition an. Von 1946 bis 1948 verantworteten Axel Eggebrecht und Peter von Zahn neben ihrer Rundfunk­tätigkeit eine Zeitschrift, die „Nordwestdeutschen Hefte“. Sie bot eine Auswahl der wichtigsten und interessantesten Beiträge, die für den NWDR geschrieben wurden.

Unter dem Titel „Nordwestdeutsche Hefte zur Rundfunkgeschichte“ werden in unregelmäßigen Abständen Ergebnisse veröffentlicht, die aus der bisherigen Arbeit der Forschungsstelle hervorgehen. Hierzu zählen die Edition von Dokumenten aus der Hörfunk- und Fernsehgeschichte des NWDR, kommentierte Ausgaben ausgewählter Zeitzeugen-Interviews sowie wissenschaftliche Untersuchungen zu speziellen Themen der NWDR-Geschichte. Herausgeber der Schriftenreihe sind die Projektbearbeiter Peter von Rügen und Hans-Ulrich Wagner.

Die „Nordwestdeutschen Hefte zur Rundfunkgeschichte“ sind zum Download unter www.nwdr-geschichte.de über die Forschungsstelle erhältlich.

ISSN 1612-5304